Stand: 15.07.2025 07:35:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/13544

"Einsamkeit der Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen beenden - Empfehlung des Deutschen Ethikrats umsetzen!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/13544 vom 12.02.2021
2. Beschluss des Plenums 18/13551 vom 12.02.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 12.02.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.02.2021 **Drucksache** 18/**13544**

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einsamkeit der Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen beenden – Empfehlung des Deutschen Ethikrats umsetzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Empfehlungen des Deutschen Ethikrats vom 4. Februar 2021 in Bezug auf die Behinderten- und Seniorinnen- bzw. Senioreneinrichtungen umgehend in Bayern umzusetzen. Hierzu sind die massiven Besuchseinschränkungen nach der Elften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (11. BayIfSMV § 9 Abs. 2) in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, vollstationären Einrichtungen der Pflege sowie Altenheimen und Seniorenresidenzen (11. BayIfSMV § 9, Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5) wie folgt anzupassen:

– die Besuchseinschränkung für Bewohnerinnen und Bewohner ist umgehend von einer Person pro Tag auf einen Haushalt pro Tag auszuweiten
– die Besuchseinschränkungen sind aufzuheben, sobald in einer Einrichtung jede Bewohnerin bzw. jeder Bewohner und das Personal ein Impfangebot bekommen hat und somit in einer Einrichtung die Impfung abgeschlossen ist

Weitere Schutzmaßnahmen, wie die FFP2-Maskenpflicht und die Testpflicht von Personal und Besucherinnen und Besucher, bleiben hiervon unberührt. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert,

– mobile Testteams vor Ort in den Einrichtungen einzusetzen, um das höhere Test- und Dokumentationsaufkommen zu stemmen und das Pflegepersonal zu entlasten,
– den mobilen Testteams ausreichend Antigenschnelltests zur Verfügung zu stellen, um eine unkomplizierte Testung vor Ort für Besucherinnen und Besucher und Personal zu ermöglichen,
– einen Plan vorzulegen, wie die Testpflicht für Besucherinnen und Besucher und Personal in den Einrichtungen mit fortschreitender Impfung der Bevölkerung gelockert werden kann.

**Begründung:**

Bewohnerinnen und Bewohner der Langzeitpflegeeinrichtungen – Seniorinnen und Senioren in Alten- und Pflegeheimen, Menschen mit Behinderung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe – waren und sind während der Kontaktbeschränkungen der Corona-Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt: sie können in der Regel nicht selbstbestimmt – im Rahmen der geltenden Bestimmungen – über ihre sozialen Kontakte entscheiden, sondern unterliegen den Besuchsregelungen der Einrichtungen sowie der

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Laut 11. BayIfSMV § 9 greifen in den Einrichtungen aktuell folgende Besuchsregeln: jede Bewohnerin bzw. jeder Bewohner darf täglich höchstens von einer Person besucht werden, die über ein schriftliches oder elektronisches negatives Testergebnis in Bezug auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 verfügt. Gute und konsequente Schutzmaßnahmen gerade in den o. g. Einrichtungen sind wichtig, um die dort lebenden, besonders vulnerablen Gruppen vor einer Corona-Infektion zu schützen. Neben dem Schutz vor einer Corona-Infektion gilt es auch die psychosoziale Gesundheit zu berücksichtigen, vor Vereinsamung zu schützen und das Grundrecht auf Selbstbestimmung und Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner in Langzeitpflegeeinrichtungen zu wahren. Für all das sind soziale Kontakte, soziale Nähe der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Freunden, Bekannten und Familienmitgliedern unerlässlich. Darauf hat auch der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme „Mindestmaß an sozialen Kontakten in der Langzeitpflege während der COVID-19-Pandemie“ vom 18. Dezember 2020 hingewiesen.

Bewohnerinnen, Bewohner und Personal der Alten- und Seniorenheime sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderung unterliegen laut Coronavirus-Impfverordnung des Bundes der höchsten Impfpriorität (Stufe 1) und erhalten somit bereits seit Ende Dezember Impfangebote. Mit Fortschreiten der Impfungen müssen wir die Besuchseinschränkungen lockern, um die gravierenden Isolationsmaßnahmen in den Einrichtungen beenden. Ob eine Übertragung des Virus trotz Impfung erfolgen kann, ist noch nicht klar. Auch werden in Einrichtungen nicht alle Personen geimpft sein. Dazu führt der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme vom 4. Februar 2021 „Besondere Regeln für Geimpfte?“ aus: „Jedoch dürfte dieses Risiko [Infektions- bzw. Übertragungsrisiko] durch die Impfung der anderen zumindest vermindert werden. Deshalb wäre die pauschale Aufrechterhaltung der besonders belastenden umfänglichen Kontaktrestriktionen für alle in solchen Einrichtungen Lebenden mit all ihren Konsequenzen (Depressionen, Verstärkung demenzieller Veränderungen, Verlust von Lebenswillen etc.) zum Schutz derjenigen Personen, die nicht geimpft werden können, nicht mehr angemessen“ (S. 4-5).

Vor diesem Hintergrund ist eine umgehende Ausweitung der Besuchsbeschränkung auf einen Haushalt statt einer Person pro Tag bayernweit umzusetzen und die Besuchsbeschränkungen in Einrichtungen, in denen die Impfung bereits vollständig abgeschlossen ist, aufzuheben. Die weiteren Schutzmaßnahmen, wie die FFP2-Maskenpflicht oder die Testpflicht für Besucherinnen, Bewohner und Personal, bleiben hiervon unberührt. Zudem sind die Einrichtungen durch mobile Testteams zu unterstützen, um das erhöhte Besucheraufkommen zu stemmen und das Pflegepersonal zu entlasten. Um eine unkomplizierte Handhabe für Besucherinnen, Bewohner und Personal sicherzustellen, sind die mobilen Testteams mit ausreichend Antigenschnelltests auszustatten, sodass die Testung direkt vor Ort erfolgen kann. Die Testpflicht ist eine große Belastung für die Einrichtungen, Pflegekräfte und Angehörigen. Mit fortschreitender Impfung der Bevölkerung sollte die Staatsregierung daher einen Plan vorlegen, unter welchen Bedingungen die Testpflicht gelockert werden kann.

Mit diesen Maßnahmen werden insgesamt wichtige Schritte eingeleitet, um weniger Isolation und Einsamkeit für die Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen und stattdessen mehr soziale Nähe und Teilhabe zu ermöglichen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.02.2021 **Drucksache** 18/**13551**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**13544**

**Einsamkeit der Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen beenden – Empfehlung des Deutschen Ethikrats umsetzen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Ludwig Hartmann
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Markus Plenk
Abg. Albert Duin
Abg. Gerd Mannes
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Florian Streibl
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Horst Arnold
Abg. Martin Hagen
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Julika Sandt
Abg. Andreas Krahl
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Ulrich Singer
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Matthias Fischbach

**Präsidentin Ilse Aigner**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten**

**zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Corona - Positiven Trend verfestigen, Gefahr durch Mutanten begegnen, Maßnahmen fortführen, Perspektiven aufzeigen: Erste Schritte in Richtung Normalität gehen (Drs. 18/13543)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einsamkeit der Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen beenden - Empfehlung des Deutschen Ethikrats umsetzen! (Drs. 18/13544)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)**

**Maßnahmen beenden - Verhältnismäßigkeit wahren! (Drs. 18/13545)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Bayerische Corona-Maßnahmen nachbessern und tragfähig ausgestalten (Drs. 18/13546)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**
**Freiheitsstrategie 2021 V - Stufenplan aus dem Lockdown (Drs. 18/13547)**

Nun erteile ich dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder das Wort zur Regierungserklärung.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder**: Eine Bemerkung vorweg: Respekt, Frau Schmidt, das war mal nötig. Herzlichen Dank für die klare Aussage.

(Beifall)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger! Wir kommen in einem regelmäßigen Rhythmus zusammen, um über Corona zu beraten, und wir kommen in einer schweren Zeit zusammen. Heute ist es aber etwas heller; wir sehen etwas Licht am Horizont.

Vor Weihnachten, als ich das letzte Mal hier gesprochen habe, war höchste Gefahr in Verzug. Wir hatten ein ganz steiles, exponentielles Wachstum, und es drohten schlimme Gefahren für unser Land. Heute können wir jedoch eines feststellen: Wir haben diese zweite steile Welle gebrochen. Unsere Maßnahmen – das ist die gute Nachricht – wirken; sie waren nicht vergeblich. Der Einsatz war richtig und die Dosis nötig. Das gibt zwar keinen Anlass zur Freude, allerdings schon Anlass zu sagen: Wir haben den Menschen viel zugemutet, aber das war richtig.

Ich möchte mich bei unseren Bürgerinnen und Bürgern für dieses großartige Mitmachen ausdrücklich bedanken. Ohne die Menschen im Land würden all die Dinge, die wir hier beschließen, nicht wirken. Dafür ein herzliches Vergelts Gott und Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dass dies nicht nur meine Meinung, sondern belegbar ist, kann man an den Zahlen sehen, die an dieser Stelle eine klare Sprache sprechen. Im Vergleich zum Höhepunkt der Welle bis zum Stichtag heute sind die Infektions- und Todesfallzahlen zum Teil um 90 % zurückgegangen. Bei der Inzidenz lagen wir in Deutschland mit einem Wert von weit über 200 zeitweise auf Platz eins. Jetzt liegen wir mit einer Inzidenz von 62,5 am heutigen Tag auf Platz neun und damit im Mittelfeld. Das entspricht ziemlich genau dem Bundesdurchschnitt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Positivrate, also die Rate der positiv getesteten Fälle, ist um 58 % und die Zahl der belegten Intensivbetten um fast 40 % zurückgegangen.

Auch regional kann man erkennen, was sich alles verändert hat. Bei den Regionen mit Inzidenzwerten von damals über 200 verzeichnen wir im Vergleich zu heute einen Rückgang um 96 % und bei den Regionen mit einem Inzidenzwert von damals über 100 um 84 %. Ebenso verzeichnen wir bei den Regionen, die unter einem Wert von 100 lagen, eine Verbesserung von damals 1 auf jetzt 81 Landkreise und Städte. Damals lag keiner unter 50, und heute sind es 36.

Man kann eines sagen, meine Damen und Herren: Diese Zahlen belegen, dass die Entwicklung tendenziell gut ist und all die beschwerlichen Maßnahmen, die zu beschließen uns allen hier nicht leichtfällt, notwendig waren. Zudem sagt unser LGL: Wenn alles so weitergeht und wir nicht die Risiken erleben, von denen ich gleich sprechen werde, könnten wir Ende Februar, Anfang März vielleicht sogar wieder eine landesweite Inzidenz von unter 50 haben.

Deswegen will ich auch all denjenigen, die immer über andere Konzepte geredet haben, und all denjenigen, die gesagt haben, das würde nicht wirken, und all denjenigen, die gesagt haben, das wäre weder angemessen noch verhältnismäßig, deutlich sagen: Unser LGL hat nicht nur die Positivprognosen berechnet, sondern es hat auch die negativen Prognosen erstellt und damit nicht nur bedacht, was vielleicht sein wird,

wenn es so weitergeht. Es hat also auch Einschätzungen – immer mit Fehlern behaftet – abgegeben, was passiert wäre, wenn wir nichts getan hätten oder den Vorschlägen von einigen gefolgt wären, die damals nicht mitgestimmt haben.

Diese Prognosen sind, dass wir dann auf jeden Fall doppelt so viele Fälle täglich gehabt hätten. Wir hätten auch mindestens 50 % mehr beatmete Intensivpatienten gehabt, und wir hätten wohl – das ist eine ganz entscheidende Schlüsselzahl, meine Damen und Herren – mit über 1.000 Todesfällen mehr rechnen müssen.

Ich weiß, dass Millionen Bayern Einschränkungen hatten. Aber ist es nicht ein großer Wert an sich, dass es uns vielleicht gelungen ist, tausend Menschen nicht nur für zwei oder drei Wochen, sondern grundsätzlich eine ganz andere Perspektive zu eröffnen? Ich persönlich sage als engagierter Christ: Das ist eine lohnenswerte Sache, und deswegen war es auch notwendig, diese Entscheidungen zu treffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Heißt das jetzt, dass es nun vorbei ist und wir durchatmen können? Können wir nicht sofort aufhören, abbrechen und am besten alles gleich verändern? – Das heißt es leider nicht. Das wäre auch falsch; denn wir sind noch nicht am Ziel. Die Zahlen sind immer noch hoch – auch eine Inzidenz von 62 ist hoch –, und wenn wir einige Hotspots sehen, ist klar, dass die Gefährdung nach wie vor groß ist. Die Lage ist besser, aber wir sind nicht am Ziel.

Gleichwohl verstehe ich, dass die Stimmung gereizter ist. Es ist doch wahr: Viele sind müde, gestresst, genervt, und der eine oder andere ist überfordert. Familien und Kinder sind betroffen. Existenzen sind in Not. Es geht jetzt für viele ans Eingemachte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen aber versichern: Kein Schicksal lässt uns kalt. Jede Einzelsituation berührt uns alle hier im Haus. Wir bekommen unzählige Briefe, Mails und Anrufe, und wir nehmen alles ernst. Für uns ist aber nur

eines wichtig: Wenn wir jetzt die Nerven verlieren und nicht die Kraft haben, den begonnenen Weg weiterzugehen, und wenn der als richtig erkannte Pfad verlassen wird, werden wir Erreichtes schneller verspielen, als wir glauben.

Zumachen erfordert Mut. Zu öffnen erfordert wiederum Weitsicht und Klugheit. Nur wer mit Weitsicht und Nachhaltigkeit agiert, wird das Erreichte dauerhaft sichern. Wer jedoch mit Hektik agiert und einer Stimmung schnell nachgibt, kann leider wieder einen Rückfall erleben, der stärker ist.

Diese Rückfälle gibt es auch, und das ist nicht meine Meinung, sondern das ist belegt. Wir haben es mitten in Europa – in Irland, in Portugal und in Tschechien – erlebt. Auch in dem von uns allen, glaube ich, sehr geschätzten Südtirol hat man zu schnell geöffnet. Das Ergebnis ist dann, dass man nach kürzester Zeit steigende Infektionszahlen verzeichnet und man wieder zumachen muss. Es ist ein Hin und Her, ein Stop-and-go, ein Vor und Zurück, was übrigens nicht nur gesundheitlich größte Schäden anrichtet und nicht nur die Medizin belastet. Auch die Wirtschaft erleidet mehr Schäden, wenn man öffnet, zulässt, dass eingekauft wird, und man dann wieder zumachen muss. Seien wir bitte aber auch ehrlich: Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist dann deutlich geringer.

Mein Eindruck ist, dass eine große Mehrheit der Menschen sagt: Wir finden das alles schwierig, es belastet uns, und uns wäre lieber, das würde so schnell wie möglich enden. Bitte überlegt euch aber, was ihr tut. – Lieber ein wenig länger und richtig als ein ständiger Hin-und-Her-Modus.

Diesen Menschen möchte ich sagen: Daran halten wir uns; daran halte ich mich. Wir schauen lieber voraus, als im Rückblick sagen zu müssen: Hätten wir es doch besser anders gemacht. Deswegen bleiben wir auch bei unserer Linie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir tun das nicht, weil wir Spielverderber sind oder weil wir, wie es dann immer heißt, jemandem bewusst die Freuden nicht gönnen – das ist ein völliger Unsinn –, sondern weil es reale und reelle Gefahren gibt. Eine davon ist die Mutation.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur darum, ob die angestrebte Inzidenz zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht ist. Darüber, ob einem die 50, 51, 49 wichtiger wäre, darf man sich auch streiten; das ist okay. Aber die reale Gefahr der Mutation besteht in ganz Europa, auch in Deutschland und Bayern. Wer die Gefahr der Mutation ignoriert, der verspielt Erfolge und riskiert Leben. Das könnte am Ende zu großen Schäden führen.

Alle Wissenschaftler sind sich einig, dass die Mutationen schon hier sind, und Mutationen übernehmen, weil sie dominanter sind. Die Mutation eines Virus ist nichts anderes als die Antwort des Virus auf unsere Maßnahmen, sie zu bekämpfen. Das Virus wehrt sich quasi und entwickelt vielfältige Mutationen. Viele davon sind ungefährlich, manche sind gefährlich.

Bei uns sind zwei Mutationen vorhanden, die uns große Sorgen bereiten. Die eine ist die britische Mutation, die eine höhere Übertragbarkeit aufweist – Experten schätzen zwischen 40 und 70 % – und die zum Teil mit höheren und schwereren Krankheitsverläufen einhergeht. Die andere ist die südafrikanische Mutation – diese haben wir im Moment eher in Tirol –, die ebenfalls eine höhere Übertragbarkeit hat und bei der – das ist besonders schwierig – Antikörper nicht so lange wirken.Das heißt, möglicherweise haben Impfstoffe nicht oder nicht auf Dauer die erhoffte Wirkung.

Eine Mutation bedeutet für uns nach den Einschätzungen der Wissenschaft, dass der R-Faktor höher und damit ein schnellerer Einstieg in ein exponentielles Wachstum verbunden ist. Wir haben versucht, Modellrechnungen anzustellen und gefragt: Was hätte es bedeutet, wenn die britische Mutation beispielsweise im Dezember schon dagewesen wäre? Dann hätte das – so die Aussagen –, was wir gemacht haben, wohl nicht

gewirkt. Die Verbreitung wäre dann so schnell gewesen, dass die Maßnahmen nicht gereicht hätten.

Mutationen werden wir nicht verhindern können. Je niedriger aber die Infektionszahl ist, desto leichter ist der Umgang damit. Je höher die Infektionszahl ist, desto schneller geht der Sprung zu mehr Infektionen, zu mehr belegten Intensivbetten und – die Kurve ist immer die gleiche – leider auch zu mehr Todesfällen. Deswegen: Je weniger, desto besser; je weniger, desto sicherer.

Ist diese Gefahr jetzt nur eine theoretische? Will der Ministerpräsident mit dieser Gefahr nur ein Argument finden, um weiterhin Geduld für die Maßnahmen zu erwecken? – Leider nein. Eine unserer großen Herausforderungen ist es, dass wir im Landesinneren Bayerns zum Teil sehr gute Entwicklungen haben. Diese Entwicklungen bedeuten im Übrigen keinen Wettbewerb, sondern ergeben sich immer aus dem aktuellen Tagesblick auf das Ranking. Ein Landkreis kann heute gut und morgen ein Hotspot sein. Das ist keine Frage von besser oder schlechter, sondern eine Frage von Hoffnung oder Sorge.

Sehr gefreut hat mich, dass München als erste Millionenstadt einen Inzidenzwert unter 50 hatte. Das hat mich deswegen besonders gefreut, weil wir im Süden Bayerns zu Beginn der Pandemie stärker betroffen waren. Heute befinden sich alle unsere Hotspots in Ostbayern, überwiegend an der Grenze zu Tschechien oder auch im Grenzbereich zu Tschechien und den neuen Bundesländern. Das ist auffällig. Tirschenreuth, Wunsiedel und Hof sind besonders stark betroffen. Selbstverständlich kommt der Eintrag dort von der Nachbarseite, von der tschechischen Seite. Der Zusammenhang von Infektionen auf der einen Seite der Grenze mit Infektionen auf der anderen Seite ist unwiderlegbar. Die tschechische Regierung reagiert darauf und sperrt ganze Regionen ab. Wir reagieren mit unserer Hotspot-Strategie.

Mir macht aber nicht allein die Zahl der Infektionen, sondern die Art der Infektionen Sorge. Bei Proben und Untersuchungen, die gemacht wurden – sie sind nicht ab-

schließend repräsentativ, aber sie werden gerade nachsequenziert –, stellt sich zum Beispiel heraus, dass die Proben von Tests bei Menschen aus Tschechien, die zu uns gekommen sind und die übrigens hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitssystem und in vielen Wirtschaftszweigen sind, in Wunsiedel zu 73 % die britische Mutation aufwiesen und in Tirschenreuth zu 40 %. Nachdem nochmals alle Proben, also auch die Proben von unseren Bürgerinnen und Bürgern, nachsequenziert wurden, wurde in Wunsiedel in 25 % und in Tirschenreuth in 30 % der Proben eine solche Mutation nachgewiesen.

Deswegen dürfen wir diese Gefahr nicht einfach ignorieren. Deswegen reicht es auch nicht, wenn wir die Maßnahmen einfach nur fortsetzen. Wir brauchen eine Extrareaktion. Ich bin der Bundeskanzlerin, dem Bundesinnenminister und der gesamten Bundesregierung sehr dankbar dafür, dass sie unserem Antrag ähnlich wie Sachsen gefolgt sind und heute Tschechien und Tirol zu Mutationsgebieten erklärt haben. Das ist die reale Situation. Das ist ein wichtiger Ansatz. Wir sind für ein freies Europa, an der Stelle aber muss die Sicherheit zunächst das entscheidende Moment sein.

Das gilt übrigens auch deswegen, weil wir unseren Menschen eine Menge zumuten. Wir wollen in einer solchen Situation das Erreichte nicht aufs Spiel setzen. Deswegen wird sich im Mutationsgebiet auch ein neues Grenzregime ergeben. Auf unseren Antrag hin werden nach Auskunft des Bundesinnenministeriums, wohl von Samstag auf Sonntag, stationäre Grenzkontrollen eingeführt. Entscheidend ist, dass Einreisen dann nur mehr mit einem negativen Test möglich sind. Wer einen solchen Test nicht vorweisen kann, der kann an der Grenze zurückgewiesen werden. Für die Pendler, insbesondere für die wichtigen Beschäftigten in der medizinischen Versorgung und in der Wirtschaft, werden wir praktikable Lösungen finden. Ich sage aber auch: Ich glaube, dass die Grenzkontrollen eine ganz entscheidende Schutzmaßnahme sind. Wir brauchen den Hinweis auf mögliche Infektionen. Wir brauchen diese Sicherheit. Wir handeln auch vorausschauend gegenüber Tirol. Wien ergreift Maßnahmen. Ob die Regierung in Tirol diese Maßnahmen eins zu eins umsetzt, werden wir sehen. Ich darf nur

sagen: Einmal Ischgl reicht. Lieber gehen wir an der Stelle auf Nummer sicher. Ich glaube, das ist der richtige Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vorsicht und Umsicht sind geboten. Wir müssen sehen, was sich entwickelt, und alles im Blick haben. Wir brauchen auch wegen der Mutation diese Pufferentwicklung. Wir dürfen von den Menschen nicht erwarten, dass sie jedes Detail kennen, das wir kennen. Wenn einer dies oder jenes machen will, können wir nicht sagen, dann machen wir es halt. Wir müssen es einordnen, wir müssen aus Meinungen und Stimmungen Konzepte machen. Das ist der Unterschied zwischen etwas zu erzählen und zu regieren, und das ist für den Landtag entscheidend. Führen wir lieber die zweite Welle zu Ende und senken das Niveau, statt völlig unüberlegt in eine dritte Welle zu stolpern.

Perspektiven brauchen wir. Das ist klar. Der Mensch braucht Perspektiven. Man kann ihn nicht auf irgendetwas vertrösten. Wir brauchen Perspektive mit Vorsicht oder Vorsicht mit Perspektive. Jeder kann wählen, von welcher Seite er sich dem nähern will. Wir wollen kein Strohfeuer, sondern versuchen, eine längerfristige Entwicklung einzuleiten. Nur zum Vergleich: Im letzten Jahr waren wir in einer ähnlich schwierigen Situation. Damals haben wir auch geöffnet, aber die Inzidenzwerte waren ganz andere. Bei der Öffnung des Handels lagen wir damals zum Beispiel landesweit bei 23, bei der Öffnung der Schulen bei 16 und bei der Öffnung der Friseure bei 12.

Das heißt, wir sind heute näher an vielen Maßnahmen, und das ist auch begründbar, weil wir heute mehr wissen als damals. Deshalb brauchen wir eine Perspektive mit Vorsicht. Wir brauchen eine Perspektivstrategie, soweit man sie machen kann. In meiner Fraktion hat mich heute jemand gefragt, ob ich etwas dazu sagen kann, was in sieben Wochen sein wird, ob wir das schon festlegen können. Schön wäre es schon. Ostern ist in sieben Wochen. Vor sieben Wochen haben wir noch gar nicht gewusst, ob das, was wir tun, überhaupt wirken wird.

Die Perspektive, dass wir zeitlich genau festlegen könnten, wann was gilt, kann ich nicht geben. Ich kann aber sagen: Wenn sich die Zahlen positiv entwickeln, machen wir viel, viel mehr. Wenn die Zahlen es hergeben, öffnen wir aus Freude. Wenn die Zahlen aber schlechter sind, öffnen wir aus Sorge nicht. Dies wäre falsch. Dies wäre in etwa so, als würde man über einen gefrorenen See gehen und es würde zu tauen beginnen. Auch da kann man nicht einfach losrennen, sondern muss Schritt für Schritt fühlen, tasten und vorausschauen, ob das Eis hält oder nicht.

Deswegen geben wir Orientierung, aber nicht mit acht, neun, zehn oder elf Stufen, die wir zwar alle kennen und verstehen, die aber für die Bürgerinnen und Bürger zum Teil schwer verständlich sind. Wir orientieren uns daran, was verständlich ist, nämlich an den Zahlen für die Corona-Ampel. Diese Zahlen sind klar: 35, 50, 100. Gestern wurde im Deutschen Bundestag darüber debattiert, die 35 sei eine völlig neue Zahl; damit sollten die Bürger noch einmal bewusst unterdrückt werden. Das Infektionsschutzgesetz des Bundes gibt in § 28a Absatz 3 einen ganz klaren Hinweis darauf, dass die Zahlen 35 und 50 vom Gesetzgeber gewollt sind. Allen denen, die heute sagen, diese Zahl sei nicht reell, gebe ich den Hinweis: Sie ist reell, sie ist sogar beschlossen worden. Wie sagte ein alter Juraprofessor bei mir im Studium? Ein Blick ins Gesetz fördert die Rechtskenntnis. – Diese Zahlen sind beschlossen und parlamentarisch und demokratisch legitimiert. Sie stehen damit auf einer anderen Basis als vieles andere. Das ist das Entscheidungsgerüst.

Wie gehen wir jetzt konkret vor? – Ich sagte schon: Vorsicht mit Perspektive, oder Perspektive mit Vorsicht. Erstens verlängern wir den Lockdown zunächst bis zum 7. März. Das ist keine leichte Entscheidung, weil alles überwiegend so bleibt, wie es war. Wir müssen die Kontakte beschränken, weil die Kontakte entscheidend für die Übertragung sind. Die Maskenpflicht bleibt. Welche Debatte gab es, als wir in Bayern gesagt haben, wir gehen mit FFP2-Masken voran? Welche Diskussionen gab es sogar in manch anderem Bundesland? Was ist jetzt das Ergebnis? – Wir haben die FFP2-Masken nicht nur für Deutschland beschlossen, sondern unsere Bevölkerung geht hervor-

ragend damit um. Auch dafür gilt mein Dankeschön. Selbstverständlich ist die FFP2-Maske für einen selber mehr belastend als andere Masken. Die Menschen leisten aber auch Großartiges. Dafür, wie gut alle mitmachen, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Wir verlängern die Maßnahmen, schaffen aber an einigen Stellen Veränderungen und Verbesserungen und reagieren angemessen.

Erstens. Beispiel Ausgangssperre. Ich kann nur eines sagen: Die Ausgangssperre war ein zentrales Instrument und hochwirksam. Auch in Baden-Württemberg war sie sehr erfolgreich. Baden-Württemberg hat sogar noch niedrigere Zahlen, Herr Arnold, als wir. Daran zeigt sich, dass sie wirksam war.

Ist dies möglicherweise verfassungswidrig? – Zumindest bislang haben der Bayerische Verfassungsgerichtshof und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Ausgangssperre mehrfach – jedenfalls in Eilverfahren – bestätigt und anerkannt. Nur so viel zu dem Thema, auf welchem juristischen Boden dies passiert.

Aber klar ist auch: Wenn die Inzidenzen deutlich heruntergehen – ich habe es vorhin erwähnt, viele Bereiche sind unter 50, etliche auch schon unter 100 –, dann ist das nicht mehr angemessen und verhältnismäßig, weil das natürlich ein schwerer und starker Grundrechtseingriff ist. Er ist nur zu rechtfertigen, wenn ein Ertrag, nämlich Schutz von Leben und Gesundheit, dagegensteht.

Deswegen haben wir einheitlich entschieden – ich glaube, die Mehrzahl in der Bevölkerung akzeptiert das auch –, dass wir eine Änderung vornehmen: Die Ausgangssperre gilt nur noch bei einer Inzidenz über 100 – ab 100 besteht die Gefahr, dass die Zahlen schnell wieder nach oben gehen –, und zwar in der Zeit von 22 bis 5 Uhr. Ich denke, meine Damen und Herren, das zeigt Augenmaß. Im Moment sind noch 15 Landkreise und Städte betroffen. Wirksam wird das mit Inkrafttreten der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung am kommenden Montag.

Wenn die Entwicklung so bleibt und die Mutation vielleicht nicht in einem solchen Ausmaß auftritt – man kann das ja nicht sagen –, dann ist der Großteil der Bayern sehr schnell nicht mehr davon belastet. Sollten die Zahlen allerdings wieder deutlich steigen, meine Damen und Herren, dann wäre das natürlich wieder ein entsprechendes Instrument. Die Erleichterung bei der Ausgangssperre ist ein wichtiges Signal.

Zweitens brauchen wir eine Priorität für Familien, Jugendliche und Kinder. Ich glaube, meine Damen und Herren, da sind wir besonders gefordert; denn die Folgen, die wir da sehen, sind sehr viel langfristiger, als wir glauben. Im Handel geht es natürlich auch um viel Geld; ich komme gleich noch dazu. Aber bei Kindern geht es um die Entwicklung, um eine Güterabwägung. Schulen sind insbesondere dort, wo die Zahlen erkennbar hoch sind, Teil des Infektionsgeschehens und manchmal sogar Pandemietreiber gewesen. Gehen die Zahlen jedoch herunter, dann ist es umso wichtiger, eine Güterabwägung zu treffen. Was steht da an Gegenfragen im Raum?

Erstens. Bildungsabschlüsse: Abiturientinnen und Abiturienten haben mich gefragt: Werden wir Jahrgänge werden, die schlechtere Berufschancen haben, weil wir quasi gebrandmarkt sind, weil unsere Abschlüsse weniger wert sind? Wie wird es dann mit dem Studium oder mit weitergehenden Fragen bei der beruflichen Bildung sein?

Zweitens. Gerade bei kleinen Kindern stellt sich nicht nur die Frage nach dem Wissen, sondern auch der charakterlichen und der persönlichen Entwicklung. Wie gehen Kinder mit der langen Zeit ohne Schule um? Was ist, wenn Kontakt und Bezug fehlen?

Drittens – das darf man nicht unterschätzen – steht auch eine soziale Frage dahinter. Es gibt Familien, bei denen die Betreuung und die Begleitung im Distanzunterricht ganz hervorragend funktionieren. Aber es gibt auch Familien, die das wegen der Berufstätigkeit gar nicht leisten können. Viele Familien können das auch deswegen nicht leisten, weil sie vielleicht nicht so bildungsorientiert sind. Viele Kinder haben einen Migrationshintergrund und brauchen die Schule einfach, um dabeizubleiben und auch die Chance zu haben, die ihnen die Schule bietet.

Wir haben uns entschieden, bei dieser Abwägung vorsichtig vorzugehen. Ich sage ausdrücklich: Wir haben gemeinsam einen Schulgipfel gemacht. Wir haben insgesamt ein spannendes – ich gebe zu: nicht total einheitliches – Meinungsbild gesehen, sowohl bei Eltern als auch bei der Lehrerschaft. Bei den Schülern war das schon der Fall, muss ich sagen. Die waren da, wie immer, sehr gut. Wir haben uns dann gefragt, wie wir da vorgehen, und gesagt: Wir machen das vorsichtig.

Schule ist kein Versuchslabor, ist kein Experimentierfeld. Der Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte ist uns natürlich wichtig, meine Damen und Herren. Aber umgekehrt müssen wir für die Kinder auch eine dauerhafte Entwicklung sicherstellen. Deswegen haben wir uns entschieden, mit zwei Parametern zu arbeiten: nicht alles ab dem 15., sondern auch ab dem 22. Das hängt auch ein bisschen mit der Planungssicherheit zusammen, die in der Schulfamilie generell ein hohes Gut ist, wenn ich das sagen darf. Wir haben auch hier die Ampelregelung bei der Inzidenz ab 100 eingezogen.

Daraus ergibt sich: Bei den weiterführenden Schulen bleibt es zunächst einmal beim Distanzunterricht. Auch das darf ich hier berichten. Wir hatten darüber hier im Landtag schon sehr leidenschaftliche Debatten zwischen Frau Gottstein und Herrn Fischbach. Das waren Sternstunden am späten Abend.

(Heiterkeit)

Fakt ist aber, dass es heute, anders als im Januar, eine große Bereitschaft und sogar ein Lob für den Distanzunterricht gibt; das muss ich einfach einmal sagen. Deshalb kann man auch sagen, dass solche Debatten durchaus etwas bringen. Man muss nicht alles verurteilen. Wenn man etwas besser machen kann, dann ist das ein lohnendes Ziel; das sage ich ausdrücklich.

Bei Abschlussklassen ist das etwas anders; denn wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Abschlüsse machen können: Abitur, Mittlere Reife in der Mittelschule. Aber auch bei den Berufsschulen ist das ganz wichtig. Uns sind nicht nur die Gymna-

sien wichtig, sondern auch die berufliche Bildung. Deswegen werden wir dort ab dem 22. in den Wechselunterricht einsteigen, aber nur – auch das ist klar – bei einer Inzidenz unter 100.

Bei der Grundschule ist es genauso: ab 22. unter einer Inzidenz von 100 von der ersten bis zur vierten Klasse.

Bei all denen, die jetzt wieder mit dem Unterricht beginnen – das werden natürlich, wenn die Lage besser wird, stückweise mehr werden, das ist klar –, ist uns wichtig, jetzt keine Notenjagd zu machen und in den nächsten Wochen keinen XXL-Leistungsdruck aufzubauen. Es gab immer wieder Forderungen: Schafft die Noten einfach ab! Erklärt das Schuljahr für ungültig! – Auch das wäre ein ganz schlechtes Signal an die Schülerinnen und Schüler. Das würden sie uns nicht verzeihen. Sie erwarten von uns, dass wir zusammen mit der Schule daran arbeiten, ihnen unter diesen Bedingungen einen gleichwertigen qualitativen Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Ich möchte das nur an einem festmachen: Im letzten Jahr war die Lage relativ vergleichbar. Die Zahlen und Notendurchschnitte, beispielsweise beim Abitur, waren insgesamt genauso gut oder fast so gut wie in einem normalen Jahrgang. Ich will Ihnen heute sagen: Wir müssen unseren Schülerinnen und Schülern genauso wie den Eltern die Garantie geben, auch wenn dieses Jahr für sie schwierig ist, dass das kein verlorenes Jahr ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sind unser Auftrag und unsere Verpflichtung, die wir gemeinsam haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen brauchen wir begleitend zu der Schule, neben den schulinternen Konzepten, auch Sicherheitskonzepte wie Masken und Testkonzepte. Wir müssen uns auch überlegen – das rege ich an –, ein Sozialkonzept zu entwickeln, um die langfristigen Folgen begleitend zu evaluieren und zu prüfen, was wir tun können, um gerade den Kleinsten noch ein Angebot zu machen. Es wird vielleicht nicht gelingen, die Zeit aufzuholen, wohl aber, den Anschluss besser und schneller zu finden.

Bei Kitas ist das Ganze ähnlich: Ab dem 22. haben wir hier die gleiche Entwicklung. Das alles ist einheitlich, damit es auch verständlich ist. Unter einer Inzidenz von 100 werden sie geöffnet, allerdings nur mit festen Gruppen. Das ist der sogenannte eingeschränkte Regelbetrieb. Bei einer Inzidenz von über 100 bleibt die Notbetreuung bestehen.

Als Zusatzsignal, weil es dort logischerweise keine Pflicht wie in der Schule gibt, übernehmen wir für alle diejenigen, die skeptisch sind, ihr Kind in die Kita zu geben, oder die sich eine andere Form der Betreuung für diese Zeit wünschen, die Beiträge auch im März, weil wir den Eltern die Freiheit geben wollen, selbst zu entscheiden.

Wir geben übrigens auch Masken aus, zunächst einmal vor allem an unsere Lehrerschaft, aber zum Start, obwohl wir nicht der Arbeitgeber sind, auch an die Kommunen, an die Erzieherinnen und Erzieher. Das sind insgesamt acht Millionen Masken.

Meine Damen und Herren, Schule ist nie einfach. Aber Kinder müssen es uns wert sein, so klug wie möglich, so abwägend wie möglich und auch so sensibel wie möglich zu agieren. Ich weiß, alles ist wichtig. Jede Beschwer ist groß. Aber ich sehe meine persönliche Verpflichtung auch darin, der nächsten Generation einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Das sind wir den jungen Menschen schuldig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deutlich schwieriger ist das alles im Wirtschaftsbereich; das weiß ich. Dort wird nach mehr Perspektive gefragt. Eine kleine Perspektive kann man geben. Ich wurde gestern Abend in einer Fernsehsendung gefragt, ob es denn angemessen sei, das Friseurhandwerk so besonders herauszuheben: Warum dürfen die Friseure schon ab dem 1. März öffnen? Können nicht auch die im Geleitzug mit den anderen sein? – Unabhängig davon, dass das ein tolles Handwerk ist, und unabhängig davon, dass es natürlich auch da um Existenzen geht, und zwar um viele, wird man der Situation an dieser Stelle nicht gerecht, wenn man die Friseure ganz normal in andere Berufsberei-

che einordnet. Hier geht es für manche um Hygiene. Viele Ältere tun sich schwer, sich die Haare selbst zu waschen, wenn sie keine familiären Möglichkeiten dazu haben. Es geht vielleicht auch ein bisschen um Respekt. Gestern sagte ich: Würde. Da meinte jemand: Was hat das mit Würde zu tun?

Ich kann Ihnen eines sagen: Meine Mutter war vor ihrem Tod etliche Wochen im Krankenhaus. Wenn man in einer solchen Situation ist und Besuch kommt, will man sich ein bisschen hübsch machen, gerade wenn man vielleicht Geburtstag hat oder wenn der Vater kommt, der Geburtstag hat. Das hat auch etwas mit Selbstachtung zu tun.Ich verstehe jeden, meine Damen und Herren, der sagt, der Friseur ist ihm wichtig. Hier gibt es genug Frisuren im Raum, bei denen ich sagen würde: Hier muss es sein. Bei einigen würde ich sagen: Hier kann es sein.

(Heiterkeit)

Das ist völlig in Ordnung. Verstehen Sie, das kann man sehen, wie man will. Ich habe auch kein Problem, wenn mir Leute, die Visagisten haben, sagen: Das ist nicht so wichtig. Aber eines sage ich Ihnen: Wir müssen in einer solchen Zeit, in der wir leben, in der so vieles schwierig ist, auch ein bisschen die Lebensrealität sehen. Für viele Menschen ist dies einfach ein Stück Freiheit und Selbstachtung. Darum haben wir bei den Friseuren diese Entscheidung getroffen, meine Damen und Herren. Ich stehe dazu, das sage ich ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was ist aber mit dem Rest? Welche Perspektive gibt es dort? – Wir werden am 3. März wieder beraten und haben dann vor, angesichts der Infektionslage verschiedene Perspektivstrategien für Handel, Kultur und auch Sport zu diskutieren. Wir haben die Zielmarke 35 in den Blick genommen. Dies wäre dann übrigens tatsächlich grünes Licht auf der Ampel. – Ich weiß, Herr Streibl, Sie hatten die Idee damals anfangs auf den Weg gebracht. Dies ist also nicht nur ein Projekt der Staatsregierung, sondern aus der Breite des Parlaments entstanden. – Die Perspektive muss landesweit sein, sonst

hätten wir einen Tourismus im Handel. Das will, glaube ich, niemand. Wir werden sehen, ob es danach verschiedene Stufen geben kann. "Click and Collect" war eine Stufe. Vielleicht könnte "Click and Meet" oder eine Öffnung mit weniger Besuchern dann ein Einstieg sein. Wir werden das Stück für Stück diskutieren. Ich rege übrigens auch an, dass wir uns danach im Laufe des Jahres, und zwar unabhängig von ideologischen Positionen, einmal überlegen, ob es uns vielleicht gelingt, an drei oder vier Sonntagen zusätzliche Öffnungen zu ermöglichen. Ich rege an, dass wir mit den Gewerkschaften und den Kirchen reden. Hier geht es auch um den Schutz der Arbeitsplätze der Zukunft.

Abschließend rege ich an, dass wir uns auch überlegen, für den Handel Hilfe zu geben; denn im Bereich der Gastronomie und bei den Hotels spüren wir, dass die Situation nicht entspannt, aber lange nicht so schwierig ist. Natürlich hofft man dort auch auf eine Perspektive, aber der Unterschied zum Handel ist einfach: Der Handel hat im Moment nicht nur die große Sorge, wann geöffnet wird, sondern sorgt sich auch, wann es die Hilfen gibt, die versprochen wurden. Die Wahrheit ist: Diese Hilfen sind noch nicht da.

Bei der Gastronomie war es anders, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben in Bayern durch das Wirtschaftsministerium und die IHK bis heute insgesamt über eine Milliarde Euro an die bayerischen Gastwirtinnen und Gastwirte und an die Tourismus- und Hotelbranche bezahlen können. Vor wenigen Tagen habe ich einen Brief des Verbands DEHOGA erhalten, der sich nicht nur hierfür bedankt hat, sondern auch dafür, dass wir eine weitere Perspektive eröffnet haben, nicht unbedingt zeitlich, aber zur dauerhaften Sicherung, wenigstens für die nächsten eineinhalb Jahre. Auch die SPD im Deutschen Bundestag und der Bundesfinanzminister haben sofort eingeschlagen, dass wir die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie verlängern. Dies ist ein wichtiges Signal. Darum ist es jetzt auch wichtig, für den Handel auf der einen Seite Signale zu setzen, ohne unsere Sicherheitsphilosophie zu verlassen, und auf der anderen Seite den Wunsch zu erfüllen, dass jetzt möglichst schnell die Aus-

zahlung stattfinden kann. Das Programm des Bundes ist wirklich gut. Jetzt ist endlich auch die Programmierung erfolgt. Nun gab es die Nachricht der zuständigen Stellen, dass Anträge gestellt werden können. Jetzt kommt es darauf an – das Wirtschaftsministerium und die IHK stehen bereit –, so viel und so schnell wie möglich auszuzahlen, um die Überbrückung in dieser schwierigen Zeit zu leisten.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um Handel und Sport, sondern es geht auch um Kultur. Lassen Sie mich ein Wort zum Thema Kultur sagen. Ich spreche hier auch einmal ein Wort des Bedauerns aus – persönlich, aber auch für die gesamte Politik in Deutschland. Wir haben bei unseren Kulturschaffenden zu Beginn einen falschen Eindruck hinterlassen, indem wir den Satz stehen ließen, Kultur sei nicht systemrelevant. Ich bedaure das, das war falsch. Natürlich ist Kultur systemrelevant. Neben den Geld- und Öffnungsfragen war die Frage einer der Hauptpunkte in unzähligen Gesprächen: Nehmt ihr uns ernst? Nehmt ihr das, was wir leisten, ernst? Bei Kultur geht es übrigens nicht nur um die Allerhöchsten, sondern um unzählige Menschen. Kultur ist nicht automatisch auf Rosen gebettet, wenn man sich die finanzielle Situation ansieht. Deswegen unser Dank für die Leistung, und deshalb helfen wir jetzt auch länger und deutlicher als manch anderer.

Pate der Idee zu unserem Solo-Selbstständigenprogramm war damals Baden-Württemberg. Wir haben es jetzt übernommen, machen es aber länger als die meisten und verlängern es nun bis Juni. Es ist übrigens kumulativ zum Bundesprogramm, nicht abzüglich. Ich glaube, damit steht Bayern jetzt im Vergleich zur Bundessituation relativ gut da, auch wenn das nie ein ganzer Satz sein kann. Letztens stand in der "FAZ" sogar eine Empfehlung an Hessen, in der dortigen Situation einmal zu schauen, wie es die Bayern machen. Das war beim Thema Kultur lange nicht so.

Insofern freue ich mich, dass der Weg hier gut ist, und bedanke mich bei allen, die mitmachen. Meine feste Zusage steht: Wenn wir dann im Frühling oder vielleicht im Sommer bessere Perspektiven haben, sollten wir ein echtes Kulturevent daraus machen, und zwar in ganz Bayern: Kulturwochen und Kulturmonate. Ich wäre auch dazu bereit,

staatliche Flächen – die Idee kommt aus der Kulturszene –, Schlösser, Seen und Gärten zu nutzen, um dort auch Open-Air-Veranstaltungen durchführen zu können. Das Event wird auch finanziell unterlegt. Was ich damit sagen will: Kultur steht nicht als Letztes. Kultur ist uns wichtig, und wir stehen zu den Kulturschaffenden in Bayern. Vielen Dank für die Kreativität, die Sie leisten!

(Beifall)

Zu einem letzten Punkt der Perspektive, der natürlich ganz entscheidend ist, um es abzurunden: Das ist das Impfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich ist Impfen die einzige echte Langzeitstrategie. Alle anderen Wege, die wir gehen, dämpfen und helfen zwar temporär, aber Impfen hilft langfristig. Impfen rettet Leben, Impfen gibt Freiheit, und Impfen ermöglicht auch den wirtschaftlichen Neustart. In Bayern – Dank an die Kommunen, Dank an die Impfzentren – wird geimpft, was geht und was da ist. Die Impfzentren arbeiten gut. Nach derzeitigem Stand liegen wir im nationalen Vergleich, glaube ich, ganz ordentlich, bei den Zweitimpfungen sogar relativ weit vorne. Der Gesundheitsminister hat mir berichtet, dass wir gerade bei den Altenheimen jetzt wohl langsam – Ende Februar, Anfang März – "durch" sein könnten. 98 % der Alten- und Pflegeheime in Bayern sind für die Erstimpfung wohl besucht worden. 78 % der Bewohnerinnen und Bewohner und zusätzlich 52 % des Personals haben – inklusive Anmeldungen – zumindest die Erstimpfung. Das ist eine gute Nachricht. Hier gab es am Anfang große Zurückhaltung. Dieser Impfprozess ist somit ganz okay.

Fakt ist aber, dass man mehr und breiter impfen könnte, gäbe es mehr Impfstoff. Ich will mich jetzt nicht noch einmal an der Debatte beteiligen; dazu ist eigentlich alles gesagt, auch über die Art und Weise der Bestellung – zu viel oder zu wenig, wie und in welcher Form. Ich glaube, die Fehler sind relativ evident und wurden auch eingestanden. Das weiter zu diskutieren bringt uns aber auf Dauer nichts, im Gegenteil. Wir müssen mit der Situation umgehen, das heißt, im ersten Quartal mit weniger Impfstoff als erhofft, im zweiten Quartal dann steigend mit deutlich mehr und möglicherweise auch noch mit mehr Impfstoffen. Deswegen müssen wir dort die Impfkapazitäten erhö-

hen. Auch wird es so sein – darin sind wir uns einig –, dass wir dann zum Beispiel neben den Impfzentren auch mehr über Hausärzte, Praxen und Krankenhäuser impfen, um die Distribution zu erleichtern und zu vereinfachen. Der Hausarzt passt hier möglicherweise besser, zumal für die Verabreichung die neuen Impfstoffe, die dann immer mehr kommen, leichter aufbewahrt werden können und somit die Logistik einfacher ist. Das passt, glaube ich. Wir haben uns überlegt, die Prioritäten für den Bereich Kita und Schule noch einmal zu definieren. Die Impfstoffhersteller arbeiten daran, auch für Jüngere bessere Impfstoffe zu entwickeln. Wir müssen so breit wie möglich ansetzen.

Um eines bitte ich beim Impfen im Moment aber ganz dringend: Ich verstehe, dass jeder geimpft werden möchte – nicht jeder, aber die meisten –, aber ich bitte, Sensibilität zu zeigen. Man hat es in den letzten Tagen erlebt. Keiner sollte sich vordrängen. Man sollte sich auch nicht überreden lassen nach dem Motto: Hier haben wir noch eine Impfung übrig, die nehmen wir jetzt mal, sonst ist sie weg. Dieses System muss dann – ehrlich gesagt – besser sein. Ich habe Respekt davor, dass man dem einen oder anderen etwas Gutes tun will, der sich dazu bereit erklärt hat. Aber man sollte darauf achten, nicht sozusagen das komplette Personal eines Büros zu impfen, anstatt die über 80-Jährigen, die es dringend brauchen und darauf warten. Im Moment ist es so, dass noch zu wenig Impfstoff vorhanden ist. Die Impfdosen müssen an die gehen, die sie dringend brauchen, meine Damen und Herren, und nicht an diejenigen, die die Impfung vielleicht auch haben könnten. Ich bitte darum, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch sage ich klar, dass Sie nicht jetzt, aber Mitte des Jahres mit Folgendem rechnen können: Wenn wirklich viel geimpft werden kann und sich viele impfen lassen, andere aber nicht, wird es natürlich eine Debatte über die Frage geben, wie man damit umgeht. Es wird keine allgemeine Impfpflicht geben. Jeder ist hier frei. Aber eines ist auch klar: Natürlich wird man dann die Frage stellen, ob es fair ist, dass sich einige

nicht impfen lassen und die, die sich impfen lassen, dann immer noch mit den gleichen Beschränkungen leben müssen. Es wird eine gesellschaftlich spannende Debatte. Jetzt passt sie noch nicht, aber sie wird kommen. Ich sage auch:Impfen ist keine einmalige Sache. Corona wird wegen Mutationen nicht mehr verschwinden. Das wird nicht gelingen. Corona wird viele Jahre bleiben. Wir werden immer wieder impfen müssen. Deswegen hat es auch jetzt Sinn, am Fortschritt in der Impfstoffforschung und -produktion zu arbeiten. In beiden Fällen sind wir in Bayern mit Impfstoffherstellern im Gespräch, um das voranzubringen.

Ich sage Ihnen eines: Ich bin im Moment mit dem Impfen unglücklich. Aber ich bin für die Zukunft hoffnungsvoll. Es bleibt die beste und stärkste Antwort, die wir geben können. Darum kann ich jedem nur raten, die unendliche Fake-News-Debatte über Impfen oder Nichtimpfen bitte nicht fortzuführen. Bislang jedenfalls klappt das Impfen gut, auch bei den hochbetagten Patientinnen und Patienten. Das muss man sagen.

Meine Damen und Herren, wenn man sieht, wie freudig und liebevoll sich gerade ältere Menschen danach sehnen, endlich geimpft zu werden, dann sollten wir sie dabei unterstützen und ihnen nicht noch schlechte Gefühle machen. Das ist unfair und nicht richtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fazit: Ich bin heute etwas erleichtert, aber natürlich noch nicht entspannt. Wir stehen besser da als gedacht. Es hätte schlimmer kommen können. Aber die jetzige Phase ist nicht einfach. Übergänge sind immer am schwierigsten, vor allem bei der Unsicherheit, wie groß mögliche andere Gefahren sein werden. Wir sind deshalb gut beraten, so klug wie möglich vorzugehen.

Aber natürlich ist dieses Jahr auch von Fehlern geprägt. Das sage ich Ihnen auch. Das ist eine persönliche Einschätzung nach einem Jahr der Pandemie, das wir gemeinsam gestalten. Nichts ist ohne Fehler. Manches hätte man vielleicht besser, manches vielleicht früher oder später machen können. Im November bei der Ministerpräsi-

dentenkonferenz hatte ich ebenso wie Winfried Kretschmann, die Kanzlerin und andere Zweifel, ob der Lockdown light ausreichen würde. Ehrlich gesagt meinten wir, es müsse mehr passieren, aber wir haben uns dann überzeugen lassen. Wir hätten uns aber manches sparen können, wenn wir schon damals agiert hätten.

Wir haben oft nicht über Details gestritten, sondern manchmal auch über sehr Grundsätzliches wie beispielsweise die Frage, ob das überhaupt eine richtige Einschätzung ist, die wir treffen. Ich sage ausdrücklich: Ich respektiere jede andere Meinung, aber ich habe meine. Sie stützt sich auf eine breite wissenschaftliche Expertise und lautet: Wir haben im letzten Jahr an vielen Stellen Fehler gemacht, aber die grundlegende Linie stimmt, meine Damen und Herren. Wir haben das Land in der ersten und vielleicht auch in der zweiten Welle grundsätzlich in der richtigen Form geführt.

Es gab viele andere Vorschläge: Die einen waren gegen das Testen; es gab auch Kommunalpolitiker, auch einen Oberbürgermeister, die lieber nicht testen wollten, um keine positiven Fälle zu finden. Andere waren der Auffassung, wir sollten Massentests durchführen wie beispielsweise in Südtirol, wo dies auch recht erfolgreich war. Es gab diejenigen, die gesagt haben, das Tragen der Maske vergifte die Kinder. Außer einem vergifteten Geist gab es keine entsprechenden Belege. Umgekehrt hieß es, es sterbe keiner und es gebe keine Übersterblichkeit. Das ist alles widerlegt.

Ich danke der Präsidentin und finde es gut, dass wir im Bayerischen Landtag ähnlich wie der Bund eine Gedenkstunde für die Opfer der Pandemie abhalten. Wie oft habe ich von Leuten gehört, sie seien die eigentlichen Opfer der Pandemie. Die Wahrheit ist: Es gibt 63.000 Corona-Tote, meine Damen und Herren. Das sind die Opfer, für sie, ihre Familien und zu ihrem Gedenken, machen wir diese Politik. Zu dieser stehen wir auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind alle am Limit, das ganze Land und vielleicht auch wir hier. Gerade vor Weihnachten, dem emotionalsten Fest des Jahres, habe ich mich im Zuge unserer Debat-

ten gefragt, was andere Politiker gemacht hätten. Es gibt große bedeutende Persönlichkeiten der Geschichte, beispielsweise Alfons Goppel, Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber, Horst Seehofer, Günther Beckstein und andere. Auch sie hatten immer wieder schwere Krisen und politischen Ärger zu bewältigen. Aber hatten sie etwas Vergleichbares wie Corona, mit solchen Eingriffen und Folgen? Warum müssen wir dies in dieser Gemeinschaft lösen? – Ich bin immer zum Ergebnis gekommen, diese Fragen bringen nichts. Wer zu lange fragt, hat keine Zeit zu überlegen, wie er handelt.

Deswegen möchte ich mich nicht nur bei den Regierungsfraktionen, bestehend aus meiner Partei, der CSU, und den FREIEN WÄHLERN, sondern auch bei großen Teilen der Opposition bedanken, die an so vielen Stellen immer wieder bei der grundlegenden Weichenstellung eine echte Stütze war. Das sage ich dem ganzen Landtag, der übrigens auf diesem Weg mehrheitlich eine echte Unterstützung war. Ich sage allen jenseits der Parteigrenzen und -interessen mein persönliches Dankeschön. Es hat sehr zur Akzeptanz in der Bevölkerung beigetragen, dass der überwiegende Teil der demokratisch-parlamentarischen Kräfte mit an Bord war. Ein herzliches Dankeschön dafür! Ich hoffe, das kann auch in Zukunft so bleiben, jedenfalls bei Grundsätzlichem. Vielen Dank!

(Beifall)

Bleiben wir mutig, tun wir das, von dem wir überzeugt sind, und hören wir nicht auf diejenigen, die uns am lautesten bedrängen, ob durch Mails, Videomitschnitte oder Ähnliches. – Frau Schmidt, ich kenne das persönlich genauso oder vielleicht noch schlimmer in unzähligen Formen. Deswegen war ich für Ihren Wortbeitrag sehr dankbar.

Vor wenigen Tagen habe ich von unserem Kollegen Klaus Steiner eine SMS bekommen. Ich habe ihn gefragt, ob ich sie vorlesen darf. Sie wissen vielleicht oder haben es mitbekommen, dass Klaus Steiner an Corona erkrankt ist und eine ganz schwere Zeit hatte. Er ist auf einem guten Weg. Er hat mir am Abend eine SMS geschickt, die ich

Ihnen in Teilen vorlesen möchte. Sie beschreibt auch ein bisschen die Lage derjenigen, die uns im Moment keine großen Mails schreiben oder nicht vor dem Abgeordnetenbüro stehen.

Er schreibt: In den buchstäblich atemlosen Nächten, in denen man betet, dass dieser Kelch an einem vorübergeht, wird man sich erst bewusst, vor welcher Herausforderung wir stehen, um diesen Feind, das Virus, zu besiegen, von dem wir immer noch zu wenig wissen, vor allem darüber, wie sich Mutationen entwickeln können. Man wird sich bewusst, wie lächerlich oder manchmal kleinkariert bestimmte überstürzte Forderungen nach Freiheit sind, nur weil man nicht in die Pizzeria oder sonst wo hingehen kann. Den Takt gibt das Virus vor und sonst keiner.

Meine Damen und Herren, mich hat diese Nachricht sehr bewegt. Wir sollten an genau diese Menschen denken, die so betroffen sind. Deswegen bitte ich Sie herzlich: Lassen Sie uns weiter dabeibleiben! Lassen Sie uns den Weg der Klugheit, der Umsicht und Weitsicht weitergehen! Wir wissen, dass es für viele beschwerlich ist. Wir wissen auch, dass man alles unterschiedlich angehen kann, aber grundsätzlich ist es gut. Lassen Sie uns auch wieder Optimismus finden! Hier können wir von den Jungen eine Menge lernen. Ich habe – was einige vielleicht schockieren wird – ein Zitat in der "TAZ" gefunden. In einer Umfrage, worauf wir uns nach Corona freuen, hat die 11-jährige Elsa, witzig gemeint, Folgendes geantwortet, vielleicht kennen Sie das: "Wenn der ganze Scheiß vorbei ist mit Corona, mach ich mir erstmal ein paar schöne Tage zu Hause."

(Heiterkeit)

Das gefällt mir. Wir müssen in dieser schweren Zeit auch Humor bewahren. Corona ist kein Spaß, aber wir müssen auch die Lebensfreude erhalten. In diesem Sinne, bitte ich Sie, meine Damen und Herren, und alle Bürgerinnen und Bürger herzlich, weiterhin mitzumachen, Abstand zu halten, zu Hause zu bleiben und Leben zu retten. Es

geht letztlich um uns alle. Gott hat Bayern bislang gut beschützt. Ich wünsche mir sehr, dass er es auch weiterhin tut. – Herzlichen Dank und alles Gute!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner**: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Nun hat der Kollege Ludwig Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Ludwig Hartmann** (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind jetzt mitten im Winter, und die Infektionszahlen gehen seit Wochen zurück. Der 7-Tage-Inzidenzwert für Bayern ist auf 62,5 gefallen und bewegt sich auf die 50 zu. Die bayerische Millionenstadt München, die kurz vor Weihnachten noch einen Inzidenzwert von 300 hatte, liegt dank der Corona-Schutzmaßnahmen aktuell bereits unter 50. Die Einschränkungen, die wir alle gemeinsam auf uns genommen haben, zeigen Wirkung; sie haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall)

Wir dürfen uns darüber freuen; denn die Freude über das, was wir gemeinsam erreicht haben, gibt uns doch auch die Kraft, weiter durchzuhalten und unseren Erfolg jetzt nicht leichtfertig zu verspielen.

Das Ziel ist doch klar: Wir alle wollen möglichst schnell zurück zu einem Leben ohne Freiheits- und Grundrechtseinschränkungen, ohne den Schatten der Pandemie über uns. Ein Ziel ohne Plan ist aber nur ein Wunsch. Die Menschen erwarten von politischer Führung zu Recht mehr.

Sehr geehrter Ministerpräsident, Sie selbst haben gesagt: Zumachen erfordert Mut, Öffnen erfordert Klugheit. – Der Mut zuzumachen alleine reicht nicht. Es braucht in der Krise auch Umsicht. Es braucht auch Weitsicht. Dazu gehört eine Strategie, die sich nicht darauf beschränkt, das Leben schockzufrosten. Ich muss aber ganz deutlich sagen, dass ich wie auch ein Großteil der Bevölkerung diese Strategie bei Ihnen seit einigen Monaten vermisse.

Besonders die Menschen, die jünger als 30 Jahre sind, wünschen sich einen Perspektivplan. Sie leiden gerade am meisten unter den Einschränkungen und sagen, ein Perspektivplan würde sie motivieren und ihnen die nötige Kraft geben, sich weiter an die Maßnahmen zu halten, an Maßnahmen, die ihnen gerade Jahre ihrer Jugend nehmen. Man nimmt ihnen Erfahrungen – Auslandsaufenthalte und vieles mehr –, die sie nicht einfach nachholen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der richtige Weg wäre ein Perspektivplan, der Lockerungen und Verschärfungen an festen Inzidenzzahlen festmacht. Herr Ministerpräsident, es geht nicht, wie Sie gerade gesagt haben, um ein Datum, sondern es geht um die Inzidenz. Das muss ein Plan sein, der motiviert, sich an Regeln zu halten, und der vor allem Öffnungsperspektiven klar und transparent macht. Der Plan muss aber auch sagen, wo es Einschränkungen geben muss, wenn die Zahlen wieder nach oben gehen. Das ist auch klar. Er muss in beide Richtungen gehen. Das muss ein Plan sein, der dem Wesen unserer Demokratie gerecht wird und klare, nachvollziehbare Kriterien und Regeln aufzeigt, nach denen entschieden wird, ein Plan, der vorab diskutiert und demokratisch verabschiedet wird.

Die Entscheidungen, die in den letzten Wochen und Monaten gefallen sind und die auch heute fallen, sind immer auch politische Entscheidungen: Wer darf was zuerst? Wer muss die härtesten Einschränkungen hinnehmen? – Das war nie eine Frage rein des Infektionsschutzes. Es ist immer auch eine Frage der politischen Abwägung. Deshalb muss die Debatte geführt werden.

Sie, Herr Söder, wehren sich jetzt schon seit Wochen gegen einen Stufenplan. Andere Bundesländer haben einen Stufenplan erarbeitet und schon vor Wochen vorgelegt. Das zeigt doch nur eines: Sie und Ihre Regierung haben sich nicht darauf vorbereitet, wie mit dieser schwierigen, aber zugleich hoffnungsvollen Zeit umgegangen, wie diese Zeit gemeistert werden kann. Sie haben selbst davon gesprochen, dass die Phase des Übergangs die schwierigste sei. Ich bin da vollkommen bei Ihnen. Umso wichtiger ist aber doch, für diese Phase einen Plan zu haben. Dieser Plan fehlt bis heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es fehlt ein Plan, wie wir Lockerungen der Einschränkungen schrittweise meistern können, ohne dass wir in den nächsten Wochen wieder in den nächsten Lockdown schlittern, ohne dass Sie wie damals im Frühjahr bezüglich Öffnungen auf die lauteste Lobby oder auf einen, der wie Ihr Vize Aiwanger von Natur aus laut schreit, hören. Es fehlt ein Plan, der ganz behutsam abwägt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben nach der Ministerpräsidentenkonferenz gesagt, Schließen sei einfacher als Lockern. – Ich gebe Ihnen auch darin recht. Das entlässt Sie aber nicht aus der Verantwortung, einen Stufenplan, einen Perspektivplan vorzulegen, wie wir die Lockerungen meistern können, ohne in den nächsten Lockdown zu kommen. Diesen Plan sind Sie uns während der zwölf Monate, in denen die Pandemie in Bayern bereits herrscht, schuldig geblieben. Das ist wirklich erbärmlich!

Sie pfuschen und stolpern nun munter ohne Strategie weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nennen es – Sie haben das mehrfach gesagt, ich komme noch ausführlich darauf zu sprechen – Auf-Sicht-Fahren. Ich nenne es Blindflug. Das bringt uns nicht weiter.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ein Perspektivplan heißt nicht, jetzt ganz schnell aufzumachen. Ein Perspektivplan ist vom Prinzip der Verantwortung und der Umsicht, aber eben auch von den Prinzipien Nachvollziehbarkeit und Transparenz geleitet. Diese Prinzipien gehören auch mit dazu. Ein solcher Plan kann das meistern. Das ist der Unterschied zwischen unserer und Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein solcher Plan zeigt mögliche Lockerungen transparent und nachvollziehbar auf. Er schützt auch – ich muss nur zu Minister Aiwanger schauen, der mit Daten gearbeitet hat, wann was passieren kann, wann was geöffnet werden kann usw. – vor unerfüllba-

ren Versprechungen. Ein solcher Plan schützt davor, weil die Inzidenz das ganz Entscheidende sein muss. Er schafft in unruhigen Zeiten aber Verlässlichkeit und Planbarkeit. Genau das erwarten die Menschen jetzt gerade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen wollen nicht weiter bange auf die nächste Ministerpräsidentenkonferenz warten müssen, um dann zu erfahren, was als Nächstes kommt. Sie brauchen aus gutem Grund mehr Verlässlichkeit. – Sie sind diesen Plan bis heute schuldig geblieben.

Ein Perspektivplan bringt doch auch einen Motivationsschub für die nächsten Wochen. In Ihrer Fraktion wurde auch bereits eine Debatte über einen Perspektivplan geführt; Sie haben diese Debatte leider etwas früh abgewürgt. Ein Perspektivplan ist doch deutlich besser, als den Menschen Karotten vor die Nase zu halten. Solo-Selbstständige, Kulturschaffende, Alleinerziehende, Freiberufler*innen, Eltern, Lehrer, Hotelbetreiber*innen und Jugendliche warten nicht auf Belohnungen. Sie erwarten ein Stück weit Planungssicherheit, und das zu Recht. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, im Land macht sich auch Pandemiemüdigkeit breit. Man muss das offen ansprechen. Doch man verstärkt, finde ich, diese Entwicklung wahrscheinlich noch, wenn es keinen Perspektivplan gibt; denn man weckt Erwartungen. Sie haben zum Beispiel im Herbst gesagt, Weihnachten werde vieles möglich sein. Dann hieß es, im Januar werde es besser werden, dann, vielleicht zu Ostern. – Die Menschen glauben das dann langsam nicht mehr. Das ist gefährlich.

Pandemiemüdigkeit ist ebenso gefährlich wie das Virus selbst; denn dann werden Schutzmaßnahmen nicht mehr richtig eingehalten. Ein Perspektivplan, wie wir GRÜNE ihn fordern, ist eine Motivationsspritze, die wir jetzt dringend für alle brauchen und die Leute dazu anhält, weiter mitzumachen.

Das muss ein Perspektivplan sein, der neben landesweiten Inzidenzwerten auch Inzidenzwerte von Landkreisen als Leitplanken hat. Wir wissen doch – Sie haben es

mehrfach angesprochen –, dass die Inzidenzwerte der Landkreise ganz deutlich schwanken. Wieso sollen Kinder in Eichstätt bei einem stabilen Inzidenzwert von unter 25 nicht in die Schule dürfen, nur weil in Tirschenreuth ein Corona-Hotspot ist?

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie sind unseren Empfehlungen nun gerade in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung gefolgt. – Gut, dass Sie jetzt die stufenweise Öffnung der Grundschulen im Wechselunterricht an den Landkreisinzidenzen festmachen. Sie haben das, was hier von uns im Landtag mehrfach gefordert worden ist, aufgegriffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich spreche gerade mit Ihnen. – Sie sehen, wir sind in der großen Linie jetzt, da gerade Lockerungen von Maßnahmen möglich sind, gar nicht so weit auseinander. Deswegen wäre es auch gut, wenn wir uns gegenseitig zuhörten und Sie sich nicht wegdrehten.

Was aber fehlt und wo Welten zwischen uns beiden liegen: Wir erwarten einen Plan, wie diese Lockerungen konkret umgesetzt werden können. Sie, Herr Ministerpräsident, stellen sich vor zwei Tagen allen Ernstes hin und sagen, man müsse sich gerade um Grundschulen kümmern. Das gehe aber nicht ruckzuck. Es brauche dafür ein Konzept für die Klassen und ein vernünftiges Testkonzept für die Lehrkräfte.

Natürlich braucht es das. Das bestreitet in diesem Hohen Haus seit fast einem Jahr keiner mehr. Ich kann da nur sagen: Ich weiß nicht, was Sie, Herr Ministerpräsident, im letzten Sommer getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben also bis heute kein Testkonzept für unsere Schüler und Lehrkräfte erarbeitet. Das macht einen doch echt sprachlos: seit zwölf Monaten, da doch alle wussten, dass Sie die Schulen als Erstes öffnen möchten! Das war hier im Haus unstrittig. Da muss man doch für diesen Bereich als Erstes ein gutes Testkonzept vorbereiten.

Wir GRÜNE – und das ist ganz entscheidend – wollen nicht nur, dass die Kinder in den Kindergarten und in die Grundschule zurück dürfen. Wir wollen, dass sie dort auch unter Pandemiebedingungen bleiben können. Dafür braucht es tragbare Testkonzepte an unseren Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher: Setzen Sie massiv auf Pool-Tests in den Kitas und in den Schulen, um das Infektionsgeschehen genauer zu beobachten. Pool-Tests bieten hier doch die optimale Möglichkeit, vor allem für Klassen und für Kindergartengruppen. Eine ganze Klasse gibt einen Test ab. Erst wenn der Pool-Test positiv ist, werden alle Schülerproben einzeln getestet. Das spart Ressourcen, spart Geld und geht deutlich schneller. Aktuell sind die PCR-Testkapazitäten in Deutschland gerade einmal zu 50 % ausgelastet. Das gibt uns doch die Möglichkeit, hier ein gutes Testkonzept zu entwickeln, das wir dann umsetzen können. Wir brauchen eine Strategie für unsere Bildungseinrichtungen. – Bitte tun Sie das jetzt! Bitte machen Sie nicht den gleichen Fehler wie damals bei der Testung der Urlauber im Sommer! Das muss gut vorbereitet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie die Faschingsferien brauchen, um das umzusetzen, dann nützen Sie doch die Zeit! Lassen Sie die Schülerinnen und Schüler einmal durchschnaufen! Sie dürfen ohnehin nicht, wie zunächst versprochen, in der Ferienzeit wieder in die Schule. Dann können wir doch gleich Schulferien ermöglichen.

Was für die Schulen und die Kindergärten gilt, das gilt natürlich auch für unsere Alten- und Pflegeeinrichtungen. Überall, wo Tests helfen, müssen sie kostenlos angeboten werden. Hier geht es wirklich um Leben und Tod. Ich bin davon überzeugt: Ein 48 Stunden alter PCR-Test bietet nicht die nötige Sicherheit für einen Besuch im Altenheim, wenn der Besucher in der Zwischenzeit mehrere Kontakte hatte. Das weiß jeder, der schon einen PCR-Test durchgeführt hat. Da muss sich etwas ändern. Da müssen wir deutlich auf mehr Schnelltests setzen.

Noch eine Bitte: Sie haben viel von der Mutation des Virus gesprochen, und die Sorge teile ich mit Ihnen. Die muss uns durchaus Sorge machen. Aber dann bereiten Sie doch endlich die Gesundheitsämter richtig vor! Die Kontaktverfolgung muss deutlich schneller und besser werden, wenn das Virus ansteckender wird. Das muss doch zusammen gedacht werden. Auch dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mit Weitsicht, Klugheit und Zuversicht meisten wir Krisen. Ihre Politik weist hier viele Lücken auf, die Sie jetzt schließen müssen. Wir alle haben das Infektionsgeschehen in den letzten Wochen durch massive persönliche Einschränkungen gedrückt. Ja, wir sind noch nicht an dem Punkt, zu dem wir hinmüssen, aber die Infektionskurve bewegt sich in die richtige Richtung. Jetzt geht es darum, dass alle motiviert dabeibleiben. Dafür braucht es eine gemeinsame Perspektive, einen Perspektivenplan, der sich an festen Inzidenzen orientiert, wann, wie, wo gelockert werden kann oder auch nicht. Also, machen Sie jetzt Ihre Arbeit! Andere Bundesländer haben ihn bereits vorgelegt. Machen Sie Ihre Arbeit, drücken Sie sich nicht weiter davor! Legen Sie uns und den bayerischen Bürgern*innen vor der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz hier im Landtag einen weitsichtigen und klugen Stufenplan vor, den wir dann hier diskutieren können. Ich bin davon überzeugt, und das ist sicher auch in Ihrem Interesse, dass wir damit den Menschen die Zuversicht geben, die sie jetzt brauchen, um die Krise weiter zu meistern. – Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Ich darf als nächsten Redner den Fraktionsvorsitzenden der CSU aufrufen, Herrn Thomas Kreuzer. – Bitte schön, Herr Abgeordneter Kreuzer.

**Thomas Kreuzer** (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine schwierige Zeit im Lockdown liegt hinter uns. Heute können wir aber feststellen: Wir sind auf

einem guten Weg. Wir sind sogar auf einem sehr guten Weg, denn die Maßnahmen im Kampf gegen Corona zeigen deutliche Wirkung. Wir haben wohl zum richtigen Zeitpunkt das Richtige getan. Die Politik, aber natürlich vor allem die Menschen in unserem Land, haben Ausdauer bewiesen und Disziplin gezeigt und damit diesem heimtückischen Virus die Stirn geboten. Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt: Die Anstrengungen lohnen sich. Die Kurve bei den Neuinfektionen weist deutlich nach unten. Mitte Dezember, als wir den verschärften Lockdown beschlossen haben, hatten wir bis zu 5.000 Neuinfektionen pro Tag in Bayern. Heute liegen wir im Schnitt unter 1.500 mit absteigender Tendenz. Mitte Dezember lag die Inzidenz bayernweit bei über 200, heute liegt sie bei 62. Die Zahl der Menschen, die an COVID-19 erkrankt sind, die Intensivbetten belegen und in Kliniken behandelt werden müssen, wird von Tag zu Tag kleiner. Das geschieht zwar nicht so schnell, wie wir uns das alle wünschen würden, aber kontinuierlich. Darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt es an.

Man kann im Detail immer vieles kritisieren. Natürlich kommt es in einer solchen Notlage zurückblicken auch zu Fehlern, denn es gibt dafür keine Blaupause. Die letzte Pandemie war am Ausgang des Ersten Weltkriegs mit ganz anderen Möglichkeiten als denen, die wir heute haben. Es ist aber der klare Erfolg unserer Politik, dass wir diese Wende eingeleitet haben. Es ist der Erfolg der Maßnahmen, die wir zur Eindämmung der zweiten Welle ergriffen haben. Wir haben die Infektionswelle damit wirksam eingedämmt. Der Herr Ministerpräsident hat es ausgeführt: Dadurch haben wir auch Menschenleben gerettet und vielen Menschen schlimme Erkrankungen erspart, schlimme Erkrankungen mit leider oft gravierenden Dauerschäden, auch bei jüngeren Menschen. Wer daher bestreitet, dass Lockdown und konsequente Kontaktbeschränkung die wirksamsten Mittel im Kampf gegen Corona sind, der ignoriert die Fakten und ist damit klar auf dem Holzweg.

Mein Dank gilt der Bayerischen Staatsregierung mit Herrn Ministerpräsidenten Söder an der Spitze, die von Anfang an die richtige Politik verfolgt hat und die auch jetzt alles tut, damit wir Corona bewältigen. Hier wurde gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mein Dank gilt aber vor allem auch den Menschen in Bayern, die sich ganz überwiegend an die Regeln halten, die Kontakte vermeiden und die schon seit Monaten auf so vieles verzichten müssen. Sie haben einen entscheidenden Anteil am Erfolg. Ohne das Mitmachen der Menschen wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Deshalb auch von mir: Herzlichen Dank an jeden, der mitgemacht hat!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Freunde, beim Bergsteigen ist der Weg auf den Gipfel meist nicht einfach und immer beschwerlich. Ich will das mit der Einführung der Maßnahmen zum Lockdown vergleichen. Gefährlicher aber ist der Abstieg, in diesem Fall das Lockern der Maßnahmen. Beim Abstieg passieren die meisten Unfälle, und die sollten wir vermeiden: Unfälle, wie sie in Österreich passiert sind, Unfälle, wie sie in Irland passiert sind und Unfälle, wie sie in Südtirol passiert sind. Wir müssen bedenken, wir liegen noch immer ein ganzes Stück über der Inzidenz von 50, in gewissen Regionen liegen wir sogar noch dramatisch darüber. Ich möchte nur daran erinnern, die Inzidenz von 50 war im Oktober der Beginn der zweiten Welle, und dann ist alles ganz schnell gegangen. Wir brauchen daher einen weiteren, und zwar einen nachhaltigen Rückgang der Infektionszahlen. Öffnen wir jetzt sofort umfassend und zu schnell, dann wird eine dritte Welle mit Sicherheit vor der Tür stehen. Da sage ich ganz klar: Schnell zu lockern und dann nach wenigen Wochen wieder schließen zu müssen, das kann nicht die Lösung sein. Das nützt niemandem, gerade auch nicht der Wirtschaft, gerade auch nicht dem Einzelhandel und der Gastronomie. Wir müssen eine Politik fahren, mit der wir bestmögliche Sicherheit schaffen, damit wir dann, wenn wir lockern, auch gut in das Frühjahr und die wärmere Jahreszeit kommen, ohne dass wir erneut schließen müssen. Nur dann ist der wirtschaftliche Erfolg in den Betrieben nachhaltig. Wenn es erneut zu einem exponentiellen Anstieg bei den Ansteckungen käme, kämen wir an einem neuen Lockdown bis weit in den Frühling hinein nicht vorbei.Dies, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir unbedingt vermeiden.

Natürlich müssen wir auch angesichts der Mutationen, die jetzt immer mehr auftauchen, besonders vorsichtig bleiben. Sie können uns in eine schwierige Lage bringen, erst recht, wenn wir unsere Maßnahmen zu früh aufheben. Ich habe die anderen Länder bereits aufgezählt. Begonnen hat das Ganze in Großbritannien, wo die Infektionszahlen explodiert sind.

Es ist zu vermuten, meine Damen und Herren – natürlich wird dies untersucht –: Wo die Zahlen im Moment explodieren, sind Mutationen mit im Spiel. Da können Sie sicher sein. Wir sehen dies in unseren Nachbarländern. Gerade die Kolleginnen und Kollegen, die in den Grenzregionen zu Hause sind, beobachten die Entwicklungen in Tschechien und auch in Österreich ganz genau und mit großer Sorge. Schon ein kurzer Blick auf die Landkarte zeigt, wo in Bayern die Hotspots liegen, nämlich fast ausschließlich in den Grenzlandkreisen zu Österreich und vor allem zu Tschechien. Deshalb war es richtig und notwendig, Tirol und Tschechien zu Mutationsgebieten zu erklären.

Ich danke auch der Bundesregierung und dem Bundesinnenministerium, dass sie in dieser Richtung gehandelt haben. Dies sind keine einfachen Schritte in einem vereinten Europa, im Schengenraum. Ich habe letzte Woche mit der Kanzlerin in einer anderen Sache telefoniert und habe sie ausdrücklich gebeten, die Entwicklung an den Grenzen genau zu verfolgen und uns gegebenenfalls zu helfen. Ich bin aufgrund der Entwicklung in den Grenzlandkreisen mit diesen hohen Zahlen, deren Senkung nicht wie im übrigen Land gelingt, zu der Überzeugung gekommen, dass wir um ein anderes Grenzregime überhaupt nicht herumkommen. Wir brauchen hier konsequente Grenzkontrollen und müssen Einreisen ohne negativen Corona-Test unterbinden, auch mit Hilfe der Bundespolizei. Natürlich müssen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einreisen lassen. Wir müssen die Lkws einreisen lassen, die die Lieferketten sicherstellen, und zwar durch Österreich aus ganz Südosteuropa und Südeuropa. Aber wir können verlangen, dass wir diesen Test vorgelegt bekommen. Wir verlangen dies ja auch von Menschen, die ein Altenheim besuchen, meine Damen und Herren.

Dann können wir es auch von jemandem verlangen, der in unser Land einreisen will. Diese Tests sind richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Denn bei allen Verflechtungen in den Grenzregionen steht der Gesundheitsschutz der Bevölkerung in den betroffenen Landkreisen klar an erster Stelle. Machen wir uns nichts vor: Wenn wir im eigenen Land solche Hotspots haben, besteht immer die Gefahr, dass die Infektionen von dort in andere Teile des Landes wandern; denn die Menschen aus Ostbayern reisen natürlich nach München, um dort ihre Geschäfte zu machen, und treffen dort mit Menschen aus Oberbayern oder mit Menschen aus Schwaben zusammen, die bei den Besprechungen sind. So lange Sie solche Hochrisikogebiete haben, ist ein Drücken der Infektionszahl im ganzen Land besonders schwierig. Wachsamkeit, Disziplin und konsequentes Handeln bleiben somit weiter das Gebot der Stunde.

Aber unsere Prämisse war immer: Wir wollen die Menschen auf keinen Fall länger einschränken als unbedingt notwendig. Wir wollen zurück zu einer Normalität, soweit das Infektionsgeschehen dies zulässt, und zwar immer zeitnah, sobald es das Infektionsgeschehen zulässt. Und genau das tun wir. Wir bleiben vorsichtig und verlängern die Maßnahmen zum Infektionsschutz insgesamt bis zum 7. März. Aber wir gehen gleichzeitig die ersten Öffnungen an und machen damit den ersten Schritt auf dem Weg zurück in ein etwas normaleres Leben. Wir haben immer gesagt: Schule und Kindergarten, Bildung und Betreuung haben für uns Priorität. Wir halten hier Wort: Wir öffnen die Kindertagesstätten, und wir öffnen teilweise die Schulen.

Ich sage aber auch: Hier treffen insgesamt viele Menschen zusammen. Hier treffen auch Menschen zusammen, die keine AHA-Regeln, Abstandsregeln, einhalten können und die teilweise keine Masken tragen können. Auch von einem Grundschüler in der ersten Klasse müssen Sie nicht erwarten, dass der sich im ÖPNV oder vor der Schule

ohne Beaufsichtigung durch die Lehrer mit seinem Schulfreund eins zu eins an diese Abstandsregeln hält.

Deswegen sage ich, meine Damen und Herren: Wir brauchen hier begleitend ein umfassendes Testkonzept, das in den Kindertagesstätten und Schulen umgesetzt werden muss, damit wir dort nicht von negativen Entwicklungen unangenehm überrascht werden. Wir müssen die Dinge verfolgen. Hierzu fordere ich alle auf, die daran mitwirken müssen. Ohne Testen wird dies schwierig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Hartmann, Sie sprechen immer wieder das Testen beim Urlaub an und dass dies in Bayern so schiefgelaufen sei. Jetzt sage ich Ihnen noch einmal: Bayern hat sich seiner Verantwortung gestellt und möglichst früh mit Testen begonnen. Es war eines der wenigen Bundesländer, die überhaupt etwas getan haben.

(Zuruf)

Das von Ihnen regierte Land Baden-Württemberg hat so gut wie nichts getan und hat an einem einzigen Grenzübergang kontrolliert.

(Zuruf)

Da können Sie uns keinen Vorwurf machen: Wenn wir 6.000 Personen positiv testen und 200 davon nicht zuordnen können, ist dies immer noch besser, als überhaupt niemanden zu testen. Sie haben in dieser Angelegenheit versagt!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Hätten wir so wie die anderen gehandelt, hätten wir nicht 200 positive Tests nicht zuordnen können, sondern 6.000 Infizierte wären unerkannt ins Land gekommen. Dies ist die bessere GRÜNE Politik: Wenn man nichts macht, dann kann man auch nichts falsch machen, meine lieben Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Die Ausgangssperre ist für mich ohne Zweifel ein wirksames Instrument, um Feiern und private Treffen im größeren Kreis einzudämmen. Da dürfen wir uns nichts vormachen. Es ist dann insgesamt schwieriger, sich mit sechs Kumpels zu treffen und nachts um zwölf oder ein Uhr heimzugehen. Dies geht dann eben nicht.

Aber, meine Damen und Herren: Es muss vertretbar und verhältnismäßig sein. Deswegen halte ich es für richtig, künftig dort auf die Ausgangssperre zu verzichten, wo die Inzidenz unter 100 liegt. Darüber hinaus enthält der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom Mittwoch auch die weitergehenden Perspektiven, nach denen sich die Menschen verständlicherweise sehnen. Die nächsten Öffnungsschritte im Einzelhandel und weiteren Bereichen können bei einer stabilen 7-Tage-Inzidenz von höchstens 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner erfolgen. Wenn sich nämlich zeigt, dass wir das Infektionsgeschehen weiterhin und auch angesichts der Mutationen gut beherrschen, können nach den Friseuren auch dem Handel, dem Sport und der Kultur konkrete, nachhaltige Perspektiven aufgezeigt werden.

Sie fordern Perspektiven, Herr Hartmann, und Sie fordern eine Planung. Im Moment ist der Lockdown bis zum 07.03. verlängert. Somit ist nicht damit zu rechnen, dass in diesem Zeitraum weitere Öffnungen erfolgen. Es kann also nur um einen Zeitraum danach gehen. Die Ministerpräsidenten treffen sich rechtzeitig vorher, und wir können die Dinge rechtzeitig diskutieren.

Wir werden bis dahin weitere Erkenntnisse haben, beispielsweise bezüglich der Ausbreitung von Mutationen. Dies können wir noch am wenigsten einschätzen: Wie wirkt sich die Mutation auf das Infektionsgeschehen aus? Wir werden dann bessere Erkenntnisse haben. Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir dies abwarten sollten und dann durchaus den Menschen eine Perspektive geben in die Richtung, was ab dem 07.03. passiert, von mir aus auch in einem gewissen Inzidenzplan. Aber machen wir uns nichts vor: Dies ist eine vorgegaukelte Sicherheit, weil der Einzelne nie ab-

schätzen kann, wann seine Inzidenz erreicht wird. Sagen wir mal, wir legen für die Gastronomie einen Inzidenzwert von unter 35 fest, dann weiß der einzelne Gastwirt überhaupt nicht, wann dies erreicht wird.

Wenn Sie fordern, wir sollen dies hier festlegen, dann sage ich Ihnen: Das ist grundverkehrt. Wir brauchen in verschiedenen Bereichen, wenn es irgendwie geht, eine bundeseinheitliche Festlegung bezüglich Inzidenzwerten. Es ist eine ganz schlechte Entwicklung, wenn Sie überall andere Möglichkeiten haben, auch wenn Sie "innerhalb des Landes" sagen. Bei Schulen ist dies kein Problem. Schüler kommen aus einem Landkreis oder einer Gemeinde zusammen. Wenn Sie aber den Handel in einem Bundesland öffnen und im anderen Bundesland nicht, dann haben Sie einen Handelstourismus.Wenn Sie dies in Bayern gar landkreisweise machen, dann werden Sie erleben, dass die Leute, die nicht einkaufen können, weil ihr Landkreis hoch belastet ist, in die gering belasteten Gebiete fahren und dort einkaufen und dort Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Dann haben Sie eine meines Erachtens unerwünschte Entwicklung; denn es kann doch nicht der Sinn sein, dass die Leute von da, wo ein hohes Risiko herrscht, dorthin fahren, wo das Risiko gering ist, und damit eventuell zu einer weiteren Verbreitung beitragen. Ich halte es schon für richtig, dass wir uns auch in diesen Fragen bemühen, den Plan, wenn es irgendwie geht, für Deutschland insgesamt aufzustellen, weil die Verbreitung teilweise grenzüberschreitend wirkt, und dass nicht jedes Bundesland für sich das tut. Sonst haben wir in jedem Bundesland andere Werte und in jedem Bundesland einen anderen Plan. Das ist meines Erachtens nicht der richtige Weg, sondern man sollte sich einigen, gemeinschaftlich vorzugehen. Wenn es scheitert, ist es wieder etwas anderes. Dann muss man selber handeln. Wir werden noch genug Zeit haben, dies bis zum 07.03. zu diskutieren.

Wir brauchen endlich die Überbrückungshilfen, meine Damen und Herren. Die Wirtschaft ist dringend darauf angewiesen. Sonst gibt es Schwierigkeiten in der Liquidität. Ich bin mit dem Tempo nicht einverstanden. Ich glaube zwar, dass das Programm jetzt insgesamt gut ist, aber wir müssen da schneller werden. Meine Damen und Herren,

wir müssen auch erkennen, dass diese Wirtschaftsbereiche bereits das zweite Mal innerhalb eines Jahres in einem Lockdown sind. Die Eigenkapitaldecke ist schon nach dem ersten Lockdown, als die Hilfen nicht so großzügig waren, bei manchen recht dünn geworden. Wir müssen alles tun, um zu vermeiden, dass hier die Liquidität ausgeht und es zu Insolvenzen kommt. Eine zu späte Hilfe bringt eben nichts mehr, wenn erst einmal die Insolvenz eingetreten ist. Deswegen hoffe ich, nachdem die Anträge nun gestellt werden können, Herr Staatsminister Aiwanger, dass dies jetzt auch in Bayern zügig umgesetzt werden kann und großzügig und relativ schnell Vorschuss und Abschläge ausbezahlt werden, sodass die Liquidität wieder gewährleistet werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hoffnung kann uns auch machen, dass die Situation heute in mehrfacher Hinsicht eine andere als vor einem Jahr ist, aber auch noch als vor einem halben Jahr. Wir haben jetzt wirksame Impfstoffe. Wir kommen bei den besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen mit den Impfungen gut voran. Die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sind bereits zu über 75 % durchgeimpft.

Wir haben deutlich ausgeweitete Testmöglichkeiten. Ich hoffe, dass wir bald auch zugelassene Selbsttests für zu Hause zur Verfügung haben werden. Wir haben jetzt deutlich mehr wirksame Masken in allen Bereichen. Auch unsere Krankenhäuser und Gesundheitsämter sind weit besser ausgestattet als zu Beginn letzten Jahres. Ich bin überzeugt, unter diesen Voraussetzungen sind wir heute besser in der Lage, bei einem Inzidenzwert von 35 großflächige Ausbrüche zu verhindern und die Zahl der Infektionen sogar noch weiter zu drücken. Damit haben wir die Chance, die Zeit gut zu bestehen, bis die Impfungen hoffentlich bald in voller Breite ihre Wirkung entfalten.

Überhaupt keine Frage ist, dass wir weiterhin Geduld und Ausdauer brauchen, auch wenn niemand mehr Lust auf Corona hat und jeder sich sein tägliches normales Leben zurückwünscht. Belastungen bestehen noch fort, für die Beschäftigten in Kurzarbeit, für die Einzelhändler und Gastronomen, für die Selbstständigen und Kulturschaffenden, für die Eltern, die weiterhin das Arbeiten zu Hause und den Distanzunter-

richt ihrer Kinder unter einen Hut bringen müssen. Wir alle sind weiterhin gefordert. Lassen Sie uns weiterhin Abstand halten, die Hygieneregeln beachten, Kontakte vermeiden und vorsichtig bleiben! Jetzt und in Zukunft, in den nächsten Wochen und Monaten, liegt es wie bisher an jedem Einzelnen von uns.

Auch für unsere Politik heißt das, konsequent zu bleiben. Wir dürfen den erfolgreichen Weg zur Eindämmung von Corona nicht vorzeitig verlassen. Wir müssen weiterhin die richtige Balance halten, um so viel Freiheit wie möglich zu haben, aber auch so gut wie möglich die Gesundheit unserer Bevölkerung zu schützen. Der Erfolg gerade in diesen letzten Wochen gibt uns recht. Wir müssen diesen Weg gemeinsam in der Politik und gemeinsam mit einer großen Mehrheit in diesem Land fortsetzen, dann werden wir Erfolg haben und auch diese große Krise überstehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Gott schütze Bayern!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Herr Kreuzer, bitte bleiben Sie. – Es folgen vier Zwischenbemerkungen, die ich jetzt der Reihe nach aufrufen darf. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom fraktionslosen Kollegen Markus Plenk. Bitte schön.

**Markus Plenk** (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kreuzer, viele Menschen haben durch Ihre Politik mittlerweile ihren Job verloren, beziehen Kurzarbeitergeld oder stehen als Unternehmer vor dem Aus. Erklären Sie doch bitte einmal den Bürgern da draußen, welche durch die Corona-Politik bedingten finanziellen Einbußen Sie und Ihre CSU-Berufspolitiker-Kollegen zu verkraften haben, und zwar vor dem Hintergrund, dass hier im Bayerischen Landtag zum vermeintlichen Infektionsschutz seit Mai 2020 lediglich eine Anwesenheitspflicht von 50 % für die Abgeordneten gilt.

**Thomas Kreuzer** (CSU): Herr Plenk, Sie sind ja auch Berufspolitiker, und Sie sind einer der am wenigsten beschäftigten,

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Heiterkeit)

weil Sie nicht mal einem Ausschuss angehören und hier einmal in der Woche anrücken und sonst nichts machen.

(Heiterkeit)

Jetzt komme ich noch konkreter zu Ihrer Frage. Sie meinen, die Arbeitsplätze seien durch Politik zerstört worden. Dazu sage ich Ihnen: Falls Arbeitsplätze verloren gegangen sind, sind sie durch die Pandemie, durch das Virus zerstört worden. Hätten wir nicht konsequent gehandelt und die Seuche grassieren lassen, hätten wir nicht nur Tausende Tote, sondern wir hätten noch viel mehr vernichtete Arbeitsplätze, weil alles zusammengebrochen wäre in diesem Land. Das müssen Sie mal begreifen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Vielen Dank. – Die nächste Intervention kommt vom Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion. Bitte.

**Albert Duin** (FDP): Verehrter Herr Kollege Kreuzer, ich will Ihre Rede gar nicht großartig kritisieren. Das ist in Ordnung. Aber ich habe eine Frage. Wir sitzen hier jetzt seit einigen Monaten tatsächlich einmal in der Woche mit 120 Leuten in einem Saal. Zwischen uns sind die Trennwände. Wir halten die Hygienevorschriften so weit wie möglich ein, begegnen uns aber trotzdem des Öfteren. Das Gleiche gilt in den Ausschusssitzungen. Da sitzen wir noch enger, auch mit den Trennwänden. Wir sind alle gesund, und ich habe hier noch keinen Ausbruch miterlebt.

(Widerspruch)

– Okay, einer. Ob derjenige sich hier angesteckt hat, ist die Frage. – Sie haben vorhin gesagt, es gibt keine Blaupause. Ich glaube aber, dass genau wir hier die Blaupause sind, und zwar für Theater, Kinos, Gastronomie und so weiter, die ihre Hygienekon-

zepte noch viel strenger eingehalten haben als wir. Das ist für mich die Blaupause. Jetzt können Sie mir nicht erzählen, dass wir Politiker gegen das Virus immun sind. Sie können auch nicht sagen, die Menschen draußen auf der Straße seien dümmer als wir und könnten die Regeln nicht einhalten. Das ist die Frage: Ist das nicht die Blaupause, wie man entsprechend wieder aufmachen kann?

**Thomas Kreuzer** (CSU): Herr Duin, jeder wünscht sich, dass diese Bereiche wieder geöffnet werden können. Das ist unsere politische Zielsetzung. Wir sind aber auch in der Situation, dass wir als Parlament arbeitsfähig sein müssen, genauso wie auch in der Wirtschaft gearbeitet wird. Wir versuchen, uns darauf durch Lüftungssysteme, Trennwände, Maskentragen und so weiter einzustellen. Da Sie sagen, dass das Infektionsgeschehen draußen genauso verhindert werden könnte, sage ich Ihnen: Wenn ich mit einem Kinobetreiber spreche, sagt er mir, dass es bei ihm keine Infektion gebe. Wenn ich mit einem Einzelhändler spreche, sagt er, dass eine Infektion bei ihm ausgeschlossen sei. Ein Gastronom sagt, dass die Hygienekonzepte so gut seien, dass nichts passieren könne. Genauso ist es in der Hotellerie. Diese Aufzählung könnte ich fortsetzen. Sie haben alle eine gute Arbeit gemacht. Sie haben sich sehr angestrengt, und das wird sich auch rentieren, wenn wir wieder aufmachen können.

Aber ich sage Ihnen eines: Es kommt auf die Zahl der Kontakte insgesamt an, auf die Summe. Wenn stimmen würde, was sie sagen, dann dürfte ein Lockdown überhaupt keine Wirkung haben. Jetzt müssen Sie mir mal erklären, weshalb die Zahlen runtergehen, wenn ich diese Bereiche schließe, und weshalb die Zahlen trotz Hygienekonzepten raufgehen, wenn ich sie nicht schließe. – Wir mussten also handeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Vielen Dank. Wir sind noch nicht am Ende. – Es kommt die nächste Nachfrage: vom Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

**Gerd Mannes** (AfD): Sehr geehrter Herr Kreuzer, Sie haben in Ihrer Rede jetzt sehr viel Selbstzufriedenheit über die eigene Politik ausgedrückt.

(Zuruf)

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie die Schließung von Branchen als wirtschaftsfreundlich bezeichnet. Wir sehen das komplett anders, weil die Einschränkungen in den letzten Wochen aus unserer Sicht nicht verhältnismäßig waren. Ihr Koalitionspartner ist da immer wieder vorgeprescht.

Ich weiß nicht, ob Ihnen der Titel unseres heutigen Dringlichkeitsantrages aufgefallen ist. Der hat den Titel: "Maßnahmen beenden – Verhältnismäßigkeit wahren!" Ihr Dringlichkeitsantrag hat denselben Titel. Aus meiner und aus unserer Sicht passt dies nach Ihrer Rede aber nicht ganz genau.

Aber jetzt einmal zu meiner Frage: Die "BILD"-Zeitung hat getitelt: "Söder schmeißt kritischen Professor aus dem Ethikrat." Dazu wollte ich Sie einmal befragen. Der Professor heißt Christoph Lütge und hat in einer Videobotschaft gesagt, die Politik verursache mit dem Lockdown schwere wirtschaftliche und medizinische sowie gesundheitliche Schäden; hinzu kämen langfristig viele weitere psychische und soziale Folgen. – Jetzt meine Frage an Sie als Politiker: Ist so ein Ethikrat denn nicht dazu da, unbequeme Meinungen gegenüber der Politik zu formulieren? Oder soll es in Zukunft so sein, dass die alle in Zukunft die gleiche Meinung haben müssen? Können Sie dazu einmal etwas sagen?

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Bitte schön.

**Thomas Kreuzer** (CSU): Zunächst sage ich Ihnen einmal: Ich bin normalerweise beruhigt, wenn die AfD anderer Meinung ist als ich und nicht umgekehrt. Das ist eher ein gutes Zeichen.

(Heiterkeit)

Zweitens. Ich bin mit dem Fall nicht vertraut, weil ich ihn nicht zu verantworten habe; ich kenne ihn auch nur aus der Presse. Wenn man aber die Äußerungen des Professors in der Öffentlichkeit sieht, der einem Ethikrat, einem Gemeinschaftsgremium, an-

gehört und sich ständig mit sehr zweifelhaften Forderungen äußert, ist dies aus meiner Sicht mit der Arbeit in einem solchen Gremium nur schwer zu vereinbaren. Das möchte ich hier ganz klipp und klar sagen.

(Zurufe)

Dieser Auffassung bin ich. Ich bin der Auffassung, dass man sich dort gemeinschaftlich eine Meinung bilden muss und sich der Ethikrat mit einer Stimme äußern sollte. Wenn sich aber jemand immer allein mit extremen Äußerungen hervortut, kann dies natürlich insgesamt das Vertrauen in den Ethikrat ganz erheblich erschüttern. Das sage ich ganz klar.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Danke schön. – Es kommt noch eine Nachfrage, und zwar vom fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda. Bitte schön.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Herr Abgeordneter Kreuzer, "Man verdirbt unter Leuten, die einen nicht übertreffen" – das ist ein Zitat von Jean Paul. Das ist mir eingefallen, nachdem ich Ihre Antwort auf die Zwischenfrage von Herrn Plenk gehört habe. Die war ketzerisch und unangebracht. Die eigentliche Antwort sind Sie aber schuldig geblieben. Das hätte ich von Ihnen nicht gedacht. Sie sollten in Ihrer Fraktion ein Vorbild sein!

Jetzt zu meiner Frage, Herr Kreuzer: Wenn Sie so viel testen wollen und jetzt mit den Kindern weitermachen wollen, haben Sie denn einen Test, der das nachweist, was Sie testen wollen? Sie wollen die Sequenz der RNA des Virus SARS-CoV-2 nachweisen. Haben Sie einen Test, der jetzt COVID-19 nachweist oder eine der neuen Mutationen? Wenn Sie solche Tests nicht haben, dann machen Sie hier auch keine Werbung dafür; denn die Eltern müssen schließlich so einem Test zustimmen. Jetzt bin ich auf Ihre Antwort gespannt. Haben Sie auch wieder so eine ketzerische?

(Zuruf)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

**Thomas Kreuzer** (CSU): Herr Swoboda, sich so aufzuregen, ist nicht gesund. Aber jetzt mal klar gesagt: Ich weiß, dass Sie ein Testleugner sind. Sie sind zwar kein Corona-Leugner, aber Sie sind ein Testleugner. Ich sage Ihnen: Ich verlasse mich hier auf die Erkenntnisse der Wissenschaft. Jeder weiß, dass kein Test hundertprozentige Sicherheit bietet und dass man immer eine Fehlerquote hat. Es ist insgesamt aber immer viel besser, wenn man testet, als wenn man nicht testet. Wir wissen, dass man in Ländern, in denen viel getestet wird – denken Sie an unseren Nachbarstaat, der sogar beim Friseur testen will –, eine höhere Sicherheit herstellen kann, als wenn man nichts tut. Deshalb empfehle ich, dass man testet, bevor man beispielsweise ältere Personen im Verwandtenkreis aufsucht.

Deswegen hoffe ich sehr, dass es in Zukunft möglich sein wird, dass das jeder mit einem guten Test selber machen kann. Ich vertraue diesem Test. Ich habe auch mit Wissenschaftlern gesprochen. Sie hingegen haben das nicht getan. Sie müssen es auch nicht tun, aber ich würde mich wie Herr Duin wohler fühlen, wenn jeder, der hier ins Plenum geht, sich an den Tests beteiligen würde. Meine Damen und Herren, daran fehlt es noch ganz gewaltig. Dann hätten wir hier mehr Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Vielen Dank, Herr Kreuzer. – Damit kommen wir zum nächsten Redner. Das ist Prof. Dr. Hahn für die AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn** (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Söder! Ihre Politik hat zu einer Eiszeit geführt; denn in unserer Gesellschaft herrscht mittlerweile eine eisige Atmosphäre. Alles, was Ihnen zur Normalisierung einfällt, ist, die Friseursalons wieder zu öffnen. Sie sagen: Das hat auch

etwas mit Würde zu tun in diesen schwierigen Zeiten. Ist Ihnen denn eigentlich klar, dass Sie damit zugeben, dass Sie die Menschen seit Monaten bewusst Ihrer Würde beraubt haben? Meine Damen und Herren, Zehntausende alte Menschen sterben mit Corona, weil die Alten- und Pflegeheime nach über elf Monaten immer noch nicht anständig geschützt sind.

(Beifall bei der AfD)

Die Friseuröffnung soll nun die Lösung sein? Ein Haarschnitt als Medizin für unser Land? Meine Damen und Herren, das ist schäbig! Was muss noch alles in diesem Land schieflaufen, bevor Sie endlich Konsequenzen ziehen oder sich doch wenigstens einmal entschuldigen?

Zur Gesundheit: Die WHO sagt ganz klar: Der PCR-Test zeigt eben generell nicht, ob jemand krank ist. Er ist kein Diagnose-, sondern ein Labortest. Sie missbrauchen diesen als Fundament für Ihren ewigen Lockdown.

(Zurufe)

Professor Ioannidis von der Stanford University hat gerade gezeigt, dass Lockdowns gerade keinen Nutzen haben, aber massiven Schaden anrichten, massive Kollateralschäden, meine Damen und Herren, ganz nach dem Motto: Operation geglückt, Patient tot.

Apropos Operation: Corona verursacht zuhauf abgesagte OPs, auch viele Krebsbehandlungen werden abgesagt. Menschen sterben an Herzinfarkt und Schlaganfall, und das geschieht auch aus Angst vor einem Arztbesuch. Außerdem leidet generell die Gesundheit der Menschen unter dem Sportmangel; denn Sport gibt es nur noch für die Profis. Die dürfen das – Brot und Spiele eben, Herr Söder. Für die normalen Leute daheim gibt es etwas anderes: Da gibt es Depression, Isolation und Einsamkeit und für viele eben auch Existenzangst.

(Zuruf)

Ich möchte aber eine Gruppe hier ganz besonders hervorheben; denn diese leidet am meisten unter dem Lockdown-Irrsinn: die Kinder. War es vorher noch ein kleiner Teil, sind es jetzt ein Drittel der Kinder, die psychisch auffällig sind. Meine Damen und Herren, Kinder sind die Hauptleidtragenden. Sie vereinsamen vor dem Computer. Ihnen fehlt die Bewegung, wie überhaupt der Sport allen Jugendlichen fehlt.

Herr Piazolo, Ihre Schulschließung basiert auf der bestellten Leopoldina-Studie, die nachweislich fehlerhaft war. Kinder sind eben keine Infektionstreiber. Sie nutzen lieber Seehofers bestellte Fakten, oder sollte ich besser sagen: die "Auftragsforschung"?

Eine kritische wissenschaftliche Meinung – und das wurde eben angesprochen – ist bei Ihnen gar nicht gefragt. Selbst bei der Bund-Länder-Konferenz am Mittwoch waren erstmals keine Hofwissenschaftler mit dabei. Wehe aber, wenn ein Professor sich äußert. Herr Kreuzer sagte: Das geht doch nicht, dass der Professor Lütge, und dazu noch einer aus dem Ethikrat, sich dauernd äußert. Was passiert? – Sie entlassen ihn einfach.Das ist Ihre Art, hier vorzugehen.

Wenn Sie aber kritische Wissenschaftler doch einmal hören würden, dann müssten Sie eine neue Studie von Lane et al. aus den USA, University of Atlanta, einmal lesen; dann würden Sie sehen: Genau, Aerosole sind eben keine Coronaviren-Schleudern. Ihre Maskerade bröckelt.

Aber jetzt fängt langsam auch die interne Kritik an. Man hört es: Ein anonymer CSU-ler kritisiert Herrn Söder und sagt: Wir brauchen wieder mehr Landesvater und wieder weniger Cäsar. Der ehemalige Minister Pschierer traut sich sogar offen aus der Deckung.

Die strikte Herrschaft von Herrn Söder duldet eben keinen Widerspruch. Er akzeptiert keine abweichende Meinung. Das kann sich heutzutage nur die AfD leisten, die einzig wirkliche Opposition in diesem Land, die es noch gibt.

(Beifall bei der AfD)

Aber bei unserem Dringlichkeitsantrag, den gleich der Kollege Singer vorstellen wird, kann jeder hier aus dem Plenum namentlich seine Meinung kundtun. Selbst die FREIEN WÄHLER könnten, dürften das. Aber sie sind schon längst zum Mitläufer verkommen. Sie sind nur noch der Steigbügelhalter von Söder, unterjocht, und werden dafür bei der nächsten Landtagswahl – da bin ich ganz sicher, Herr Aiwanger – abgestraft werden, wenn sie überhaupt noch in den Landtag einziehen können.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Eindruck haben, Aiwangers Zähneknirschen höre man vielleicht bis Berlin, dann sage ich Ihnen eines: Das ist aufgesetzt. Dieser Mann spielt ein doppeltes Spiel. Herr Aiwanger, Sie sind der Einzige in diesem Raum, der den Schlüssel zum Ende dieses Lockdowns in der Hand hat, und Sie verbergen ihn tief in Ihrer Tasche.

Herr Aiwangers Kleinunternehmer – Sie sind als Minister für Wirtschaft hier gestartet – warten noch auf die Auszahlung der Hilfen aus dem November, geschweige denn, dass die Hilfen aus den anderen Monaten ausgezahlt worden wären. Die Selbstständigen, Herr Aiwanger, haben ihre Reserven längst aufgebraucht. Sie sind finanziell ausgehungert und bald vielleicht allesamt insolvent. Der Mittelstand – leider –, er wird zu Grabe getragen.

Dabei machen wir durch den Lockdown in Deutschland 1,5 Milliarden Euro neue Schulden – jede Woche! Aber wo ist das Geld? – Es ist nicht beim Bürger; denn der normale Bürger wird in Söders Reich einfach ignoriert.

Aber dieses Vorgehen, meine Damen und Herren, hat System. Die Leute werden getäuscht, und die Gründe für Lockdowns werden willkürlich verändert. Erinnern wir uns! Am Anfang der Pandemie war es der R-Wert. Dann hieß es: Flatten the Curve! Auf einmal war es ein beliebiger Inzidenzwert von 50, dann war die Nachverfolgung der Schlüssel, Intensivbetten waren nicht genug da. Jetzt kommen die Mutanten und die

Mutanten-Kreuzungen – und auf einmal der Inzidenzwert von 35. Absurd, absurder, am "absurdesten".

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen den Lockdown, koste es, was es wolle. Aber der Lockdown ist so, wie einen Menschen zur Ader zu lassen: Bei Besserung sagen Sie einfach: Der Lockdown wirkt. Bei Verschlechterung aber sagen Sie: Es war nicht hart genug. – Bis der Patient verblutet ist.

Überall Täuschung! Am Anfang hieß es etwa bei der Impfung: Niemand hat die Absicht, eine Impfpflicht einzuführen. Jetzt sagt Frau Merkel, es wird keine neuen Freiheiten geben – man höre und staune! –, und sie spricht von Privilegien für Geimpfte. Maßnahmen, die im Dezember noch bei Inzidenzen über 200 galten, gelten jetzt auf einmal bei Inzidenzen über 35. Dreist ist das, dreist! Der Wahnsinn, meine Damen und Herren! Sie wollen nämlich gar keine Normalität. Sie wollen einfach nur Verzögerung. Deshalb haben Sie auch überhaupt keine Exit-Strategie und reden – das haben wir eben gehört, Herr Söder – schon von der dritten Welle. Ein Endlos-Lockdown ist das, ja, eine Endloskatastrophe.

Herr Söder, jetzt fällt Ihre Maske endgültig, und wir sehen Ihr wahres Gesicht. Wir brauchen Ihren Eiszeit-Lockdown nicht mehr, der jetzt schon eine schier endlose Zeit andauert. Wir brauchen endlich einen Eisbrecher, der diese frostige Kälte in unserer Gesellschaft – und vor allem in unserer Politik – aufbricht, einen Eisbrecher, der keine Herzen bricht, sondern nur das Eis.

Dabei gibt es eine Alternative zum Lockdown: nämlich endlich die Risikogruppen zu schützen; denn dann könnten Sie uns aus Ihrer Geiselhaft entlassen und uns endlich unsere Freiheit zurückgeben.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Vielen Dank. Nachfragen liegen nicht vor. – Damit darf ich den nächsten Redner ans Rednerpult bitten: Es ist der Vorsitzende der Fraktion FREIE WÄHLER, Herr Florian Streibl. Bitte schön.

**Florian Streibl** (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag. Seit einem Jahr leben wir zwar in der Pandemie, und seit November befinden wir uns im zweiten Lockdown, und wir stehen in einer großen Geduldsprobe. Ja, wir alle leiden unter der jetzigen Situation der Pandemie. Alle leiden! Aber dieses Zähnezusammenbeißen, diese Entbehrungen, die wir die letzten Wochen und Monate hinnehmen mussten, zeigen Erfolg. Seit dem 13. Januar gehen die Zahlen der Inzidenzen, der Erkrankungen, der Belegung der Intensivbetten sukzessive zurück. Das, meine Damen und Herren, ist ein großer Erfolg, der sich sehen lassen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben diesen Erfolg durch die Maßnahmen erreicht und durch die vielen Menschen in Bayern, die diese Maßnahmen mitgetragen haben. Meine Damen und Herren, das ist der Schlüssel zur Öffnung des Lockdowns, das ist der Schlüssel, der uns zum Erfolg bringt. Heute geht der Weg wieder hinaus aus der Eiszeit, der Weg geht jetzt in den Frühling.

Meine Damen und Herren, ich möchte unserer Bayerischen Staatsregierung danken. Die Staatsregierung hat zwar zwei Pole, einen Ministerpräsidenten Markus Söder und einen Hubert Aiwanger, die hier zusammenspielen, gleichsam ein bayerisches Yin und Yang,

(Heiterkeit und Zurufe)

das uns den gemeinsamen Weg der Weisheit aus dieser Krise zeigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Wegweiser auf diesem Weg aus der Krise heißen zum einen Umsicht und Vorsicht und zum anderen Zuversicht und Zusammenhalt, meine Damen und Herren.

Es besteht Grund zur Zuversicht; denn die Maßnahmen, die getroffen wurden, wirken. Die Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen, die Maßnahmen des Homeoffice, die Hygiene- und Schutzmaßnahmen, die FFP2-Masken – sie wirken. Von daher können wir den Weg in die Öffnung wagen – einen Weg mit Klugheit, Augenmaß und Vernunft. Wir dürfen nichts übereilen, aber der Weg ist jetzt beschritten.

Der wichtigste dieser vier Wegweiser heißt Zusammenhalt. Als Gesellschaft müssen wir zusammenhalten. Das beginnt im Kleinen in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, in der Freizeit. Dieser Zusammenhalt zeigt uns, wie stark wir alle gemeinsam sein können. Wenn wir zusammenhalten, dann finden wir den Weg zurück zu einer neuen Normalität, zu einer neuen Freiheit. Wir, meine Damen und Herren, haben es in der Hand. Wir dürfen es nicht dem Virus überlassen, über unser Schicksal zu bestimmen, sondern unser Handeln und Tun, wie wir es heute beschließen, zeigt den Weg in die Zukunft und hat besondere Auswirkungen auf die Zukunft. Auch für die Politik, für die Regierung, ist es besonders wichtig, dass wir fest auf zwei Beinen stehen.Natürlich wird auch vieles kontrovers diskutiert, letztlich wird der Weg aber gemeinsam gegangen. Die Diskussionen werden auch in der Zukunft weitergehen. Wir werden uns in der Koalition immer wieder unsere Meinungen bilden und um unsere Meinungen ringen. Dies ist nicht eine Schwäche, wie manche vermuten, sondern dies ist eine Stärke – die Stärke dieser bürgerlichen Bayernkoalition, meine Damen und Herren, die Stärke des Yin und Yang.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das ist die Stärke unserer demokratischen Prozesse.

Vielen ist anscheinend noch nicht so richtig klar, wie komplex die Prozesse sind, die zu den Entscheidungen und zu den Maßnahmen führen. 16 Ministerpräsidenten und eine Kanzlerin beraten regelmäßig über den besten Weg, der aus der Krise führt. Hin-

ter jedem von ihnen stehen Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Medizin. Die Diskussionen werden begleitet von Tausenden demokratisch gewählten Mandatsträgern, von Fraktionen, von Koalitionen und Länderregierungen. Am Schluss wird in den Parlamenten diskutiert. Das heißt, dass die Entscheidungen und Maßnahmen von einem großen demokratischen Konsens getragen sind. Am Ende steht die Einigkeit sowohl im Bund als auch im Land. Meine Damen und Herren, der mittelalterliche Pädagoge Georg Rollenhagen sagte: "Im Frieden und im Krieg behält die Einigkeit den Sieg."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diese Einigkeit macht uns stark. Diese Einigkeit ist auch die Grundlage des Bayernplans, der heute zur Abstimmung steht. Es gibt einen Plan, der sich aber immer wieder an den Realitäten messen lassen muss und der auch nachgeschärft werden muss. Herr Hartmann, zu einem dynamischen Ereignis kann es keinen statischen Plan geben. Das Virus ist höchst dynamisch. Mit statischen Antworten sind wir zum Verlieren verdammt. Deswegen müssen auch wir dynamische Pläne entwickeln und diese immer wieder anpassen.

Daher ist es gut, wenn am Montag die Ausgangssperren reduziert werden, wenn am 22. Februar die Schulen und am 1. März die Friseure öffnen können, auch wenn manche jetzt darüber lächeln. Im März werden wir weitere Schritte beschließen, wie es dann mit Einzelhandel, Sport und Kultur weitergeht. Wir werden auch darauf achten, dass wir Alleinerziehende wieder mehr in die Gesellschaft bringen können. Auch bei "Click and Collect" müssen wir über weitere Stufen nachdenken, zum Beispiel wie wir ein privates Einkaufen ermöglichen können.

Meine Damen und Herren, ja, die Corona-Ampel lebt. Der Ministerpräsident hat es heute gesagt: Die Inzidenzwerte 100, 50 und 35 sind Wegmarken. An diesen können wir uns ausrichten. So finden wir jetzt auch den Weg zurück in die Normalität. Zum einen müssen wir natürlich impfen und versuchen, möglichst bald Impfstoffe zu be-

kommen. Wir müssen auch prüfen, ob wir eine bayerische Impfstoffbeschaffung oder Impfstrategie auf den Weg bringen können, um das Impfen im Land zu beschleunigen. Zum anderen müssen wir auch berücksichtigen, wie wir unsere Grenzen auch weiterhin vor der Einschleppung von Virusmutationen schützen können.

Meine Damen und Herren, eines ist aber in dieser Krise, in der Situation, in der wir uns befinden, auch noch besonders wichtig: dass wir uns auf unsere gesellschaftlichen und auf unsere demokratischen Werte und unser Wertesystem verlassen und dieses nicht infrage stellen; denn, meine Damen und Herren, die Worte "plurale und offene Gesellschaft" sind in Wahrheit nur die demokratischen Worte für die Einmaligkeit und Einzigartigkeit eines jeden einzelnen menschlichen Lebens. Dieses Leben ist zu schützen, und die Würde dieses Lebens ist zu schützen. Das ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Aufgabe setzen wir in der Regierung auch konsequent um. Wir müssen aber bei allen Wünschen und Hoffnungen, die wir haben, immer wieder den Kompromiss mit der Wirklichkeit suchen und den Kompromiss mit der Wirklichkeit finden. Die Wirklichkeit ist momentan eine Pandemie, ist ein Virus, das COVID-19 heißt, ist etwas, was nicht nur Bayern, sondern die gesamte Welt betrifft, weswegen wir uns nicht irgendwie mit kruden Ideologien durch die Hintertür hinausstehlen können. Wir müssen uns dieser Wirklichkeit stellen und mit ihr einen Kompromiss finden. Wir müssen weiterhin mit vernünftigen Handlungen, mit Klugheit, Augenmaß und Vernunft den Weg in die Zukunft beschreiten und Öffnungen behutsam dort vorantreiben, wo sie verantwortbar sind.

Am wichtigsten von allen Maßnahmen und über diese hinausgehend ist aber, meine Damen und Herren – das möchte ich in das gesamte Land hinaus sagen –, der Zusammenhalt, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der Zusammenhalt von uns allen; denn wenn zwischen uns allen, in Deutschland und in Bayern, Einigkeit besteht,

dann werden wir das Ganze bestehen. Deshalb möchte ich Ihnen allen mit Attinghausen aus dem Stück "Wilhelm Tell" von Schiller zurufen: Seid einig, einig, einig! Bleibt gesund, und Gott schütze euch!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke, Herr Streibl. Sie können am Rednerpult bleiben. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Bergmüller von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Bergmüller, bitte.

**Franz Bergmüller** (AfD): Sehr geehrter Herr Streibl, ich nehme doch an, dass sich die FREIEN WÄHLER als Mittelstandspartei fühlen. Wirtschaftsminister Aiwanger hat sich hier vor Kurzem in Demut geübt, nachdem er zuvor immer wieder Öffnungen schon bei Inzidenzwerten von unter 100 gefordert hat. Ich habe das Gefühl, Sie haben sich mittlerweile Herrn Söder unterworfen. Jetzt frage ich Sie im Namen Ihrer Wähler dazu. IHK-Hauptgeschäftsführer Gößl hat im "Münchner Merkur" verlauten lassen, dass erst Mitte März die Anträge auf Überbrückungshilfe III bearbeitet werden können. Der Steuerberaterverband hat mir heute eine Mitteilung geschickt, in der die Frage aufgeworfen wurde, wie man für diese Überbrückungshilfe III für die Monate März und Juni vernünftige Umsatzschätzungen vornehmen kann, wenn Sie sich jetzt dem Ministerpräsidenten anschließen –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Franz Bergmüller** (AfD): – und Handel, Gastgewerbe usw. erst bei einem Inzidenzwert von unter 35 öffnen wollen. Bitte antworten Sie darauf.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Streibl, bitte.

**Florian Streibl** (FREIE WÄHLER): Herr Bergmüller, im Gegensatz zu Ihrer Gruppierung fühlen wir uns nicht als Mittelstandspartei, sondern wir sind eine.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie machen uns Vorwürfe. Auch wir sind mit dem Mittelstand in engem Kontakt und in Gesprächen. Die Verlängerung des Lockdowns ist eine Maßnahme, die auf Bundesebene für ganz Deutschland entschieden wurde. Dass wir den Pfad der Einigkeit nicht verlassen, spricht für uns.

Die Auszahlung der Hilfen wird nächste Woche beginnen. Insoweit werden wir dann auch liefern.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke schön, Herr Streibl. – Vor dem nächsten Redner darf ich bekannt geben, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, der Kollege Horst Arnold.

**Horst Arnold** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab eine Bemerkung zur Beteiligung des Parlaments und dem eigentlichen Sinn und Zweck dieser Veranstaltung. Herr Ministerpräsident, Sie werden nicht müde zu betonen, der Landtag müsse der Verordnung zustimmen. Das muss er nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das geht rechtlich nicht, und das haben Sie auch wiederholt vereitelt. – Ja, wir können dazu Dringlichkeitsanträge stellen, aber egal, wie sie beschieden werden, es gibt für die Staatsregierung keine rechtliche Bindung.

Allerdings sind Sie verpflichtet, dem Landtag die Verordnung rechtzeitig vorzulegen. Dies hat Verfassungsrang. Ich stelle fest: Der Verordnungsentwurf, über den wir heute beraten, erreichte das Parlament um 11:57 Uhr. Wir als Landtag, der sich mit diesen Ausführungen beschäftigen soll, hatten bei Fristende um 12:00 Uhr gerade einmal drei Minuten Zeit, um uns mit dem Verordnungsentwurf zu befassen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht dabei auch nicht nur lapidar um eine Verordnung, sondern es geht um Regelungen, die den Menschen in Bayern in den nächsten Wochen Verhaltensverpflichtungen auferlegen, die bußgeldbewehrt sind, was bedeutet, dass bei einem Verstoß nicht unerhebliches Geld zu bezahlen ist. In dieser Verordnung werden auch Schicksale geregelt und vorbestimmt. Der Landtag hat jedoch gerade einmal drei Minuten Zeit, um darüberzuschauen. Ihn einmal darüberschauen zu lassen, wird dieser Sache auch nicht gerecht.

Diese Art der Parlamentsbeteiligung, die Sie uns hier präsentieren, ist nicht einmal ein Feigenblatt, sondern sie entblößt Ihre ignorante Haltung dazu – Beliebigkeit und tatsächliche Ignoranz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, dadurch werden Sie den von Ihnen gerühmten Rechten des Parlaments auch nicht gerecht. Ich empfinde das gleichsam als ein Treten mit Füßen nach denselben.

Letzten Dienstag hatten wir in der Aktuellen Stunde Erwartungen für ausgewogene und tragfähige Corona-Strategien formuliert. Diesen Erwartungen sind Sie leider nur in kleinen Teilen gerecht geworden; denn das, was Sie heute als Perspektive modelliert haben, ist – schonend gesagt – ein Perspektivchen. Wenn man darüber hinaus die Reaktionen des Einzelhandels, der Kultur und weiterer vergessener Teile der Gesellschaft hört und liest, muss man sagen: Herr Ministerpräsident, das ist ein Perspektivdesaster.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Offensichtlich feiern Sie jedes Glühwürmchen, jedes Irrlicht als tatsächliches Licht am Ende des Tunnels. Ich sage Ihnen hingegen, wir brauchen einen Pfad, und wer diesen Pfad nicht legt, bringt auch nichts voran. Was Sie hier bringen, ist eher eine Defizitbe-

seitigung als eine Perspektive mit Mut, Kraft und Zuversicht. Eine solche Perspektive ist daraus nicht zu schöpfen, kaum präsent.

Sie nehmen auch nicht alle Menschen mit. Wir freuen uns natürlich ebenfalls für die Friseure und gönnen es ihnen. Was jedoch Perspektiven für andere anbelangt, sind das der Ankündigungen Hunderte, aber in der Umsetzung dann nur ganz wenige.

Sie benennen Schlagworte. Sie benennen allerdings keine Konzepte oder gar eine Strategie, und zwar weder für Kinder und Jugendliche noch für den Einzelhandel und die Kultur. Sie benennen Themen lückenhaft, unpräzise und zum Teil inkonsistent.

Um es noch einmal klarzustellen: Wir befürworten jede Maßnahme, die geeignet und erforderlich ist, um die Pandemie zu bekämpfen und einzudämmen. Dazu gehört es aber auch, festzustellen, dass die Grundrechte in dieser Demokratie die Basis und kein Luxus sind. Deswegen müssen wir darauf achten, diese Maßnahmen so abzustimmen, dass das in Ordnung geht, Stichwort: Verhältnismäßigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Um es noch einmal festzustellen: Wir wissen um die Gefährlichkeit der Mutationen und unterschätzen diese keineswegs. Die Pandemieforschungsinfrastruktur muss aber gestärkt werden. Klare Analysen und auf der Wissenschaft basierende Erkenntnisse sind notwendig. Bei all diesen Anstrengungen unterstützen wir Sie, wenn sie denn kommen.

Wir haben aber auch konkrete Forderungen zur Nachbesserung. Bei den Kindern und Jugendlichen hatten wir angemahnt, gerade diese nicht aus dem Blick zu verlieren und auf deren soziale und psychische Gesundheit zu achten. Immerhin haben Sie unsere Aktuelle Stunde in der vergangenen Woche offenbar zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis, das sich in Ihrem Kabinettsbeschluss widerspiegelt, ist hingegen mehr als dürftig. Sie kündigen an, ein Unterstützungskonzept zu erarbeiten. Jetzt, am 12. Februar, ein Jahr nach dem Beginn der Pandemie sowie nach unzähligen Anträ-

gen und Anregungen der Opposition, die Sie seither im Sozialausschuss und hier im Plenum in Bausch und Bogen abgelehnt haben, kündigen Sie ein Konzept an. Mein lieber Mann!

(Beifall bei der SPD)

Außerdem bleiben Sie entscheidende Auskünfte schuldig. Worin soll dieses Konzept bestehen? Wie werden die Betroffenen beteiligt? Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen? Wir begrüßen die teilweisen Öffnungen von Kitas und Schulen. Gleichwohl sind diesbezüglich Fragen offen. Sind zum Beispiel die angekündigten Selbsttests für Schülerinnen und Schüler von über 15 Jahren derzeit rechtlich überhaupt zulässig? Wichtig ist uns gerade auch im Schulbereich: Anders als sonst sind die Betroffenen diesmal rechtzeitig, konkret und transparent zu informieren. In der Vergangenheit hat das allzu oft nicht geklappt und deshalb verständlicherweise zu großem Unmut geführt.

Der Lebensalltag vor allem von Kindern und Jugendlichen hängt in entscheidender Weise davon ab, wie die soziale Infrastruktur vor Ort funktioniert, nicht nur bezogen auf Kitas und Schulen. Umso besorgniserregender stellt sich inzwischen die Situation vieler Kommunen in diesem Land dar. Die Kommunen fühlen sich von der Staatsregierung verständlicherweise zunehmend alleingelassen. Sie geraten finanziell mehr und mehr unter Druck, und zwar auch was die Gewährleistung der sogenannten freiwilligen Leistungen anbelangt, bei denen es sich nicht um irgendwelche abstrakten Leistungen handelt, sondern um Dinge – Zuschüsse für Sportvereine, Frauenhäuser oder Mehrgenerationenhäuser –, die sich auf den Lebensalltag der Menschen Tag für Tag auswirken. Unsere Forderung nach einem Schutzschirm des Freistaats für die Kommunen ist nicht neu, aber jetzt, wie uns die Verantwortlichen vor Ort immer wieder schildern, dringender denn je zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund ist das heute ebenfalls als Perspektive anzusprechen, und wir fordern das erneut mit unserem Dringlichkeitsantrag.

Niemand, der vernünftig und verantwortungsvoll über Corona spricht, maßt sich an, auf den Tag genau konkrete Öffnungen zu versprechen. Das wäre unseriös. Die Menschen können jedoch schon erwarten, dass Szenarien und gegebenenfalls Stufenpläne entwickelt und vor allem die notwendigen Vorkehrungen, Vorbereitungen und Absprachen getroffen werden. Genau hieran mangelt es aber bei allem, was Sie hier vorgelegt und vorgetragen haben. Ihre Ankündigungen verdienen deshalb auch nicht die Bezeichnung Strategie.

(Beifall bei der SPD)

Wichtige Bereiche erwähnen Sie kaum. Die Kultur, die Hochschulen, die außerschulische Bildung – alles Vertröstungen! Auch der Einzelhandel, zu dem wir als SPD-Fraktion bereits im Januar ein Fünf-Punkte-Aktionsprogramm vorgelegt haben, wird nicht erwähnt. Die Unstimmigkeiten zwischen Ihnen und Ihrem Stellvertreter Hubert Aiwanger – er ist jetzt wohl nicht da – konnten und wollten Sie selbst bei der gestrigen Pressekonferenz nicht verbergen. Ein geschlossenes Bild der Staatsregierung wird nicht einmal gestisch und mimisch vermittelt. Meine Herren, das ist das Gegenteil von seriöser Politik.

(Zuruf)

Herr Minister Aiwanger, diesbezüglich Versprechungen zu machen, die bereits dann, wenn sie ausgesprochen werden, nichts mehr wert sind, weil klar ist, dass der Chef, der Ministerpräsident, Sie gleich wieder zurückpfeift, das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der SPD)

Das verunsichert die Menschen, und das gerade in Zeiten, in denen bereits eine große Verunsicherung herrscht.

Es ist deshalb höchste Zeit für eine einheitliche und fundierte Öffnungsstrategie der Staatsregierung, in der beispielsweise darüber aufgeklärt wird, inwieweit sich an bestehende Hygienekonzepte andocken lässt. Es gibt im Einzelhandel oder im Sport Tausende von Hygienekonzepten, die mit Engagement, mit Investitionen und mit Inbrunst inszeniert wurden, und dort wird nur darauf gewartet, sich darauf einstellen zu können, wo sie angepasst werden müssen. Derzeit gibt es aber keine Auskunft. Frustration!

Wie lässt sich das Ganze durchsetzen und kontrollieren? Wie kann man die Verantwortlichen vor Ort dabei unterstützen? Wie können die Öffnungen nicht nur sicher, sondern auch gerecht vollzogen werden? Von der eigens dafür eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Staatskanzleichefs ist zu all diesen Fragen bislang sehr wenig – erschreckend wenig – zu hören. Übrigens erhält man hierzu auch vom Staatskanzleichef auf Nachfrage so gut wie keine Informationen. Aber immerhin: Danke für die Antwort!

Für den Wissenschafts- und Kunstbereich haben die jeweiligen Landesministerinnen und Landesminister vor wenigen Tagen Vorschläge erarbeitet, die sich im bayerischen Kabinettsbeschluss jedoch in keiner Weise widerspiegeln. Die Landesministerinnen und Landesminister fordern unter anderem, dass im Falle einer Öffnung von Schulen und Kitas auch die außerschulischen Bildungsangebote der Kultureinrichtungen und der Musik- und Kunstschulen wieder zugelassen werden.Nichts davon zu lesen, nichts davon zu hören!

Noch einmal: Es geht nicht darum, gleich wieder alles zu öffnen, aber es geht darum, darauf vorbereitet zu sein, um Ad hoc-Öffnungen, die alle überrumpeln, zu vermeiden und um den Menschen Orientierung und zumindest etwas Planungssicherheit zu geben. Planungssicherheit brauchen die Kulturschaffenden, sie brauchen aber auch finanzielle Hilfen.

Sie haben gestern und heute angekündigt, das Solo-Selbstständigenprogramm bis zum Sommer zu verlängern. Auf den ersten Blick ist das erfreulich. Im Kabinettsbeschluss findet sich dazu aber wenig. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit Ihren Ankündigungen gemacht haben, ist Skepsis durchaus angebracht.

Um die Daten noch einmal klarzumachen: Erste Ankündigungen gab es bereits am 20. April 2020. Danach passierte monatelang gar nichts. Im Oktober 2020 kündigte die Staatsregierung zwar das Hilfsprogramm für solo-selbstständige Künstlerinnen und Künstler auf der Grundlage eines fiktiven Unternehmerlohns an. Anschließend waren die Hilfen für die Betroffenen aber wochenlang nicht abrufbar. Sie kündigen an, beim Umsetzen besteht aber ein Defizit.

(Beifall bei der SPD)

Wie pervers ist denn das? – Erst vor zwei Tagen, am Mittwoch, wurden mehrere SPD-Anträge sowohl zur Unterstützung der Kulturschaffenden als auch zur Ermöglichung eines Neustarts in der Kultur im Ausschuss abgelehnt. Kurzum: Nachbesserungen sind dringend geboten.

Bisweilen werden Sie, Herr Söder, auch gerichtlich zu Nachbesserungen gezwungen, da Sie immer noch die nötige Sensibilität vermissen lassen. Noch einmal ganz deutlich: Grundrechte sind keine Privilegien, sie sind eine demokratische Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie mit Klein-Klein bagatellisieren, bezeichnen wir ganz einfach als genaues, sorgfältiges und verantwortungsvolles Hinschauen. Die Rechtsprechung der vergangenen Wochen – als Stichwort nenne ich nur die 15-Kilometer-Regel – sollte Ihnen Warnung genug sein.

Fazit: Schutz, Unterstützung, Perspektiven und Verhältnismäßigkeit sind die Eckpfeiler einer ausgewogenen tragfähigen Corona-Strategie. Deshalb sind Nachbesserungen

dringend erforderlich. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag, der innerhalb von zwei Minuten mehr aussagt, als Sie in Ihrer ganzen Regierungserklärung dargestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Nächster Redner ist der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Martin Hagen.

**Martin Hagen** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Streibl hat das wunderbare Bild von Yin und Yang bemüht, um die Koalition zu beschreiben. Wenn ich mir aber anschaue, was die FREIEN WÄHLER in den letzten Wochen alles getönt und gefordert haben, und dann sehe, was jetzt herausgekommen ist, dann passt doch das alte Bild vom Sumo-Ringer, der seine Liebhaberin erdrückt – dieses Bild hat einmal Hubert Aiwanger gebracht –, deutlich besser. Dieses Bild stammt auch aus dem asiatischen Raum, aber das, was dabei herauskommt, ist doch etwas anderes als bei Yin und Yang.

(Beifall bei der FDP)

Herr Aiwanger fühlt sich erdrückt vom Koalitionspartner, und die Bürger fühlen sich zunehmend verschaukelt von dieser Politik. Wer will es ihnen denn verdenken?

Im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 19. Januar war noch vom Ziel einer 7-Tage-Inzidenz von 50 die Rede. Einen Monat später trifft sich dieses Gremium wieder, und die 50 spielt plötzlich überhaupt keine Rolle mehr. Stattdessen wird die 35 als nächstes Ziel ausgegeben, nachdem wir uns jetzt der Zahl 50 annähern. Wie sollen sich die Menschen denn darauf verlassen, dass die Regierung ihre Vorgabe einhält, dass dieses Ziel dieses Mal auch gilt? Wie sollen sich die Menschen darauf verlassen, die ihre Verwandten und Freunde nicht mehr treffen können? Wie sollen sich die Gastronomen, die Einzelhändler und die Kulturschaffenden darauf verlassen, wenn das Ziel jedes Mal angepasst wird?

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben im "heute journal" gesagt, Sie selber seien ein Anhänger einer No-COVID-Strategie. Das ist eine bemerkenswerte Radikalisierung der Regierungspolitik, für die Sie übrigens überhaupt kein Mandat haben und für die Sie auch keine gesetzliche Grundlage haben. Schauen Sie einmal ins Infektionsschutzgesetz. Was bedeutet es denn, dass Sie für No-COVID sind? Sagen Sie dann, wenn wir die 35, über die wir jetzt reden, erreicht haben, jetzt sind wir so nahe bei der Null, jetzt dürfen wir nicht aufgeben, sondern müssen den Lockdown verlängern? Und wenn wir dann bei der Null sind, heißt es wahrscheinlich: Das Erreichte darf bloß nicht gefährdet werden, wir lockern nicht. – Das ist keine Perspektive, meine Damen und Herren. Die Menschen, die mit ihrer Disziplin die Fortschritte im Land ermöglicht haben, verdienen endlich eine verbindliche Perspektive.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihren Juraprofessor zitiert: "Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung." Wagen wir doch gemeinsam diesen Blick. Auch das Infektionsschutzgesetz sieht Lockerungen bei einem Inzidenzwert von 50 vor. Das Gesetz differenziert explizit zwischen Maßnahmen, die bei einem Wert von über 50, von unter 50 und von unter 35 zu gelten haben. Halten Sie sich doch bitte auch an dieses Infektionsschutzgesetz, und tun Sie das, bevor die Gerichte Sie wieder auf den Pfad der Tugend zurückbringen müssen. Tun Sie das, bevor Maßnahmen wieder gerichtlich gekippt werden!

(Beifall bei der FDP)

Das Infektionsschutzgesetz sieht auch ausdrücklich vor, dass sich Schutzmaßnahmen am Infektionsgeschehen vor Ort zu orientieren haben. In Bayern haben wir mittlerweile elf Landkreise und kreisfreie Städte mit einem Inzidenzwert von unter 35. Bei einem solchen Wert sieht das Infektionsschutzgesetz nur noch Maßnahmen vor, die die Kontrolle des Infektionsgeschehens unterstützen. Das ist eine völlige andere Eskalations-

stufe als bei Werten über 35 oder über 50. Deswegen, Herr Ministerpräsident, warten Sie nicht auf die Gerichte, sondern schaffen Sie endlich eine verbindliche und regional differenzierte Öffnungsperspektive gerade auch für die Branchen, die momentan noch komplett in der Luft hängen!

(Beifall bei der FDP)

Bitte hören Sie auf, den Menschen absichtlich die Unwahrheit zu erzählen, wie Sie es gestern auf Ihrer Pressekonferenz getan haben, Herr Söder. Sie haben gestern gesagt, Stufenpläne orientierten sich an Zeitachsen. – Das ist falsch. Daran orientieren sie sich selbstverständlich nicht. Welcher Stufenplan orientiert sich an Zeitachsen? Unser Stufenplan orientiert sich ausdrücklich am Infektionsgeschehen, am Impffortschritt und an der Kapazität der Krankenhäuser. Im Gegensatz dazu steht in Ihrer Verordnung wörtlich, dass der Lockdown bis 7. März verlängert wird. Das ist ein Kalenderdatum. Unser Stufenplan orientiert sich am Infektionsgeschehen. Wären Sie am vergangenen Dienstag bei der Debatte während der Aktuellen Stunde zur Corona-Politik im Landtag gewesen, dann wüssten Sie das auch.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie können kritische Stimmen aus Ihrem Ethikrat entfernen, aber die Kritik der Opposition werden Sie weiter ertragen müssen. Wir bleiben unbequem, weil es uns um unser Land, um die Menschen in unserem Land und um ihre Gesundheit geht. Deswegen werden wir immer wieder Vorschläge machen. Wenn Sie die befolgt hätten, stünden wir heute besser da. Es geht uns aber auch um die Freiheit der Menschen, um ihre Grundrechte und um ihre wirtschaftliche Zukunft, weil nämlich dieser Lockdown, den Sie als Wellenbrecher angekündigt haben, zunehmend zum Genickbrecher für den Mittelstand und die Solo-Selbstständigen in unserem Land zu werden droht.

(Beifall bei der FDP)

Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass die FDP sich weiter für sie einsetzen wird.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. – Bitte schön, Herr Swoboda.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Lieber Herr Söder, fürchten Sie meine Worte, weil Sie fluchtartig den Saal verlassen? – Das müssen Sie nicht tun, es wird noch schlimmer.

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Dr. Söder, Sie bleiben als Verfechter der Verlängerung des strengen Lockdowns weiter auf dem falschen Weg. Ihre heutige Erzählung unter dem neuen Pandemie-Hashtag, wonach keine Lockerungen wegen des Angriffs gefährlicher Virusmutanten möglich seien, ist wieder eine Beschwörung des Schreckens. Eine schreckliche Bilanz können Sie selbst vorweisen. Darauf möchte ich ein wenig eingehen: Ein Jahr Lockdown – ein Flop; ein Jahr Mund-Nasen-Schutz – eine Scheinlösung; ein Jahr Homeschooling – eine Katastrophe; ein Jahr Zusammenhalt auf Distanz – ein wirklich verblödender CSU-Werbegag; ein Jahr Virusexpertisen – ein Irrgarten der Wissenschaft; ein Jahr Medienpropaganda – pure Indoktrination in Sachen Corona.

Herr Dr. Söder und Sie, die CSU-Kumpane, merken Sie eigentlich nicht, was Sie damit anrichten? Sie stehen an einem Scheideweg. Wollen Sie das Land zukunftsfähig machen, wie es Herr Söder in seiner Regierungserklärung einmal gesagt hat? Oder nehmen Sie diese politisch begründete Pandemie nur zum Vorwand, um das Alte zu beseitigen und anderen Einflüssen den Weg zu ebnen?Bayern ist nicht mehr das Land des Lächelns – das sollte uns alle betrüben –, nicht mehr die Tourismusattraktion für die ganze Welt und nicht mehr der Wirtschaftsstandort der Zukunft. Uns Bayern ist das Lachen in diesem Jahr gründlich vergangen. Bayern ist dank Ihres unglückseligen

Ehrgeizes zum Musterbeispiel dafür geworden, wie man aus einem funktionierenden Freistaat eine kaputte Gesellschaft machen kann.

Herr Söder, Ihr großer Vorgänger, Dr. Franz Josef Strauß, hat einmal gesagt – ich zitiere –: "Wer die Menschen verwirrt, wer sie ohne Grund in Unsicherheit, Aufregung und Furcht versetzt, betreibt das Werk des Teufels." Genau das tun Sie, Herr Dr. Söder. Obwohl die Wissenschaftler für die Bevölkerungsschutzmaßnahmen keine klare Evidenzbasis finden konnten, machen Sie und Ihr Scharfmacherteam in der Staatskanzlei, Herr Herrmann, und natürlich auch Herr Holetschek im Gesundheitsministerium diese Virusnotlage mit permanenter Grundrechtsverweigerung und fortdauerndem Versagen des Rechtsstaats zur Normallage. Das gefällt uns gar nicht.

(Zuruf)

Herr Söder, Sie wollen Staatslenker sein und empfehlen sich zum Kanzlerkandidaten. Doch dazu gehört mehr als nur autoritäres Gehabe. Ein großer Staatsmann braucht Autorität, die sich aus Charakter und Persönlichkeit ergibt und die empathisch die menschlichen Beziehungen in den Mittelpunkt des Wirkens stellt. Viele Menschen erhofften, diese Qualität bei Ihnen zu finden, bekamen aber nur einen Illusionär, der glaubt, mit in sich nicht schlüssigen Kontaktverboten, Ausgangssperren und dem unverhältnismäßigen Stilllegen des öffentlichen und privaten Lebens die Virusverbreitung austrocknen zu können. Ihr Führungsprinzip ist "trial and error". Das passt uns nicht.

Da ich sicher bin, dass viele Menschen das erwarten, fordere ich Sie auf: Kehren Sie um! Beenden Sie dieses Krisenmanagement "flop by flop"! Lehren Sie die Menschen, mit diesem Virus zu leben! Stärken Sie deren psychisches und physisches Immunsystem! Konzentrieren Sie sich auf den Schutz besonders gefährdeter Menschen! Öffnen Sie Kitas und Schulen! Stärken Sie das Gesundheitssystem! Bringen Sie die Wirtschaft zum Laufen! Beenden Sie dieses Werk des Teufels gegen das eigene Volk! Geben Sie uns unsere Privatautonomie zurück!

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist beendet.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Ein kluger Staatsmann sieht das Ganze und nicht nur den Teil. – Herzlichen Dank für die Mahnung.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk.

**Markus Plenk** (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Zunächst vielleicht noch ein paar Sätze zu Herrn Kreuzer – er ist nicht mehr da; er hat anscheinend Besseres zu tun, vielleicht ist er auch außerhalb des Plenarsaals damit beschäftigt, Fake News und Desinformation zu verbreiten.

Erstens. Ich bin kein Berufspolitiker. Ich empfinde eine solche Bemerkung als Beleidigung, um ganz ehrlich zu sein.

(Zurufe: Oh!)

Zweitens. Ich bin zu hundert Prozent unabhängig. Deswegen kann ich im Gegensatz zu den meisten CSU-Kollegen hier frei meine Meinung äußern.

Drittens. Wenn Sie mir hier weismachen wollen, dass ich als einziger Abgeordneter, der in jeder Plenarsitzung anwesend ist, irgendwelche Vorteile dadurch hätte, und wenn Herr Kreuzer darauf hinweist, ich würde in keinem Ausschuss mitwirken, dann rufe ich Ihnen zu: Ändern Sie die Geschäftsordnung! Ermöglichen Sie mir eine Mitwirkung in den Ausschüssen! Dann bin ich auch gerne dabei. Das sind nichts weiter als Fake News und Desinformation. Das ist Ihre Kernkompetenz seitens der CSU.

Jetzt aber zu der Regierungserklärung von Herrn Söder.

Der Corona-Irrsinn geht weiter, auch heute wieder hier im Bayerischen Landtag. Das ist eine reine Alibi- und PR-Veranstaltung. Bereits gefasste Beschlüsse werden wieder mit der Mehrheit der Regierungskoalition durchgewunken. Das ist eine reine Farce. Nachdem in Baden-Württemberg die nächtliche Ausgangssperre gerichtlich gekippt wurde, will man nun dem Gesichtsverlust in Bayern damit begegnen, dass man diese

völlig absurde Maßnahme aufhebt. Immerhin: Friseure dürfen ab 1. März unter strengen Hygieneauflagen wieder öffnen. Sogar die Grundschulen und auch die Abschlussklassen können möglicherweise wieder Präsenzunterricht genießen. Das war es dann aber auch schon mit den guten Nachrichten.

Der Lockdown wird bis 7. März verlängert. Kein Wort von Lockerungen für den Einzelhandel, für die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche, kein Wort von Lockerungen für Amateurvereinssport im Freien und keine Erleichterungen der Kontaktbeschränkungen. Kurz: keine Verbesserung für die Gesundheit der Bevölkerung, keine Spur von ganzheitlicher Politik, die die gesundheitlichen Fragen insgesamt sowie die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte auf zielführende Art und Weise berücksichtigt.

Herr Söder, mit Ihrer Corona-Politik schießen Sie den bayerischen Mittelstand sturmreif für ausländische Übernahmen. Zusätzlich werden sich viele Unternehmer den zu erwartenden Post-Corona-Bürokratiewahnsinn nicht mehr antun, zumindest nicht im Inland, und sich aus diesem Land verabschieden. Eine große Anzahl an Kleinbetrieben wird nicht mehr auf die Füße kommen. Für viele wird Hartz IV eine Option, ohne Buckeln und ohne Bürokratie.

Aber es gibt natürlich auch Gewinner der Krise: Hersteller von Schutzausrüstungen, medizinische Labore, Pharmakonzerne, Fast-Food-Ketten und Onlineshopping-Magnaten, zusätzlich noch den einen oder anderen Profiteur von staatlichen Aufträgen und Fördergeldern und natürlich auch die Zunft der Virologen und sonstigen selbst ernannten Pandemieexperten. So eine Corona-Pandemie ist für manche schon praktisch.

Herr Söder, mit Ihrer desaströsen Politik machen Sie die Menschen krank.

In der gestrigen Pressemitteilung der Staatskanzlei zur erneuten Verlängerung des Lockdowns steht am Beginn der Satz: "In der zweiten Welle der Corona-Pandemie sind Deutschland und Bayern vor negativen Entwicklungen wie in anderen Staaten bislang verschont geblieben." Bei diesem Satz handelt es sich um nichts anderes als

Fake News bzw. Regierungsdesinformation. Nur ein Beispiel: Seit November sind in Deutschland mehr als 53.000 Menschen an COVID-19 verstorben. In Spanien waren es halb so viele, in Japan 4.800, in Neuseeland überhaupt keiner mehr und in Australien ganze zwei Personen. Nur so viel zum Vergleich. Sie sollten sich also nicht mit der Kreisklasse vergleichen, sondern mit Ländern, die in der gleichen Liga spielen. Da steht Bayern auf einem Abstiegsplatz.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

**Markus Plenk** (fraktionslos): Herr Söder, mehr und mehr Bürger durchschauen Ihre narzisstische Politik und werden sich in Zukunft von Ihnen abwenden.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion.

**Prof. Dr. Winfried Bausback** (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Zunächst einmal: Ich finde an der bisherigen Debatte positiv, dass sich, mit Ausnahme der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten, die Mehrheit des Hohen Hauses in der Bewertung einig ist, dass wir in den vergangenen Wochen eine positive Entwicklung gesehen haben und dass wir dafür all den vielen in der Bevölkerung, die die Maßnahmen dieses Lockdowns mitgetragen haben, gemeinschaftlich Dank sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, es ist etwas richtig Gutes, dass wir das gemeinsam mit Überzeugung sagen. Ehrlich gesagt, ist das auch ein Beleg dafür, dass wir uns in dieser Mehrheit auch darüber einig sind, dass die Maßnahmen wirksam waren und von der Bevölkerung akzeptiert und getragen wurden. Ich finde, das ist positiv.

Aber bekanntlich, Kolleginnen und Kollegen – das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt –, ist die Scheinheiligkeit der Tribut der Tugend an das Laster. Leider

haben wir auch bei den Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN heute solche Tributzahlungen erlebt.

Verehrter, geschätzter Herr Kollege Arnold, Sie tun so, als ob der Bayerische Landtag nicht wirklich beteiligt würde. Das ist nicht berechtigt; denn wir sind meines Wissens das einzige Landesparlament, das vor dem Erlass der jeweiligen Verordnung jetzt schon mehrere Male intensiv diskutiert und auch abgestimmt hat. Sie haben in einer ganz unangemessenen Weise davon gesprochen, die Staatsregierung trete mit Füßen nach dem Parlament. Sie tun gerade so, als ob es bestimmte gesetzliche Regelungen nicht gäbe.Herr Kollege, Sie wissen – Sie sind ein hervorragender Jurist und waren bayerischer Staatsanwalt –, dass nach den rechtlichen Regelungen das, was in den Verordnungen geregelt werden kann, auch in einem Gesetz geregelt werden könnte und das Parlament hier an die Stelle des Verordnungsgebers treten könnte. Das unterschlagen Sie. Wann gab es denn ein einziges Mal einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD? – Ich habe keinen wahrgenommen.

(Zurufe: Bravo! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was Sie hier tun, Herr Kollege Arnold, ist scheinheilig, weil Sie sehr wohl wissen, was in den Debatten kommt. Seit Mittwoch, seit der Ministerpräsidentenkonferenz, wissen Sie, welche Maßnahmen nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Ländern diskutiert und vollzogen werden. Deshalb können Sie sich auf die Verordnungsdebatte vorbereiten. Im Übrigen: Wenn Sie meinen, diese Verordnung sei so lückenhaft, dann springen Sie doch mal! Hic Rhodus, hic salta! Dann legen Sie doch einmal einen Gesetzentwurf der SPD auf den Tisch, der aufzeigt, welche weiteren Maßnahmen Sie ergreifen wollen. Da ist dann schnell Schluss.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum? – Weil Sie am Ende des Tages nicht die Verantwortung dafür, dass wir möglicherweise eine dritte Welle sehen, übernehmen wollen. Wenn Sie sich einen Gesetzentwurf mit weitergehenden Lockerungen vorstellen können, dann legen Sie ihn auf

den Tisch! Ansonsten hören Sie doch auf, so zu tun, als ob durch den Ministerpräsidenten das Hohe Haus nicht in die Debatte eingebunden wäre.

(Zurufe: Bravo! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Herr Kollege Hartmann von den GRÜNEN, jetzt komme ich zu Ihnen. Sie fordern einen motivierenden Stufenplan ein. Sehen Sie sich doch einmal den Dringlichkeitsantrag der CSU an, der die Maßnahmen der Staatsregierung, die ich für klug und abgewogen halte, auch beurteilt, begleitet und begrüßt. – Entschuldigung, ich meine den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU, Kollege Mehring. Wir sind gemeinschaftlich dieser Auffassung. – Ich finde, darin ist ein Stufenplan schon projektiert. Aber, Kolleginnen und Kollegen – das hat der Fraktionsvorsitzende Kreuzer auch schon deutlich gemacht –, ist ein weitergehender Stufenplan denn überhaupt möglich? – Wir haben die Mutationen, die in den Reden schon mehrfach adressiert wurden. Niemand kann im Moment abschließend wissenschaftlich beurteilen, wie diese Mutationen wirken. Natürlich gibt es manche Menschen in der Bevölkerung, die sagen: Jetzt habt ihr die ganze Zeit von einer Inzidenz von 50 gesprochen, und plötzlich kommt 35, obwohl auch diese Zahl so im Infektionsschutzgesetz steht. – Die meisten sind aber keine Juristen und haben das Infektionsschutzgesetz, Herr Ministerpräsident, noch nicht gelesen. Es ist auch schwer lesbar. Prosaisch gibt es bessere Gesetze, aber gut.

Meine Damen und Herren, ein weitergehender Stufenplan – hier müssen wir ehrlich sein und die Bevölkerung auch realistisch begleiten – ist doch erst dann möglich, wenn man die Gefahrensituation realistisch abschließend beurteilen kann. Die Wissenschaftler sagen uns im Moment, dass man dies im Hinblick auf die Mutationen noch nicht kann. – Herr Hartmann, Sie fordern damit etwas von der Staatsregierung, was Sie selbst nicht vorlegen könnten und was auch Baden-Württemberg mit dem Ministerpräsidenten Kretschmann nicht vorlegen kann. Wollen Sie denn, dass wir in Bayern zum Beispiel die Situation haben, die Baden-Württemberg hatte? Baden-Württemberg hat Anfang des Jahres – so ist es in der Presse zu lesen – angekündigt oder

vorgehabt, die Schulen zum 1. Februar wieder zu öffnen. Man musste diesen Plan dann wieder einkassieren, weil sich die Lage geändert hat. Deshalb, meine ich, ist es besser, einen realistischen Stufenplan vorzulegen, wie dies die Staatsregierung getan hat und wie es die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER begrüßen, als den Menschen Sand in die Augen zu streuen.

Noch schlimmer macht es die FDP, Herr Kollege Hagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Pandemie ist keine mathematische Gleichung. Sie gehen im Übrigen von schon längst überholten Variablen aus, indem Sie die Mutationen offensichtlich noch nicht in Ihre Planung integrieren. Liest man Ihren Antrag durch und meint nach mehrmaligem Durchlesen, ihn verstanden zu haben, gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass das, was Sie hier vorlegen, im Hinblick auf die derzeitige ungeklärte Lage, bezogen auf die Mutationen, verantwortungslos ist. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich gesagt haben.

Kolleginnen und Kollegen, seien wir uns doch darüber im Klaren: Die einzige wirklich dauerhafte Perspektive darauf, unser normales Leben zurückzuerhalten, am Sonntag in den Gottesdienst zu gehen, unsere Töchter oder Söhne, wenn sie alt genug sind, in die Disko oder wohin auch immer gehen zu lassen, sind die Impfungen. Der Ministerpräsident hat das auch ausgeführt, und es ist gut und hoffnungsvoll, hier nach vorne zu blicken.

Eines möchte ich aber schon hinzufügen, Herr Ministerpräsident: Viele in der Bevölkerung fragen sich, warum Europa anderen Staaten, zum Beispiel Großbritannien, den USA oder Israel, hinterherhinkt. Informationen über die Medien und Äußerungen von Angehörigen der Kommission bis hin zur Kommissionspräsidentin legen nahe, dass man hier im Nachhinein auch seitens der europäischen Exekutive Optimierungsbedarf sieht.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es wichtig, jetzt nach vorne zu schauen, aber mit meiner persönlichen Meinung möchte ich an diesem Punkt nicht hinter dem Berg halten: In fast jedem nationalen Parlament Europas und auch auf Länderebene hier in Deutschland würde in einem vergleichbaren Fall das rechtliche und politische Handeln der Exekutive intensiv untersucht, um für die Zukunft Verbesserungen zu erreichen. Meine Damen und Herren, meine persönliche Meinung ist, dass angesichts der Bedeutung für Leib und Leben der Europäerinnen und Europäer auch auf europäischer Ebene eine umfassende rechtliche wie politische Untersuchung, vielleicht auch erst in einigen Wochen oder Monaten, stattfinden sollte.

Dazu möchte ich noch ausführen, dass dies im Moment in Europa leider Gottes nicht vollständig gewährleistet ist; denn, Kolleginnen und Kollegen, die Verordnung des Europäischen Parlaments, die die Rechte eines europäischen Untersuchungsausschusses ausgestalten soll, ist bislang an den Bedenken der Kommission gescheitert. Ich meine, Kolleginnen und Kollegen, dass auch wir uns als Parlamentarier im Bayerischen Landtag, Herr Kollege Rieger, Herr Gotthardt, Herr Siekmann, durchaus dazu äußern und uns mit den Kolleginnen und Kollegen auf europäischer Ebene dafür einsetzen sollten, dass eine umfassende rechtliche wie politische Aufklärung auf dieser Ebene insbesondere auch für den Fall der Pandemie erfolgen kann. Ich denke, dies wäre im Sinne der Europäerinnen und Europäer wichtig, auch wenn wir im Moment natürlich nach vorne blicken sollten, Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf: Bravo! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt noch kurz zur AfD: Sie haben, glaube ich, gesehen, dass man die Übersicht zur Beratung der Dringlichkeitsanträge zur Regierungserklärung nun korrigiert hat, Herr Kollege Hahn. Wir hätten nie und nimmer die Verhältnismäßigkeit der bisherigen Maßnahmen bezweifelt, wie Sie es in Ihrem verantwortungslosen Antrag tun. Dass die Überschrift des Antrags der AfD zur Überschrift zu dem CSU-Antrag hinzukam, ist ein bedauerlicher Fehler. Ein solcher Fehler ist zu bereinigen. – Nicht zu bereinigen ist allerdings die Rabulistik, mit der Sie, Herr Kollege Hahn, hier agieren. Eines möchte ich

Ihnen auch sagen – Sie sind zwar nicht mehr anwesend, aber ich denke, Ihre Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen das sicherlich nahebringen, im Übrigen können Sie die Rede vielleicht auch videotechnisch nachbearbeiten, aber seien Sie versichert, ich würde mich genauso wehren wie die Kollegin –: Für die Eiszeit, die Sie dem Ministerpräsidenten hier in die Schuhe schieben wollen, Kolleginnen und Kollegen von der AfD, und für die Hitze in der Gesellschaft sind Sie und andere radikale Kräfte verantwortlich, nicht die demokratischen Parteien. Was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist ein Spiel mit dem Leib, dem Leben und der Gesundheit der Menschen.Das ist verantwortungslos. Ehrlich gesagt ist es gut, dass Sie eine namentliche Abstimmung fordern; denn damit wird dokumentiert, wer verantwortungslos agiert und wie verantwortungslos Sie hier agieren. Das werden die Menschen auf lange Sicht sehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz zu den Dringlichkeitsanträgen: Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN nicht deshalb ab, weil es nicht wichtig ist, die Menschen in den Altenheimen im Blick zu behalten und ihnen Perspektiven zu eröffnen, sondern weil es dafür noch zu früh ist. Aber bald werden die Impfungen dort abgeschlossen sein. Dann kann man auch über diese Dinge nachdenken. Allerdings gehen die Forderungen nach mobilen Testteams ins Leere. Jedes Altenheim, dessen Kommune beispielsweise die Bundeswehr oder Hilfsorganisationen zur Hilfe ruft, wird entsprechende Unterstützung erhalten. Wir lehnen Ihren Antrag und nicht das Anliegen ab. Die Anträge der AfD und der FDP halten wir für verantwortungslos. Der SPD-Antrag spricht von einer lückenhaften Konzeption; auch ihm werden wir nicht zustimmen.

Kolleginnen und Kollegen, zurück zum Anfang: Kollege Streibl hat den Zusammenhalt hervorgehoben. Dieser zeigt sich auch darin, dass wir unseren Dank gemeinsam an die Bevölkerung und an die vielen, die die Maßnahmen mittragen, richten. Der Zusammenhalt ist sicherlich wichtig. – Herr Kollege Streibl, Sie haben die Perspektive von Yin und Yang angeführt. Übrigens ist es eine Unverschämtheit, die CSU mit einem Sumo-Ringer zu vergleichen.

(Zuruf)

Herr Kollege, Sie werden uns schon noch Karate kämpfen sehen.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Streibl, nicht Yin und Yang sind unsere Perspektive, aber beim Inhaltlichen sind wir uns einig. Uns prägt das christliche Menschenbild und die Kraft der tätigen Nächstenliebe. Sie redet nicht nach dem Mund, sondern streitet auch ab und an einmal kräftig mit dem Koalitionspartner, um dann gemeinsam und kräftig nach vorne zu gehen. Das ist der richtige Weg, um Bayern durch diese herausfordernden Zeiten zu steuern. Das wird die Koalition gemeinsam mit der Staatsregierung weiterhin tun. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke, Herr Bausback. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

**Julika Sandt** (FDP): Herr Kollege, Sie haben uns gerade Verantwortungslosigkeit unterstellt, weil wir angeblich die Mutationen nicht berücksichtigt hätten. Darüber wundere ich mich sehr. Wir haben schon frühzeitig gefordert, nicht nur zu sequenzieren, sondern auch jeden positiven Corona-Test auf Mutationen zu überprüfen. Das haben Sie meines Wissens abgelehnt. Wir haben eine Studie gefordert, die Auswirkungen von Mutationen bei Kindern untersucht. Die Studie "COVID Kids Bavaria" hat ein sehr veraltetes Studiendesign, bei dem Mutationen gar nicht berücksichtigt werden.

Ich habe allmählich den Eindruck, dass Ihre Floskel von Vorsicht und Umsicht eher die Strategie eines Kaninchens ist, das vor der Schlange sitzt, diese aber nicht genauer anschaut oder prüft, was die Schlange macht, wenn man sie angreift. Uns einfach Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen und selbst keine Studien mit Blick auf die Mutationen, insbesondere bei Kindern, in Auftrag zu geben, halte ich für verantwortungslos, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP)

**Prof. Dr. Winfried Bausback** (CSU): Frau Kollegin Sandt, ich glaube, das Kaninchen wäre schlecht beraten, wenn es die Schlange angreifen würde.

Wer Ihren Antrag einmal mit Ruhe und Gemütlichkeit durchliest – ich kann Ihnen versichern, das dauert eine Weile, weil ich es getan habe –, der stellt fest: Die Maßnahmen, die Sie mit Inzidenzwerten von 100 bis 200 und von 50 bis 100 verbinden, sind, jedenfalls aus unserer Sicht, verantwortungslos. Das würde angesichts der Gefahren und dem, was wir mittlerweile über die aus Südafrika und Großbritannien stammenden Mutationen wissen, wieder sehr schnell zu einem exponentiellen Wachstum führen. – Herr Kollege Duin, das wäre für die Wirtschaft das Schlimmste; denn würden die Geschäfte wieder geschlossen, nachdem die Einzelhändler neue Ware bestellt haben, wären sie endgültig platt. Die Vorsicht des Ministerpräsidenten und von uns ist deshalb der richtige Weg. Dabei werden wir auch bleiben. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring**: Danke schön, Herr Bausback. – Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Krahl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Andreas Krahl** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Ministerpräsident, lieber Kollege Bausback! Im Sinne der Vollständigkeit muss auch angeführt werden, wenn Sie beim Thema Stufenplan Baden-Württemberg zitieren, dass andere Bundesländer wie zum Beispiel Niedersachsen oder Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle übernommen haben. Sie haben nämlich einen solchen Stufenplan, der sicherlich zu diskutieren ist, bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz vorgelegt. Warum? – Sie haben ihn vorgelegt, weil dieser Zusammenhalt, den Sie und auch der Kollege Streibl beschworen haben, extrem davon abhängt, dass die Maßnahmen für die Bevölkerung planbar und nachvollziehbar sind.

Es wäre die Aufgabe der Staatsregierung gewesen, sich zumindest inhaltlich mit diesem Stufenplan auseinanderzusetzen. Wenn man schon von einer Vorreiterrolle Bayerns sprechen will, dann hätte ich erwartet, dass auch die Staatsregierung und der Herr Ministerpräsident dort einen eigenen Stufenplan vorgelegt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die einzige Perspektive aus dieser Pandemie ist die Impfung. Hier gebe ich Ihnen recht, Herr Bausback. Gott sei Dank kann ich heute mit der Zahl 99.786 starten. 99.786 Bewohnerinnen und Bewohner der bayerischen Pflegeheime wurden bis heute gegen die Corona-Infektion geimpft. Das sind 78 % aller Menschen in stationärer Langzeitpflege in Bayern. Auch der Herr Ministerpräsident hat das vorhin gesagt.

Bereits die Hälfte von ihnen hat sogar schon die zweite Impfung bekommen und ist somit immun gegen einen starken Ausbruch der Erkrankung COVID-19. 99.786 geimpfte Menschen stehen aber auch für 99.786 Mal Hoffnung darauf, endlich die Kinder und Enkel wieder live und in Farbe begutachten zu können, zu beurteilen, ob sie in die Höhe oder vielleicht doch in die Breite gewachsen sind. Das ist 99.786 Mal Hoffnung darauf, dass die Angst vor dieser tödlichen Infektion endlich vorbei ist. Es ist auch die Hoffnung darauf, dass man sich vielleicht am Abend oder am Nachmittag mit den Mitbewohnerinnen und -bewohnern endlich wieder zu einer Schafkopfrunde zu viert zusammensetzen kann. Und nicht zuletzt ist das 99.786 Mal Hoffnung darauf, dass sich die Türen dieser Einrichtungen und die Türen zu den Angehörigen wieder öffnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon vor Monaten habe ich aus Briefen und E-Mails, die nicht nur mich, sondern Sie alle hier im Hohen Haus täglich erreichen, zitiert. Nichten, Neffen und Angehörige unterschiedlichen Grades berichten davon, wie der Gesundheitszustand der Menschen in diesen Einrichtungen von Tag zu Tag im seelischen und psychosozialen Bereich mehr abnimmt. Dabei ist von einem schwindenden Lebenswillen, von Depressionen und nicht zuletzt von einer rasant fortschrei-

tenden demenziellen Erkrankung aufgrund der Einsamkeit die Rede. Der Deutsche Ethikrat hat Gott sei Dank genau deswegen in seiner Stellungnahme vom 4. Februar 2021 die psychosoziale Gesundheit aufgegriffen und in den Blick genommen. Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt an der Zeit, abzuwägen und die psychosoziale Gesundheit nicht mehr gegen den Infektionsschutz in diesen Einrichtungen auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können das heute tun, weil Gott sei Dank schon 99.786 Impfdosen verimpft wurden.

Wir fordern Sie genau deswegen – mich wundert die ablehnende Haltung der CSU – dazu auf, nicht einer Idee der GRÜNEN, sondern den Empfehlungen des Deutschen Ethikrates zu folgen. Der Deutsche Ethikrat fordert genau das. Er fordert, dass soziale Kontakte in einer sozialen Einrichtung der Langzeitpflege wieder möglich sind, sobald dort die Impfungen abgeschlossen sind und jeder Bewohner und jede Bewohnerin endlich ein Impfangebot bekommen hat. Meine Damen und Herren, eines muss man sagen: Gott sei Dank haben wir genau dafür – und für nichts anderes – diese Impfstoffe!

Das Ganze geht aber – das muss uns allerdings auch klar sein – natürlich nicht ohne Schutz. Das heißt, man braucht nicht zu glauben, dass damit die Verpflichtung zum Tragen von FFP2-Masken oder zu Schnelltests an den Eingangstüren obsolet würde. – Nein, genau deswegen brauchen die Einrichtungen weiterhin unsere tatkräftige Unterstützung und Hilfe. Wir brauchen trotzdem – egal wohin – mobile Testteams und in ausreichendem Maß Antigen-Schnelltests.

Lassen Sie mich zum Schluss aber auf den Anfang zurückkommen: Die Bayerische Staatsregierung darf nach unserer Auffassung und nach Auffassung des Deutschen Ethikrats die 99.786 Mal gespendete Hoffnung nicht enttäuschen. Deswegen bitte ich

Sie im Sinne der besonders vulnerablen Gruppen, die in dieser Pandemie dringend auf unsere Hilfe angewiesen sind, inständig: Helfen Sie ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend noch kurz zu den übrigen Dringlichkeitsanträgen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN, wir tragen den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz selbstverständlich mit. Ich betone aber noch einmal deutlich, dass das ein Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz und kein gesonderter Bayernplan ist.

Liebe FDP, es freut mich außerordentlich, dass auch Sie einen Stufenplan fordern. Ein solcher ist längst überfällig und muss vorgelegt werden. Was uns allerdings unterscheidet: Wir halten die konkreten Inzidenzwerte, die Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag fordern, für – ich glaube, so kann man es sagen – verantwortungslos. Wir werden uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag deswegen enthalten. Das ist also ein Ja zum Stufenplan, ein Nein zur von Ihnen konkret geforderten Ausgestaltung.

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD – er ist unstrittig – gibt es von uns ein deutliches Ja.

Abschließend zur AfD: So wie der Herr Ministerpräsident heute Gott dafür gedankt hat, dass er Bayern in der Pandemie beschützt, bedanke ich mich bei Gott auf Knien dafür, dass er uns in dieser Republik vor jeglicher Regierungsverantwortung der AfD beschützt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Fabian Mehring** (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zunächst einmal unter dem Eindruck der Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Hahn und – wie ich fürchte – auch im Vorgriff auf das, was wir uns im Anschluss an meine Rede noch aus dem Munde von Herrn Singer werden anzuhören haben, eines noch einmal ganz deutlich klarzulegen, was ich an gleicher Stelle bereits in meiner Rede am vergangenen Dienstag herausgearbeitet habe: Die Tatsache, dass wir heute nach langen und entbehrungsreichen Monaten, nach immer und immer wieder verlängertem und vertieftem Lockdown erstmalig dazu in der Lage sind, uns verantwortbar und ernstlich mit Öffnungsperspektiven auseinanderzusetzen, ist einerseits ein eindrucksvoller Erfolg der gemäßigten, ja verantwortungsbewussten Corona-Politik aller demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses, ist andererseits und insbesondere aber auch ein gewaltiger Erfolg des "Teams Bayern", der Menschen in unserem Land, die uns mit einem gewaltigen solidarischen Kraftakt in diese Lage versetzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allen Dingen ist klar, dass wir uns heute nur deshalb an dieser Stelle, an diesem Wendepunkt der Corona-Krisen-Bewältigung befinden, weil wir eines nicht getan haben: Wir haben auf dem ganzen Weg dahin kein einziges Mal auf die AfD gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen, meine Herren, der Bayerische Landtag hat in den vergangenen Monaten nun zwangsläufig einige Erfahrung damit gesammelt, Beschlussfassungen der Ministerpräsidentenkonferenz und des bayerischen Kabinetts zu Corona zu diskutieren, um darüber anschließend finale Beschlüsse zu fassen. Doch in dieser Woche ist eines anders: Es gibt in dieser Woche ein Spezifikum, das auf die Aktuelle Stunde des vergangenen Dienstags rekurriert; denn wir waren erstmals vor – wenn Sie so wollen: a priori – der Ministerpräsidentenkonferenz dazu aufgefordert, die Sichtweisen, ja die Wünsche unserer Fraktionen im Hinblick auf die MPK auszubuchstabieren, sodass

jetzt eine Art Verhandlungsleistungskontrolle der Beschlussfassung möglich ist, indem wir das, was am Dienstag gesagt worden ist, eins zu eins mit dem, was jetzt tatsächlich Realität und Beschlusslage ist, kontrastieren können.

Ich gebe ganz offen zu, dass ich, als ich im Zuge dessen am vergangenen Dienstag den Bayernplan der Regierungsfraktion der FREIEN WÄHLER für den Exit aus dem Lockdown erläutert habe, noch nicht so ganz sicher war, ob ich dem Kollegen Hagen – dir, lieber Martin – für die Möglichkeit der Verhandlungsleistungskontrolle dankbar sein soll. Sie sehen mich aber deshalb einigermaßen zufrieden und froh vor Ihnen stehen, weil ich meine, dass sich das, was wir vorgeschlagen haben, in einem gerüttelt Maß in dem, was jetzt heute beschlossen werden wird, wiederfindet.

Ich will mich – um das, wenn Sie so wollen, gleichsam objektivierbar darzustellen – auf die Berichterstattung des BR über meine Rede vom vergangenen Dienstag berufen. Das, was ich da gesagt habe, hat der BR mit der Überschrift "Freie Wähler wollen Kitas, Schulen und Friseure zuerst öffnen" überschrieben. Im Text ist dann zu lesen, dass ich mich im Namen meiner Fraktion dafür ausgesprochen hätte, es möge bei der Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken bleiben. Ich habe überdies vorgeschlagen, Schulen und Friseure prioritär wieder zu öffnen. Der letzte Satz des Berichts lautet dann: "Aus Sicht der FW könne außerdem die Ausgangssperre nach 21 Uhr wegfallen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe in diesen Ausführungen zum Bayernplan der FREIEN WÄHLER darüber hinaus vorgeschlagen, dem Handel eine inzidenzabhängige Perspektive zu eröffnen. Es war mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir für diejenigen, die wir an die Corona-Front schicken – für unsere Lehrerinnen und Lehrer, für die Erzieherinnen und Erzieher –, bestmöglichen Schutz garantieren müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb gab es am vergangenen Dienstag von unserer Fraktion den Vorschlag, die Teststrategie für die Schulen und Kitas auszuweiten. Darüber hinaus gab es an Berlin gerichtet das Ansinnen, beim Impfen über die Priorisierung zugunsten der Lehrerinnen und Lehrer nachzudenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf namens der FREIEN WÄHLER konstatieren, dass sich all diese sieben Punkte in verminderter, in unterschiedlicher, aber immerhin der Richtung entsprechenden Form jetzt in der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz wiederfinden. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich sage, dass wir uns als FREIE WÄHLER – der eine mehr, der andere weniger – diese Schritte in die richtige Richtung an der einen oder andren Stelle vielleicht als etwas größere und schnellere Schritte gewünscht hätten. Die Richtung passt aber. Herr Ministerpräsident, ich kann heute also guten Gewissens feststellen, dass wir FREIEN WÄHLER mit dem gemeinsam Erreichten durchaus zufrieden sind.

Herr Ministerpräsident, ich darf namens meiner Fraktion darüber hinaus auch für das Vorverhandeln dessen, was sich heute im interfraktionellen Dringlichkeitsantrag beider Regierungsfraktionen wiederfindet, danken. Ich danke Ihnen für das umsichtige und vorsichtige Vorbereiten dessen, was wir heute für Bayern auf den Weg bringen können. Ich danke in gleicher Weise – aber ohne nochmals Anleihe bei der asiatischen Philosophie zu nehmen, lieber Kollege Florian Streibl – auch Ihrem Stellvertreter, Hubert Aiwanger, der das, was mit Umsicht und Vorsicht aus Berlin kam, in München noch mit einem gerüttelt Maß an Zuversicht gewürzt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin also fest davon überzeugt, dass mit dem Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen, den wir Ihnen heute präsentieren, ein Beschlussvorschlag vorliegt, der einerseits die Sichtweise beider Regierungsfraktionen unter einen Hut bringt, der aber andererseits – das ist noch wesentlich wichtiger – vor allen Dingen gut für unser Land und dessen Menschen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kollege Bausback hat bereits in gewohnter Brillanz klargelegt, wie wir uns als Regierungsfraktionen einvernehmlich zu den Oppositionsanträgen verhalten. Erlauben Sie mir abschließend – jetzt, da die Zuversicht endlich wieder mehr ins Spiel kommen kann – drei Dinge zu benennen, die nach meiner festen Überzeugung für die finale Überwindung dieser Pandemie, für den nächsten Schritt, für die nächsten Wochen und Monate wichtig sind.

Erstens. Wir FREIEN WÄHLER sind der Überzeugung, es ist wichtig, den Forschungsturbo, den wir für die Therapiestrategien gezündet haben, weiter zu betreiben. Herr Kollege Seidenath, wir sehen da immer noch ein Defizit auf Bundesebene. Auch dann, wenn wir Therapien gegen Corona aus dem Medizinstandort Bayern heraus auf den Weg bringen können, sodass wir es schaffen, schwere Verläufe abzumildern und Todesfälle zu verhindern, ist diese Pandemie besiegt. Deshalb: Weiter forschen, forschen, forschen an den Therapien.

Zweitens. Wir müssen die Menschen im Sinne dessen überzeugen, Herr Ministerpräsident, was Sie hinsichtlich der Impfung ausführten. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe großes Verständnis für jeden, der mehr Normalität will. Ich tue mich aber schwer mit Verständnis für Impfgegner, und ein ganz großes Problem habe ich mit denen, die für mehr Freiheit, aber gegen die Impfungen kämpfen. Das sind die Menschen, die unsere Lage nicht verstanden haben. Also: Impfkampagne, aufklären, aufklären, aufklären.

Drittens und letztens: Wir müssen dafür sorgen, dass wir in Bayern jeden Impfwunsch erfüllen können. Dort, wo das über den Bund und Europa nicht klappt, können wir das vielleicht mit bayerischen Lösungen erreichen. Das hat dank Hubert Aiwanger schon einmal bei den Masken geklappt. Vielleicht kann das auch beim Impfstoff klappen, und zwar so, –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Dr. Fabian Mehring** (FREIE WÄHLER): – dass Bayern auch dabei bundesweit vorangeht.

Das ist die Sichtweise der FREIEN WÄHLER. Sie findet sich wieder im Dringlichkeitsantrag der beiden Regierungsfraktionen, für den ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung bitten darf.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege Dr. Mehring, es liegt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

**Volkmar Halbleib** (SPD): Herr Kollege Dr. Mehring, ich habe nach dem Auftritt Ihres Fraktionsvorsitzenden ein bisschen gerätselt, was Yang und Yin anbelangt. Ich habe ein bisschen gegoogelt. Das weiße Yang und das schwarze Yin sollen wohl Ministerpräsident Söder und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger symbolisieren, vielleicht auch die CSU und die FREIEN WÄHLER. Ich habe nun eine kurze Frage: Haben Sie schon eine Einberufung zum Krisengespräch bekommen? – Ich habe nämlich nachgeschaut, was es mit dem schwarzen Yin auf sich hat. Nach der Farbenlehre wäre das wohl dem Ministerpräsidenten und der CSU zuzuordnen. Die Eigenschaften des schwarzen Yin werden da beschrieben als dunkel, weich, feucht, kalt, negativ und passiv.

(Allgemeine Heiterkeit)

Da wollte ich schon einmal fragen, wie das vom Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER in diesem Zusammenhang zu verstehen ist. Da bin ich doch sehr gespannt auf Ihre Einschätzung.

(Beifall bei der SPD – Allgemeine Heiterkeit)

**Dr. Fabian Mehring** (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Halbleib, der Herr Ministerpräsident ruft bereits nach dem Koalitionsausschuss. – Ich denke aber, ich kann Sie ein Stück weit beruhigen, was das anbelangt. Anders als Ihnen geht es mir nie so, dass ich mir Fragen stelle, nachdem mein Fraktionsvorsitzender gesprochen hat.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun aber ganz im Ernst: Ich glaube schon, zum Ausdruck bringen zu dürfen – und das habe ich an anderer Stelle auch schon getan –, dass ich Verständnis dafür habe – und das ist jetzt sehr ernst gemeint –, wenn man sich in Bayern nach Jahrzehnten der absoluten Mehrheit wieder daran gewöhnen muss, dass es Koalitionsregierungen gibt. Als Politikwissenschaftler verwundert mich aber immer wieder, dass es diesen Koalitionsregierungen medial und auch seitens der Opposition negativ ausgelegt wird, wenn sie das tun, wofür Koalitionen gemacht sind, nämlich mit Leidenschaft um das Beste für unser Land und seine Menschen zu ringen. Genau das ist doch die Triebfeder des demokratischen Fortschritts, und das tun wir miteinander. Schlimm wäre es, wenn wir nachher, nach diesem Ringen, unterschiedlicher Meinung wären. Das erleben wir in anderen Bundesländern, wo Sie, Herr Kollege Halbleib, mitregieren. Wir diskutieren vorher, sprechen dann mit einer Stimme, und das ist der Hauptgrund, warum unser Land besser durch diese Krise kommt als die anderen Bundesländer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Ulrich Singer.

(Beifall bei der AfD)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Ulrich Singer** (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, geschätzter Herr Kollege Mehring. Das war jetzt sehr viel Eigenlob für eine gescheiterte Politik. Es ist doch festzustellen, dass Sie und die Altparteien seit einem Jahr unsere Bürger erfolgreich impfen.

(Zuruf)

Ihre Impfstoffe heißen: Furcht, Angst, Panik und Spaltung der Gesellschaft.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Eigentlich wäre es doch Ihre Aufgabe gewesen, Hoffnung in die Herzen der Leute zu pflanzen.

Dieser Wahnsinn hat Methode, und dafür sind Ihnen alle Mittel recht. Sie spannen sogar die Wissenschaft vor Ihren Karren und verordnen gewünschte Ergebnisse gleich mit. Bereits vor einem Jahr hat das Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer die Wissenschaft bewusst für politische Zwecke instrumentalisiert mit dem Ziel, eine gewünschte Schockwirkung bei den Bürgern zu erzielen, um weitere Maßnahmen präventiver und repressiver Natur gegen die eigene Bevölkerung zu begründen. Wo sind wir denn hingekommen? – Diese Form der Gesinnungswissenschaften ist erkauft und mit einer völlig überschwänglichen medialen Aufmerksamkeit seitens der Staatsmedien bedacht worden. Die unbestechlichen Fachleute indessen wurden verunglimpft, wie beispielsweise Herr Dr. Pürner vom Gesundheitsamt in Aichach, der ins berufliche Abseits versetzt wurde. Jetzt ließ unser Ministerpräsident Söder sogar den unbequemen Prof. Lütge aus dem Ethikrat schmeißen, weil dieser scharfe und auch durchaus berechtigte Kritik am Lockdown verbreitete und zu Recht vor den massiven Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen warnte.

(Beifall bei der AfD)

So bringt man heute, in einem freien Land, unerwünschte Meinungen zum Schweigen, anstatt sich mit anderen Meinungen und auch mit Querdenkern auseinanderzusetzen und sie argumentativ zu stellen.

Aber was kann man schon erwarten, wenn heute der Ministerpräsident hier aus der radikal linken "TAZ" zitiert hat, um seinen Kurs zu rechtfertigen?

(Beifall bei der AfD – Lachen)

Herr Kollege Streibl, Sie sprachen davon, dass Sie uns durch den Kurs der Staatsregierung wieder zu neuen Freiheiten führen wollen. Was soll das denn sein? Sehr geehrter Herr Kollege Streibl, die Bevölkerung möchte ihre alten Freiheiten zurück, und deswegen geht sie auch auf die Straße. Der Druck der Protestbewegungen ist inzwischen so groß geworden, dass sogar Herr Ministerpräsident Söder sich dazu herablässt, den Menschen zumindest wieder einen Haarschnitt zu gewähren.

(Zuruf)

Sie haben anscheinend erkannt, dass auch die Körperpflege etwas mit der Würde des Menschen zu tun hat. Wir haben heute gehört, wie Sie, Herr Ministerpräsident Söder, von Respekt gesprochen haben. Die Erkenntnis ist gut, aber die Würde der Menschen wird weiterhin mit Füßen getreten, und zwar in all den anderen Bereichen, solange die unverhältnismäßigen Maßnahmen nicht zurückgenommen werden.

Geschätzte Kollegen, es geht uns, der AfD, auch um die bürgerliche Freiheit. Es geht um die Freiheit, die Verwandten, die Bekannten und Freunde zu treffen, sich auf ein Bier in der Gemeinschaft zusammenzusetzen, ein Konzert zu besuchen oder mit den Kindern in den Zoo zu gehen. Es geht darum, das Leben zu genießen, Spaß und Freude am Leben zu haben. All das sind wichtige Bausteine, die eben auch die Würde des Menschen widerspiegeln. Diese Freiheit haben wir den Bürgern zurückzugeben, aus Respekt vor dem Bürger als Souverän in der Demokratie.

Genau diese Freiheit können wir den Bürgern sofort wieder zurückgeben, die aktuellen Zahlen geben das her. Es darf keinen Dauerlockdown geben. Vor allem darf es auch keine weitere Absenkung der Inzidenzwerte geben, was auch schon im Spiel war. Das darf auf keinen Fall passieren.

Ich sage Ihnen auch eines ganz klar voraus: Wenn wir den Bürgern die Freiheit jetzt nicht zurückgeben und nur die Friseursalons öffnen, dann können Sie mit einer Klagewelle rechnen, und die Gerichte werden Ihnen die Rote Karte zeigen. Sie können es nicht mehr rechtfertigen, dass Sie Geschäftsinhabern, Gastronomen, Gewerbetreibenden die Läden schließen, während die Friseure aber öffnen dürfen. Zum Kauf eines Fahrrads soll man in den Supermarkt gehen, anstatt zu einem Fachhändler.

(Beifall bei der AfD)

Sie benutzen bewusst – ganz bewusst! – Begriffe aus Horrorfilmen und warnen sogar vor einem tödlichen Angriff von Killermutanten, um das Szenario der Angst aufrechtzuerhalten. Warum sprechen Sie nicht in einer positiven Weise von unseren eigentlichen Superkräften, die der Menschheit auch in dieser Krise weiterhelfen werden? Ich spreche hier von folgenden Dingen: von der Stärkung des Immunsystems durch Sport, durch Bewegung an der frischen Luft, was uns momentan auch verwehrt ist. Ich spreche von guter, gesunder, vitaminreicher Nahrung. Aber wissen Sie, was der beste Superheld ist, den wir hier im Kampf gegen Corona einsetzen können? – Das ist unsere Vernunft, unser Verstand, der dazu in der Lage ist, Gefahren realistisch einzuschätzen, um die Menschen aus der Dunkelheit der Angst zu befreien.

Wir sollten die positiven Fakten nach außen tragen. Wir haben die Krankheit besser im Griff. Die Krankheitsverläufe sind milder. Sie können durch entsprechende Behandlungen abgemildert werden. 99,7 % überleben Corona. Gefährdet sind vor allem die multimorbid Vorerkrankten und die hochbetagten Menschen. 90 % der mit Corona verstorbenen Menschen sind älter als 70 Jahre. Das Durchschnittsalter eines an Corona Verstorbenen liegt deutlich über 80 Jahren. Kinder erkranken selbst fast gar nicht und

sind keine Treiber der Infektion. Daraus, geschätzte Kollegen, können wir aufgrund unserer Vernunftbegabung doch auch klare Handlungsaufträge der Politik ableiten. Beenden Sie endlich die unverhältnismäßigen Aussperrungen für die Bevölkerung, und schützen Sie gleichzeitig endlich unsere Menschen in den Heimen, wo wir ein Massensterben erleben!

(Beifall bei der AfD)

Genau dort haben Sie aber kläglich versagt: in unseren Heimen, wo uns ein zehntausendfacher Tod gegenübersteht, wo wir Massenerkrankungen erleben. Was ist denn aus uns geworden, wenn wir Politiker es nicht mehr schaffen, ein Bild der Hoffnung und des Gottvertrauens nach außen zu tragen?Das wäre eigentlich Ihre Aufgabe als Staatsregierung gewesen. Ich wünsche jedem ein langes Leben und gute Gesundheit. Aber gleichzeitig hat jeder das Recht darauf, sich frei zu entfalten und das allgemeine Lebensrisiko, auch einer Erkrankung, für sich in Kauf zu nehmen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Ulrich Singer** (AfD): Ihre gesamte Corona-Politik ist eine Farce. Geben Sie dem Volk die Freiheit zurück! Geben Sie uns unser Leben zurück!

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Albert Duin von der FDP-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

**Albert Duin** (FDP): Herr Kollege, ich habe jetzt zugehört. Es kann nicht sein, dass Sie das wirklich ernst meinen: Sie wollen keine weitere Senkung der Inzidenzzahlen, das heißt, Sie wollen sie hoch halten? Das wäre echt eigenartig.

(Zuruf)

Dann gleichen sich die Parteien, die hier von mir aus gesehen nach rechts rüber sitzen. Wir streiten zwar untereinander; aber wir streiten in der Sache und tauschen Argumente aus, auch wenn wir uns nicht immer einig sind. Die Fraktionen sind sich wenigstens untereinander einig. Wenn ich mir eure Fraktion anschaue und wie ihr untereinander streitet, weiß ich nicht, ob diese Rede überhaupt mit dem Rest der Fraktion abgestimmt ist.

(Zuruf)

Ich habe vorhin "rauswerfen" gehört, dass zum Beispiel der Ministerpräsident Einzelne aus dem Ethikrat rauswerfen will. Ich kann damit einverstanden sein oder nicht – das kann ja sein –, aber bei euch wären wahrscheinlich alle anderen rausgeworfen worden. Man muss schon mal bei der Wahrheit bleiben. Ihr seid mit dem, was ihr bringt, wirklich eine Katastrophe.

(Beifall bei der FDP – Zuruf: Bravo!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Singer, Sie haben das Wort.

**Ulrich Singer** (AfD): Herr Kollege, eines ist ganz klar: Wir wollen keine Spielchen mit den Inzidenzwerten, die dann mal auf 100, auf 200, auf 50, 35 oder, wie es zuletzt im Gespräch war, auf 10 abgesenkt werden können, um unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen aufrechterhalten zu können.

Die andere Sache: Wissen Sie, wir sind eine Partei, die streitet; aber unsere Sachpolitik geht in eine ganz klare Richtung und unterscheidet uns von all dem, was ich hier von den anderen Parteien höre, und zwar in positiver Hinsicht, weil wir noch Politik für unser Volk machen. Sie haben das Volk längst vergessen. Ich erinnere nur an die Zehntausenden Toten in unseren Seniorenwohnheimen, die Sie bis heute nicht geschützt haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Bravo!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Wolfgang Heubisch** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank, dass Sie heute die Kultur angesprochen haben und sogar gesagt haben: Ja, sie ist systemrelevant. – Toll! Wunderbar!

(Zuruf)

Da hatte ich mir gedacht: Jetzt kommt ein Feuerwerk für die Kultur. – Leider kam es nicht. Diese Regierung – das kann man feststellen – hatte vom Anfang der Pandemie an nichts oder wenig für die Kultur in Bayern übrig.

(Beifall bei der FDP)

Sie brauchte Wochen und Monate, bis sie die dramatische Lage der Kulturschaffenden erkannte und die Maßnahmen langsam in die Gänge kamen. Dabei war der absolute Hit der Ausreden, warum das nicht klappt: Die in Berlin sind schuld. – Es ist wirklich dreist, wie man seine Regierungsbeteiligung verheimlichen will.

(Beifall bei der FDP)

Da nützt auch dieses ewige Nachsteuern nichts mehr. Das heißt, wenn Sie Novemberhilfen ankündigen, müssen diese auch spätestens im Dezember ausgezahlt werden, und nicht erst im Februar, März oder vielleicht sogar April. Künstler*innen haben diesen Ankündigungen von Ihnen vertraut. Dieses Vertrauen, verehrte Damen und Herren, hat diese Regierung enttäuscht.

Wir brauchen ein klares Programm und eine verlässliche Ansage für die Wiedereröffnung der Kulturstätten. Die Bevölkerung hat Hunger nach Kultur. Wir wünschen uns alle endlich wieder Kultur vor Ort und dass wir diese Kultur genießen dürfen. Wir als

Bürgerinnen und Bürger wollen die Kultur direkt fühlen, sehen, bei ihr mitleiden, mithoffen und sie hören; und genau das wollen die Künstlerinnen und Künstler uns auch bieten und geben.

Verehrte Damen und Herren, Kultur ist doch nichts, wo man "Nice to have" sagen würde. Kultur ist ein Privileg; Kultur ist ein Grundrecht. Die Kultur hält unsere Gesellschaft zusammen, und einen Zusammenhalt haben wir in dieser Pandemie dringend nötig. Kultur braucht auch Wertschätzung, und das fehlt bei Ihnen. Bei Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gibt es keine Empathie, sondern nur eine geschäftsmäßige Anteilnahme. Leider waren die Ausführungen auch heute wieder in diesem Geiste. Da lassen Sie sich bei den Friseuren schon anders ein. Da sprechen Sie von "Würde", "Respekt", "Freiheit" und "Selbstachtung". Solche Worte fehlen leider für die Kultur.

(Beifall bei der FDP)

Bei aller Freude für die Friseure – wissenschaftlich begleitete Hygiene- und Abstandskonzepte haben Theater, Opernhäuser, Spielstätten und Museen zuhauf vorgelegt. Unsere Regierung interessiert das nicht – keine Öffnung. Leider ist die Kultur weiterhin die absolute Verliererin dieser Pandemie.

Als Optimist sage ich zum Abschluss: Wir geben die Hoffnung nicht auf; denn sie stirbt ja bekanntlich zuletzt. Die Kultur hat es verdient, dass wir uns mehr um sie kümmern.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Matthias Fischbach, ebenfalls für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Matthias Fischbach** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat in seiner Rede die Metapher des gefrorenen Sees verwendet, auf dessen Oberfläche man sich befindet und die zu brechen droht. Ich hatte bei

dieser Metapher ein Déjà-vu. Ich hatte kurz vor der Debatte heute mit einem Kinder- und Jugendarzt aus Fürth telefoniert. Er verwendete diese Metapher in einem leicht anderen Kontext, nämlich bei der seelischen Belastung von Kindern und Jugendlichen. Die sozialen und die emotionalen Bedürfnisse können nicht überall erfüllt werden. Die Kinder plagen Ängste vor Versagen, Spannungen im häuslichen Umfeld und teilweise auch Gewalt. Gleichzeitig gibt es einen Wegfall von stützenden Ressourcen aus dem persönlichen Umfeld, beispielsweise Sozialkontakte, Musik oder Sport, und es gibt auch noch einen schwereren Zugang zu Angeboten der Jugendhilfe. Viele sind auch psychisch vorbelastet, und das in einer Phase, die jetzt schon lange andauert, in der die Abwechslung fehlt. Das ist eine schwierige Situation. Der Arzt schilderte mir dann, er hört das Eis immer lauter knirschen; und bei nicht wenigen droht es auch einzubrechen.

Um das mal zu quantifizieren: Die Uniklinik Hamburg-Eppendorf hat vor zwei Tagen eine deutschlandweite Studie vorgestellt. Ich zitiere mal: Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. – Vor der Krise waren es noch zwei von zehn. Das Eis knirscht also, und wir können auch erkennen wo: 45 % empfinden die Schulsituation als anstrengender als im ersten Lockdown. Nur 10 % behaupten übrigens das Gegenteil. Ich kann deshalb nur wiederholen: Die Streichung der Faschingsferien, jetzt auch noch ohne Präsenzunterricht, war ein großer Fehler. Eigentlich müsste er längst korrigiert werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute einen Fehler bei der Kultur eingestanden. Ich hätte mir gewünscht und erhofft, dass Sie den Fehler hier früher erkannt hätten und früher reagiert hätten.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich will Ihnen heute nicht nur vorhalten, was falsch gelaufen ist. Ich denke, es ist auch richtig zu sagen: Es ist was richtig gelaufen, nämlich bei den Grundschulen. Die Öffnungsschritte dort sind zu begrüßen. Aber wir müssen auch darüber reden, wo noch Hausaufgaben offen sind, zum Beispiel bei den fünften und sechsten Klassen.

Meines Erachtens und übrigens nach Beschluss des Landtags verdienen sie die gleiche Priorität beim Präsenzunterricht wie die Grundschule und wie die Abschlussklassen. Das haben wir in unserem Stufenplan auch so vorgesehen. Wir müssen den Distanzunterricht qualitativ verbessern, wo es nur geht. Wir haben dazu als FDP-Fraktion bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt und gestern einen Antrag im Bildungsausschuss präsentiert.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei den offenen Hausaufgaben sind die Testkonzepte. Die müssen an den Schulen jetzt nämlich auch umgesetzt werden. Die Sicherheit muss mit Raumluftreinigern ergänzt werden. Dazu müssen wir das Programm deutlich mit Mitteln aufstocken; denn die sind größtenteils schon aufgebraucht. Wir müssen auch kommunale Unterschiede berücksichtigen, damit überall vor Ort ausreichend Sicherheit gewährleistet werden kann, übrigens auch bei der frühkindlichen Bildung, wo das Programm für Raumluftreiniger bereits ausgelaufen ist.

Aber wir müssen den Blick auch nach vorne richten in den Sommer und in den Herbst. Ja, es ist richtig, da über den Handel und die Kultur zu sprechen, Herr Söder.Aber reden wir doch einmal über Ideen für die Kinder und Jugendlichen für die Zeit nach dem Lockdown. Da gibt es Vorschläge vom Verband der Psychotherapeuten, Förderangebote, insbesondere für die belasteten Kinder, Freizeit- und Sportangebote und Hausaufgabenunterstützung. Gerade das Thema Ganztag müssen wir da überarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Das war jetzt ein erster Schritt, dass wir heute den Fokus darauf gelegt haben. Aber unter dem Strich muss man sagen: Die Alten tragen die größten Gefahren durch das Virus, die Jungen aber die größten Lasten durch die Maßnahmen. Das verdient mehr Respekt und mehr Beachtung.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Die Redezeiten sind im Großen und Ganzen ausgeschöpft. Allein die SPD ist sparsam damit umgegangen. Deswegen habe ich noch eine weitere Wortmeldung und erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Horst Arnold, das Wort.

**Horst Arnold** (SPD): Herr Präsident, es ist weniger Redezeit, als das Parlament Gelegenheit hatte, über die Verordnung zu schauen, aber immerhin.

Herr Bausback, Sie haben Gesetzesvorlagen angemahnt. Ja, wir haben Gesetzesvorlagen gemacht, und zwar ging es um die Verbesserung der Parlamentsbeteiligung und genau um den Punkt, den Sie ansprechen, nämlich die Zustimmungsnotwendigkeit bei Verordnungen, die diese Staatsregierung im Hinblick auf Pandemiemaßnahmen erlässt. Das war unser Vorschlag. Diesen haben Sie hocharrogant abgelehnt. Dieser Vorschlag kommt nicht von ungefähr. Sie können sagen, dass die SPD längst alles Mögliche weiß. Nein! Der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble – dazu kann man stehen, wie man will – hat vorgeschlagen, dass die Beteiligung des Parlaments in solchen Fragen auch durch ein Zustimmungserfordernis möglich sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Bezeichnen Sie ihn nicht als juristischen Stümper, sondern nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis.

Zu Ihren weiteren Nebelkerzen: Die Verpflichtung besteht, das Parlament zu beteiligen. Tatsächlich ging diese Verordnung um 11:50 Uhr dem Parlament zu. Einreichungsschluss war 12:00 Uhr. Es mag sein, dass Sie Ihre Kritikfähigkeit in Bezug auf die Prüfung dieser Verordnung abgestellt haben. Aber hier und heute ist es die Aufgabe des Parlaments, diese Verordnung zu analysieren. Wenn Sie dafür in Ihrer großen Fraktion zehn Minuten Zeit haben – Respekt! Ich erachte das aber nicht als Kritikfähigkeit, sondern eher als blinde Gefolgschaft gegenüber dem Parteivorsitzenden.

(Beifall bei der SPD)

Das hat hier im Parlament eigentlich nichts verloren.

Es bleibt dabei: Pandemiebekämpfung ist zu bejahen mit allen Belastungen, aber auch mit Verhältnismäßigkeit.

Jetzt noch eines zur AfD: Was Sie hier abgeliefert haben, ist ein Gemischtwarenladen grausamsten Populismus. Der eine leugnet, der andere leugnet, und der nächste leugnet, dass der andere nicht leugnet. Meine Herren, nehmen Sie sich die Freiheit, die Sie immer fordern und die Ihnen keiner genommen hat! Reden Sie hier nicht über Vernunft, dann sind Sie gut aufgehoben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nun nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion ist namentliche Abstimmung beantragt. Um das Ende der Sitzung nicht unnötig hinauszuzögern, ziehe ich diesen Antrag vor und lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Maßnahmen beenden – Verhältnismäßigkeit wahren!" auf der Drucksache 18/13545 abstimmen. Benutzen Sie dazu bitte Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten, und Sie können ab jetzt abstimmen.

(Namentliche Abstimmung von 16:34 bis 16:37 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten Abstimmungszeit sind um, und die Abstimmung ist damit geschlossen. Das Ergebnis wird am Ende der Sitzung bekannt gegeben.

Jetzt lasse ich in einfacher Form über die mitberatenen Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Corona – Positiven Trend verfestigen, Ge-

fahr durch Mutanten begegnen, Maßnahmen fortführen, Perspektiven aufzeigen: Erste Schritte in Richtung Normalität gehen" auf der Drucksache 18/13543 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Freiheitsstrategie 2021 V – Stufenplan aus dem Lockdown" auf der Drucksache 18/13547 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann sind wir an sich am Ende der Tagesordnung. – Entschuldigung, ich habe etwas vergessen. Dann muss ich zurückblättern.

Wir stimmen natürlich noch über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einsamkeit der Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen beenden – Empfehlung des Deutschen Ethikrats umsetzen!" auf der Drucksache 18/13544 ab. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Bayerische Corona-Maßnahmen nachbessern und tragfähig ausgestalten" auf der Drucksa-

che 18/13546 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN und AfD. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Das Ganze habe ich nur deswegen so hinausgezögert, um dem Landtagsamt die Gelegenheit zu geben, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zu ermitteln. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Maßnahmen beenden – Verhältnismäßigkeit wahren!" auf der Drucksache 18/13545 bekannt.

(Unruhe)

– Ich bitte Sie noch um einen Moment Ruhe und darum, sitzen zu bleiben. Wir sind in 30 Sekunden fertig, wenn Sie mir das ermöglichen. – Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 95 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen null. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Jetzt sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Mir bleibt nichts anderes, als Ihnen ein schönes Wochenende zu wünschen. Ergründen Sie in sich das Yin und Yang, und sorgen Sie vor allem für eine Stärkung des Immunsystems. Ein schönes Wochenende! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16:42 Uhr)

# Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.02.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD; Maßnahmen beenden - Verhältnismäßigkeit wahren! (Drucksache 18/13545)

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|---|---|---|
| **Adelt** Klaus | | X | |
| **Adjei** Benjamin | | X | |
| **Aigner** Ilse | | | |
| **Aiwanger** Hubert | | | |
| **Arnold** Horst | | X | |
| **Aures** Inge | | X | |
| | | | |
| **Bachhuber** Martin | | | |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter | | | |
| **Bauer** Volker | | | |
| **Baumgärtner** Jürgen | | X | |
| Prof. Dr. **Bausback** Winfried | | X | |
| **Bayerbach** Markus | | | |
| **Becher** Johannes | | | |
| **Becker** Barbara | | X | |
| **Beißwenger** Eric | | X | |
| **Bergmüller** Franz | X | | |
| **Blume** Markus | | X | |
| **Böhm** Martin | X | | |
| **Bozoglu** Cemal | | | |
| **Brandl** Alfons | | | |
| **Brannekämper** Robert | | | |
| **Brendel-Fischer** Gudrun | | | |
| von **Brunn** Florian | | X | |
| Dr. **Büchler** Markus | | X | |
| **Busch** Michael | | | |
| | | | |
| **Celina** Kerstin | | | |
| Dr. **Cyron** Anne | | | |
| | | | |
| **Deisenhofer** Maximilian | | | |
| **Demirel** Gülseren | | | |
| **Dorow** Alex | | X | |
| **Dremel** Holger | | X | |
| **Dünkel** Norbert | | | |
| **Duin** Albert | | X | |
| | | | |
| **Ebner-Steiner** Katrin | | | |
| **Eck** Gerhard | | X | |
| **Eibl** Manfred | | | |
| Dr. **Eiling-Hütig** Ute | | X | |
| **Eisenreich** Georg | | | |
| **Enders** Susann | | | |
| **Enghuber** Matthias | | X | |
| | | | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|---|---|---|
| **Fackler** Wolfgang | | X | |
| Dr. **Faltermeier** Hubert | | | |
| **Fehlner** Martina | | | |
| **Fischbach** Matthias | | X | |
| **Flierl** Alexander | | X | |
| **Flisek** Christian | | | |
| **Franke** Anne | | | |
| **Freller** Karl | | | |
| **Friedl** Hans | | X | |
| **Friedl** Patrick | | | |
| **Fuchs** Barbara | | | |
| **Füracker** Albert | | X | |
| | | | |
| **Ganserer** Tessa | | | |
| **Gehring** Thomas | | X | |
| **Gerlach** Judith | | | |
| **Gibis** Max | | X | |
| **Glauber** Thorsten | | | |
| **Gotthardt** Tobias | | X | |
| **Gottstein** Eva | | | |
| **Graupner** Richard | | | |
| **Grob** Alfred | | | |
| **Güller** Harald | | X | |
| **Guttenberger** Petra | | X | |
| | | | |
| **Häusler** Johann | | | |
| **Hagen** Martin | | X | |
| Prof. Dr. **Hahn** Ingo | X | | |
| **Halbleib** Volkmar | | X | |
| **Hanisch** Joachim | | | |
| **Hartmann** Ludwig | | X | |
| **Hauber** Wolfgang | | X | |
| **Haubrich** Christina | | X | |
| **Henkel** Uli | X | | |
| **Herold** Hans | | | |
| Dr. **Herrmann** Florian | | X | |
| **Herrmann** Joachim | | | |
| Dr. **Herz** Leopold | | | |
| Dr. **Heubisch** Wolfgang | | X | |
| **Hierneis** Christian | | X | |
| **Hiersemann** Alexandra | | X | |
| **Hintersberger** Johannes | | | |
| **Högl** Petra | | X | |
| **Hofmann** Michael | | | |
| **Hold** Alexander | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|---|---|---|
| **Holetschek** Klaus | | X | |
| Dr. **Hopp** Gerhard | | X | |
| Dr. **Huber** Marcel | | X | |
| Dr. **Huber** Martin | | X | |
| **Huber** Thomas | | X | |
| **Huml** Melanie | | | |
| | | | |
| **Jäckel** Andreas | | X | |
| | | | |
| Dr. **Kaltenhauser** Helmut | | | |
| **Kaniber** Michaela | | X | |
| **Karl** Annette | | | |
| **Kirchner** Sandro | | X | |
| **Klingen** Christian | X | | |
| **Knoblach** Paul | | | |
| **Köhler** Claudia | | | |
| **König** Alexander | | | |
| **Körber** Sebastian | | | |
| **Kohler** Jochen | | | |
| **Kohnen** Natascha | | X | |
| **Krahl** Andreas | | X | |
| **Kraus** Nikolaus | | X | |
| **Kreuzer** Thomas | | X | |
| **Kühn** Harald | | | |
| **Kurz** Susanne | | X | |
| | | | |
| **Ländner** Manfred | | X | |
| **Lettenbauer** Eva | | | |
| **Löw** Stefan | | | |
| Dr. **Loibl** Petra | | X | |
| **Ludwig** Rainer | | X | |
| | | | |
| **Magerl** Roland | | | |
| **Maier** Christoph | X | | |
| **Mang** Ferdinand | | | |
| **Mannes** Gerd | X | | |
| **Markwort** Helmut | | | |
| Dr. **Mehring** Fabian | | X | |
| Dr. **Merk** Beate | | | |
| **Miskowitsch** Benjamin | | X | |
| **Mistol** Jürgen | | | |
| **Mittag** Martin | | X | |
| **Monatzeder** Hep | | X | |
| Dr. **Müller** Ralph | | | |
| **Müller** Ruth | | | |
| **Muthmann** Alexander | | | |
| | | | |
| **Nussel** Walter | | X | |
| | | | |
| Dr. **Oetzinger** Stephan | | X | |
| **Osgyan** Verena | | | |
| | | | |
| **Pargent** Tim | | X | |
| Prof. Dr. **Piazolo** Michael | | | |
| **Pittner** Gerald | | | |
| **Plenk** Markus | X | | |
| **Pohl** Bernhard | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|---|---|---|
| **Pschierer** Franz Josef | | | |
| | | | |
| **Radler** Kerstin | | X | |
| **Radlmeier** Helmut | | X | |
| **Rauscher** Doris | | | |
| **Regitz** Barbara | | X | |
| **Reiß** Tobias | | X | |
| Dr. **Rieger** Franz | | X | |
| **Rinderspacher** Markus | | X | |
| **Ritter** Florian | | X | |
| **Rüth** Berthold | | X | |
| Dr. **Runge** Martin | | | |
| | | | |
| **Sandt** Julika | | X | |
| **Sauter** Alfred | | | |
| **Schalk** Andreas | | X | |
| **Scharf** Ulrike | | | |
| **Schiffers** Jan | | | |
| **Schmid** Josef | | X | |
| **Schmidt** Gabi | | X | |
| **Schöffel** Martin | | | |
| **Schorer** Angelika | | | |
| **Schorer-Dremel** Tanja | | X | |
| **Schreyer** Kerstin | | X | |
| **Schuberl** Toni | | X | |
| **Schuhknecht** Stephanie | | X | |
| **Schulze** Katharina | | | |
| **Schuster** Stefan | | | |
| **Schwab** Thorsten | | | |
| Dr. **Schwartz** Harald | | | |
| **Seidenath** Bernhard | | X | |
| **Seidl** Josef | | | |
| **Sengl** Gisela | | | |
| **Sibler** Bernd | | | |
| **Siekmann** Florian | | | |
| **Singer** Ulrich | X | | |
| **Skutella** Christoph | | X | |
| Dr. **Söder** Markus | | X | |
| **Sowa** Ursula | | | |
| Dr. **Spaenle** Ludwig | | | |
| Dr. **Spitzer** Dominik | | | |
| **Stachowitz** Diana | | | |
| **Stadler** Ralf | | | |
| **Steinberger** Rosi | | | |
| **Steiner** Klaus | | | |
| **Stierstorfer** Sylvia | | | |
| **Stöttner** Klaus | | X | |
| **Stolz** Anna | | X | |
| **Straub** Karl | | X | |
| **Streibl** Florian | | X | |
| Dr. **Strohmayr** Simone | | | |
| **Stümpfig** Martin | | X | |
| **Swoboda** Raimund | X | | |
| | | | |
| **Tasdelen** Arif | | | |
| **Taubeneder** Walter | | | |
| **Toman** Anna | | | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|---|---|---|
| **Tomaschko** Peter | | X | |
| **Trautner** Carolina | | X | |
| **Triebel** Gabriele | | | |
| | | | |
| **Urban** Hans | | | |
| | | | |
| **Vogel** Steffen | | X | |
| | | | |
| **Wagle** Martin | | X | |
| **Waldmann** Ruth | | X | |
| Prof. Dr. **Waschler** Gerhard | | | |
| **Weidenbusch** Ernst | | X | |
| Dr. **Weigand** Sabine | | X | |
| **Weigert** Roland | | X | |
| **Widmann** Jutta | | | |
| **Wild** Margit | | | |
| **Winhart** Andreas | X | | |
| **Winter** Georg | | | |
| | | | |
| **Zellmeier** Josef | | | |
| **Zierer** Benno | | X | |
| **Zwanziger** Christian | | | |
| **Gesamtsumme** | 11 | 95 | 0 |